

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 10. Januar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Versendet in die Post-Zeitungs-Beilage. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen, je Zeile oder deren Äquivalent 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Betriebs- und Berufungs-Anzeigen, 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zweiwöchige 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Ein-Stellenanzeige und Schulstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Regierung als Wahlhelferin des Zentrums Terrorismus gegen die Beamten und Staatsarbeiter!

Mit allen Mitteln der Gewalt sucht das Zentrum seine wankenden Wählerscharen an sich zu fesseln. Vor allem sind es die Beamten und die Arbeiter, die ihm Sorge machen. Sie sind es ja vor allem, denen die Politik der Wucherzölle und der Steuerplünderung die Augen geöffnet hat. Längst vergangen sind die Zeiten, wo das Zentrum für die sozialpolitischen Interessen der Arbeiter und Angestellten etwas übrig gehabt hat. Seitdem es sich bei der Finanzreform den Konservativen auf Geheiß und Verberb verbündet hat und entschlossen ist, agrarische und großkapitalistische Politik zu machen, um mit den Junkern zusammen Deutschland politisch zu beherrschen und zu knechten, seitdem hat das Zentrum jede Rücksicht aufgegeben. Es verzichtet darauf, anders als mit den Mitteln der brutalsten Gewalt oder der verlogenen Hehe die von ihm Betrogenen und Verratenen bei der Partei zu erhalten.

Von allen Parteien führt es die perfideste und gewalttätigste Wahl-agitation, verweigert in seinen Wahlversammlungen jedem Gegner das Wort und wo es die Macht hat, reizt es offen die Bevölkerung zu den ärgsten Gewalttaten gegen die gegnerischen Agitatoren auf. Blutige Ueberfälle auf sozialdemokratische Stimmzettel- und Flugblattverteiler sind um so häufiger, je unbedingter die Herrschaft des Zentrums in einem Wahlkreise ist.

Aber damit nicht genug. Das Zentrum verlangt immer offener, daß das gleiche Recht für die Staatsbürger aufgehoben, daß die gegnerischen Arbeiter- und Beamten-organisationen von der Regierung drangsaliiert, daß die Staatsmacht zum Mittel seiner Wahlinteressen werde.

In Bayern hat das Zentrum offen den Staatsarbeitern und Beamten das Koalitionsrecht rauben wollen. Es hat von der Regierung die Auflösung des Süddeutschen Eisenbahnarbeiterverbandes verlangt. Weil selbst die bayerische Regierung, die wahrhaftig nicht weniger als revolutionär gesinnt ist, doch davon zurückgeschreckt ist, den Staatsangestellten ihr wichtiges staatsbürgerliches Recht, auf Geheiß des Zentrums zu rauben, haben die bayerischen Klerikalen den Landtag gesprennt und seine Auflösung erzwungen. Die Feindschaft gegen das Koalitionsrecht der von ihm unabhängigen Staatsarbeiter und Beamten ist zum Angelpunkt der Politik des Zentrums geworden.

Dem aufmerksamen Beobachter der Zentrumspolitik kommt das Verhalten nicht überraschend. Von Anfang an dienten die „christlichen“ Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ja nur dem Zwecke, die Arbeiterklasse zu spalten, sie über ihre Interessen zu täuschen und sie in den Dienst der klerikalen Zwecke zu pressen. Trotzdem blieben sie der streng kirchlichen Richtung verhaft. Diese verlangt die völlige Unterordnung aller Zentrumsorganisationen unter das unmittelbare Gebot des Papstans und der Bischöfe. Nach den Wahlen wird auch den christlichen Gewerkschaften das Totenglocklein läuten. Damit aber hört jedes Interesse der Klerikalen an dem Fortbestand des Koalitionsrechts auf. Mit den Junkern und den nationalliberalen Großkapitalisten zusammen wird das Zentrum zum gefährlichsten Feind aller unabhängigen und freien wirtschaftlichen Organisationen.

Nun kommt aus Elberfeld eine Nachricht, die sagt, daß auch das preussische Zentrum sein Heil von der Hilfe der Regierung erwartet, daß es von der Regierung fordert, sie müsse ihre Macht ausbieten, um die von ihr abhängigen Arbeiter und Beamten in die Gefolgschaft des Zentrums zu zwingen. Und die starke preussische Regierung zögert im Unterschied von der bayerischen nicht einen Moment, den Befehl der Klerikalen zu erfüllen.

Der deutsche Reichskanzler wird zum Wahlagent des Zentrums.

Er versucht den Staatsarbeitern und Beamten die Freiheit ihrer Stimmabgabe zu nehmen und sie zum Stimmvieh für den verhassten blau-schwarzen Block zu degradieren. Und christliche Arbeiter, vom Zentrum genasführte und fanatisierte Staatsarbeiter sind es, deren Wortführer sich der Ausföhrung der Tat schuldig gemacht haben.

Die preussische und die Reichsverwaltung wenden sich mit einem Flugblatt und einem Aufruf, der in der Presse, durch Handzettel und an den Aufschlagäulen verbreitet werden soll, natürlich auch in den Betrieben und Werkstätten selbst, an Beamte und Arbeiter. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Aufruf!

An die Beamten des Reiches und der Bundesstaaten, sowie an die Arbeiterschaft in Reichs- und Staatsbetrieben.

Der 12. Januar ruft auch die Beamten und Arbeiter des Reiches und der Bundesstaaten zur Wahlurne. Als freie Männer sollen sie das vornehmste Recht des Staatsbürgers, das Wahlrecht ausüben. Gebunden nur durch Pflicht und Gewissen, geleitet nur durch gereisten politischen Sinn. Davaus ergibt sich für den Beamten ohne weiteres seine Stellung. Sein Dienstverhältnis wehrt ihm schlichthin die Wahl eines Gegners der bestehenden Staatsordnung. Man lasse sich durch Spiegelfechtereien nicht irre führen. Eid bleibt Eid! Und Eidbruch bleibt Eidbruch! Wer den Dienstverhältnis geschworen hat, kann also solange er im Amte ist, einen Sozialdemokraten nicht wählen. . . .

Darum auf zur Wahl! Jeder wähle, aber kein Beamter oder Staatsarbeiter stimme für einen Sozialdemokraten.

Ueber die Entstehungsgeschichte dieses Aufrufes kann unser Elberfelder Partei-
blatt folgende interessante Aufschlüsse geben, aus denen auch klar hervorgeht, in welcher Weise die Unterschriften für diesen Aufruf erpreßt worden sind.

Herr Gutschke, Vorsitzender des christlichen Eisenbahnarbeiterverbandes in Elberfeld, hat sich mit den anderen Christen zusammen in persönlicher Audienz an Herrn von Bethmann

Hollweg gewendet, um ihn anzusprechen, doch in letzter Stunde einen Schlag gegen die Sozialdemokratie zu führen! Bethmann Hollweg hat sofort die Anregung an den Ministerialdirektor a. D. Just, den Vorsitzenden eines staatsverhaltenden Beamtenvereins, weiterzugeben, der sofort durch Depeschen eine Anzahl von Vorsitzenden und Ausschussmitgliedern „staatsverhaltender“ Verbände nach dem Architektenhaus in Berlin zusammengetrommelt hat. Dort wurden die Erschienenen, die aus allen Teilen des Reiches zusammengekommen waren, von Herrn Just mit allen Mitteln dahin bearbeitet, doch den Aufruf zu unterzeichnen.

Begreiflicherweise fanden eine ganze Anzahl der Anwesenden, daß es eine eigenartige Zumutung sei, einen solchen Aufruf zu unterzeichnen, da sie doch von ihren Organisationen keinerlei Mandat dazu besäßen. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß ihre Organisationen laut Statut einen rein wirtschaftlichen Charakter trügen und sich von jeder politischen Betätigung fern zu halten hätten.

Das half nichts! Der Handlanger des Herrn von Bethmann Hollweg, Herr Just, erklärte immer wieder pharisäisch, daß es sich ja um keine parteipolitische Aktion handle. Der Aufruf solle ja weder für noch gegen eine Partei eintreten. Die Sozialdemokratie sei keine Partei, sondern nur eine staatsgefährliche Rotte (so ähnlich!), für die kein Beamter oder Staatsarbeiter eintreten dürfe. Das verbiete ihnen schon der Dienstverhältnis. Vergebens wurde eingewendet, daß die Staatsarbeiter doch gar keinen Dienstverhältnis geleistet hätten. Ihnen wurde geantwortet, daß für die Staatsarbeiter das Wort gelte: Was Brot ich esse, des Lied ich singe! Vergebens war auch der Hinweis eines Beamten darauf, daß doch die bayerische Regierung nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen das Zentrum vorgegangen sei. Manche Gesetze seien doch nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Stimmen zustande gekommen, und namentlich bei Beamten- und Staatsarbeiterfragen seien doch gerade die Stimmen der Sozialdemokraten nötig gewesen, um etwas für die Beamten Ersprißliches auf gesetzgeberischem Wege durchzusetzen. Auch könne man es verstehen, wenn ein Beamter gerade aus Liebe und Sorge für seine Familie und deren Wohlfahrt sozialdemokratisch wählen zu müssen glaube. Half alles nichts! Die Versammelten, denen die Pistole auf die Brust gesetzt wurde, mußten unterzeichnen. So kam auf dem Wege der Erpressung, aus Furcht vor einer Maßregelung der Aufruf mit seinen Unterschriften zustande!

Besonders legten sich die lieben Christen, in erster Linie der brave Gutschke aus Elberfeld, für die staatsverräterische Aktion ins Zeug. Herr Gutschke brachte die tollsten Dinge vor, um die Vaterlandsverräterei der Sozialdemokratie darzutun. In Kiel sei Sabotage an Kriegsschiffen geübt worden. Man werde beim etwaigen Kriege durch Entfernen von Schrauben und Maschinenteilen die Kriegsfahrzeuge unbrauchbar machen. Ein waderer Beamtenvertreter aus Wilhelmshaven sekundierte eifrig den wahrheitsliebenden Christen. Ob die diversen Tugend anwesender Verbandsvertreter diesen Wabstium glaubten oder nicht — sie fürchteten die drastische Argumentation der Maßregelung und unterschrieben schließlich zähneknirschend.

Das ist die Aktion, durch die die Unterbeamten und Staatsarbeiter unter der Fiktion einer Kundgebung der Organisation für die Ordnungsparteien zur Wahlurne getrieben werden sollen!

Was die Regierung da auf Befehl des Zentrums verübt hat, ist ein Attentat gegen die Verfassung, ein Attentat gegen das freie Wahlrecht der Beamten und Staatsarbeiter, das durch die Verfassung garantiert ist. Es ist eine nichtswürdige Lüge, daß der Beamte dem Staate mit seiner Arbeitskraft zugleich seine Gesinnung, sein wichtigstes Staatsbürgerrecht verkauft habe. Nein, der Beamte und Staatsarbeiter ist kein Staatsbürger zweiter Klasse, er hat dasselbe Recht auf die Freiheit seiner Stimmabgabe wie jeder andere deutsche Bürger.

Es ist nicht wahr, daß der Dienstverhältnis ihm in der Betätigung seiner politischen Gesinnung Schranken auferlegt. Jeder Sozialdemokrat ist der Ueberzeugung, daß seine Partei nichts will als das Gemeinwohl, als das wahre Interesse des deutschen Volkes, das nur durch den Sieg der Arbeiterklasse, durch die Eroberung der Staatsmacht durch das arbeitende Volk zur völligen Durchföhrung kommen kann. Es ist nicht wahr, daß der Beamte und Staatsangestellte ein Anecht des Herrn v. Bethmann oder seiner Auftragsgeber, der Junker und Pfaffen ist. Er ist ein Diener des deutschen Volkes und kein Dienstverhältnis kann ihn hindern, nach seiner Ueberzeugung sein politisches Recht auszuüben und für die Partei zu stimmen, die weitaus die größte Partei, die wahrhafte Volkspartei ist, für die Partei, die rücksichtslos die Interessen der Arbeiter und Angestellten gegen das Kapital wie gegen die Staatsmacht stets vertreten hat.

Die Dienstbesessenheit des Reichskanzlers wird der Sozialdemokratie natürlich nicht schaden. Das Zentrum aber und die anderen bürgerlichen Parteien, die dem Beamten und dem Staatsarbeiter sein freies Stimmrecht nehmen wollen, die stehen jetzt a m Pranger. Der Terrorismus, den die Mächtigen über die wirtschaftlich und politisch Abhängigen ausüben, ist stets eine Gemeinheit. In diesem Falle aber ist er außerdem noch eine Dummheit. Denn das Wahlrecht ist zum Glück geheim und die Waffe, die Herr v. Bethmann so dräuend schwingt, ist stumpf.

So dürfen wir hoffen, daß auch dieser Streich auf seine Urheber zurückfallen wird. Der 12. Januar wird die Beamten und Staatsarbeiter massenhaft an die Urne eilen sehen. Verstehen sie ihre Interessen, so ist uns um das Resultat nicht bange.

Staatsarbeiter und Beamte, ein Feiger, der vor dem Terrorismus zurückweicht! Stimmt sozialdemokratisch!

Beamte und Staatsarbeiter! Haltet Abrechnung!

Der jämmerliche Akt des Terrorismus, durch den die Beamten und Staatsarbeiter den bürgerlichen Parteien zugedreht werden sollen, wird an der Einsicht dieser Schichten scheitern, die bei der

geheimen Abstimmung

am 12. Januar und am Stichtwahltag beweisen werden, daß sie sich nicht gleich Rekruten kommandieren lassen, sondern als denkende Menschen und freie Staatsbürger nach ihrer besten Ueberzeugung wählen!

Nun gerade!

werden sich Unterbeamte und Staatsarbeiter sagen, die man so dreist leithammeln zu können glaubt.

Wie jeder Beamte und Staatsarbeiter stimmen muß, der seine Augen nicht gefesselt verschließt und ein Herz für seine Familie hat, das mögen folgende

Zatsachen

beweisen.

Durch das kolossale Anschwellen der indirekten Steuerlasten, durch die künstliche Vertenerung von Brot, Fleisch, Bier, Kaffee usw. usw. war es den Unterbeamten und Staatsarbeitern bei ihren großen Gehältern und Löhnen immer schwerer geworden, eine auch nur halbwegs menschenwürdige Existenz zu führen.

Selbst nach den Zahlen, die vom Regierungstische zugehoben wurden, hatte sich seit einem Jahrzehnt die Lebenshaltung um 20 Prozent verteuert. Da war es höchste Zeit, daß die Beamten, die man bis dahin mit Teuerungszulagen abgepeist hatte, eine entsprechende Aufbesserung ihres Gehalts erfahren.

Das sollte im Jahre 1909, bei der

Beamtenbesoldungsreform

geschehen.

Wie stellten sich nun bei dieser Besoldungsreform die bürgerlichen Parteien: Konservative, Zentrum, Nationalliberale und Freisinn?

Zunächst wurde die Beamtenbesoldungsreform im preussischen Abgeordnetenhaus in Angriff genommen. Von den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses

hing alles ab,

denn es war ganz selbstverständlich, daß die preussische Regelung der Beamtengehälter auch

für das Reich vorbildlich

sein werde!

Als die preussische Besoldungsordnung dem Abgeordnetenhause vorgelegt wurde, war es der Vertreter der

Sozialdemokratie,

der bereits in der ersten Beratung in der eindringlichsten Weise die von der Regierung vorgeschlagenen Gehaltsätze unterwarf und die schärfste Kritik an der Unzulänglichkeit der für die unteren und mittleren Beamten vorgeschlagenen Gehälter übte. Er forderte, daß das

Mindestgehalt nicht unter 1200 M.

betragen dürfe. Er wies darauf hin, daß doch auch den preussischen Ministern eine 36 proz. Teuerungszulage in Gestalt einer Repräsentationszulage von 14 000 M. gewährt worden sei und daß deshalb vor allen Dingen auch die Gehälter der unteren Beamten ganz entschieden aufgebessert werden müßten. Die erforderliche Summe müsse aufgebracht werden, und sie könnte aufgebracht werden, da ja leicht die höheren Einkommen und Vermögen schärfer zur Einkommens- und Ergänzungssteuer herangezogen werden könnten.

Mit demselben Nachdruck wie hier der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion sich der Interessen der Beamten annahm, ging die Sozialdemokratie auch in der Kommission vor. Aber alle Kritik der sozialdemokratischen Vertreter blieb resultatlos. Sämtliche bürgerlichen Parteien, der

Freisinn mit eingeschlossen,

einigten sich auf die Beschlüsse der Kommission. Alle diese bürgerlichen Abgeordneten erklärten, daß man ja gerne den Unterbeamten eine höhere Gehaltszulage gewährt hätte, daß jedoch nicht die nötigen Mittel vorhanden seien, um den Wünschen der Unterbeamten zu willfahren.

Diese Ausrede war ebenso wohlfeil wie fadenförmig. Denn selbst wenn man keine höheren Steuern für die großen Einkommen und Vermögen hätte einführen wollen, so hätte innerhalb der Beamtenbesoldung genug gespart werden können, was für die

nosleidenden

Beamten schichten hätte verwendet werden können. So hätte man einfach die völlig unnütze Ausgabe für die sieben Legationssekretäre, die beim päpstlichen Stuhl, in München, Dresden, Karlsruhe, Hamburg, Stuttgart und Oldenburg beschaulich ihre Einkünfte verzehren, streichen können. Der Legationssekretär für Oldenburg erhält 24 000 M., die in Dresden, Karlsruhe, Hamburg und Stuttgart je 30 000 M., der in München 46 200 M. und der beim päpstlichen Stuhl einfach des Rietszuschusses gar 75 000 M. Hätte man diese absolut überflüssigen Stellen einfach aufgehoben, so wären mehrere hunderttausend Mark erspart worden; desgleichen hätte man nur die Gehaltssteigerung für die Geistlichen abzulehnen brauchen, um mit

einem Schlage 13 1/2 Millionen Mark jährlich

zu ersparen. Diese Summe hätte allein ausgereicht, um 135 000 Unterbeamten ihr Gehalt um weitere 100 M. aufzubessern!

Die Einkommen der Geistlichen jedoch, die im Durchschnitt zwischen 3000 und 6000 M. betragen, erhöhte man ohne weiteres um 1000 M. pro Kopf und Jahr, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß die schwer arbeitenden Unterbeamten eine erhebliche Gehaltszulage viel eher verdient hätten. Wobei man nicht einmal der Forderung der Sozialdemokraten Rechnung trug, nun wenigstens auch für die Geistlichen ein Höchstgehalt festzusetzen, wie es für jeden anderen Beamten besteht. Die

üppigen Pfänden,

die viele Hunderte von Geistlichen weit über das Durchschnittsgehalt hinaus zu verzehren haben, wurden vielmehr nicht um einen einzigen Pfennig beschnitten!

Auch sonst war man ja keineswegs so ängstlich bei den Zulagen, sofern es sich um höhere Beamte handelte. So wurde

beispielsweise das Endgehalt der wissenschaftlichen Lehrer von 5100 auf 7200 M. erhöht, also um 2100 M., den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Ersten Staatsanwälten wurde über die Regierungsvorlage hinaus eine Zulage von 600 M. gegeben. Die Geistlichen bei den Strafanstalten, die bis dahin ein Gehalt von 2400 bis 4800 M. bezogen, erhielten künftig 3000 bis 6600 M. Sie wurden also im Endgehalte

gleich um 1800 M. = 33 1/2 Proz.

aufgebessert.

Vergebens war auch der Hinweis der Sozialdemokraten darauf, daß z. B.

in Bayern die Unterbeamten besser

besoldet werden als in Preußen, dem größten Bundesstaat, daß nämlich ein Schaffner dort in 21 Jahren 37 800 M. erhalte, in Preußen in derselben Zeit nur 27 150 M., also 10 650 M. weniger. Selbst unter Anrechnung des Wohnungs- und des Kleidungsgeldzuschusses steht sich also ein Schaffner in Bayern immerhin noch jährlich um 200 M. besser, als ein solcher in Preußen. Ebenso ergibt eine gleiche Berechnung, daß die Weichensteller in Bayern 150 M. jährlich mehr erhalten.

Was es aber mit der Ausrede auf sich hat, daß die Mittel nicht aufzubringen seien — die sozialdemokratischen Forderungen hätten

nicht mehr als 17 Mill. Mark Kosten

mehr verursacht — geht schon daraus hervor, daß man sich auf bürgerlicher Seite wiederholt auf die Erhöhung der Er-

Der goldene Magnet.

In Preußen haben nach der amtlichen Statistik 87 Prozent = sieben Achtel der Bevölkerung ein Einkommen von höchstens 1500 Mark, die Hälfte davon sogar ein Einkommen von

weniger als 900 Mark!

Zu diesen 87 Prozent, die in unserer Zeit der Teuerung, die durch die Lebensmittelkölle künstlich erzeugt wurde, weil die Reichen sich vom Steuerzahlen drücken wollten, bittere Not leiden, gehören auch

die Staatsarbeiter,

gehört auch ein großer Teil

der Unterbeamten!

Sie alle müssen in den drückendsten Verhältnissen leben, damit die besitzende Klasse sich eine um so üppigere Lebensführung leisten und ihre Riesenvermögen immer riesenhafter anwachsen lassen kann!

In Berlin müssen Tausende und Abertausende die Obdachlosen Asyl bevölkern und mit den minderwertigsten und ekelhaftesten Abfällen ihren Hunger stillen, während die Besitzenden

Millionen auf Millionen häufen!

Die folgende Uebersicht zeigt die Entwicklung der zehn größten Vermögen Berlins:

1895	1908
17 000 000 M.	23 020 000 M.
17 000 000 "	23 060 000 "
17 280 000 "	25 000 000 "
18 080 000 "	25 440 000 "
19 730 000 "	30 280 000 "
21 920 000 "	30 880 000 "
24 000 000 "	35 520 000 "
25 000 000 "	40 020 000 "
25 000 000 "	40 020 000 "
25 000 000 "	43 000 000 "
210 000 000 M.	316 240 000 M.

Also die

zehn reichsten Berliner Kapitalisten

vermehrten in 13 Jahren ihr Vermögen um mehr als

106 Millionen Mark!

Die Arbeiter, kleinen Gewerbetreibenden und Unterbeamten mögen also ihr Los gebuldig ertragen und sich der Tatsache getrosten, daß ja doch der „Nationalreichtum“ so rapid wächst!

Wer freilich will, daß von diesem Nationalreichtum auch für die

Nichtbesitzenden

etwas abfällt, der wähle am 12. Januar

sozialdemokratisch!

gänzungssteuer um 25 Proz. herief. Diese Ergänzungssteuer aber beträgt 50 Pf. für je 1000 M. Ihre Erhöhung um 25 Proz. macht 12 1/2 Pf. pro 1000 M. aus, für 10 000 M. 1,25 M., für 100 000 M. die Riesensumme von 12,50 M.! Im Reiche, wo in erster Linie die Besitzlosen die Steuern aufbringen müssen, bewilligt man ohne viel Federleses Hunderte, ja Tausende von Millionen für den Militarismus, in Preußen aber konnten die armen Reichen nicht lumpige 17 Millionen Mark mehr aufbringen!

So war denn durch das einmütige Zusammengehen

aller

bürgerlichen Parteien eine Besoldungsreform geschaffen, die die berechtigten Forderungen gerade der schlechtbezahlten Beamten in keiner Weise befriedigte. Und da Preußen damit mit dem bösen Beispiel vorangegangen war, blieb auch keine Hoffnung, daß es im Reiche anders kommen würde. Die Gehaltsätze für die unteren und mittleren Beamten fielen denn auch im Reiche genau so aus wie in dem Staate mit dem elendesten aller Wahlssysteme.

Freilich, als der Schacher um die Reichsfinanzreform nicht zum Ziel zu führen schien, als es im Sommer 1909 den Anschein hatte, als ob der Reichstag der Auflösung verfallen würde, da bekamen es die bürgerlichen Abgeordneten mit der

Wahlangst

zu tun. Deshalb beschloß die Kommission des Reichstages, in den Säzen für die Unterbeamten und einzelne Kategorien der mittleren Beamten, wie die Postassistenten, über die

Gehaltsätze in Preußen hinauszugehen. Man erlebte das geradezu widerlich groteske Schauspiel, daß die Vertreter derselben Parteien, die in Preußen erklärt hatten, den Unterbeamten könnten unter keinen Umständen höhere Zulagen gewährt werden, und zwar gerade auch mit Rücksicht auf die bevorstehenden Gehaltsfestsetzungen im Reiche, nunmehr in der Kommission für höhere Gehaltsätze stimmten! Als die Regierung erklärte, man könne doch nicht im Reiche andere Gehälter beschließen, als sie in Preußen bereits angenommen worden seien, erklärten die bürgerlichen Heuchler, Konservative, Zentrumsleute und Liberale, einmütig, daß sie sich durch das Vorgehen in Preußen keineswegs gebunden fühlten. Mancher Beamte mag sich durch dies elende Gaukelspiel damals haben täuschen lassen, obgleich der „Vorwärts“ dieses Vorgehen sofort als

dreiste Heuchelei

brandmarkte und den Unfall der braven bürgerlichen Abgeordneten voraussagte. Und was der „Vorwärts“ prophezeit hatte, das traf dann auch wirklich ein! Kaum war die Gefahr der Reichstagsauflösung beseitigt, kaum die Reichsfinanzreform angenommen, als auch die bürgerliche Mehrheit des Reichstages

schleunigst umfiel und die Beamten um die ihnen versprochene höhere Zulage schmählich prellte!

Aber die bürgerlichen Parteien — Konservative sowohl wie Zentrumsleute, Nationalliberale wie Freisinnige! — trieben auch weiterhin ihr dreistes Gaukelspiel mit den Beamten!

Sparsamkeit auf Kosten des Heeres der Postangestellten ist besonders im Jahre 1910 geübt worden. Neue Beamtenstellen wurden nicht geschaffen, so daß die Anstellung sich verlangsamte. Für Löhne der Post- und Telegraphenarbeiter wurden eineinhalb Millionen Mark weniger als im Vorjahre in den Etat gestellt. Die Folge war, daß mehrere Tausend, nämlich 10 Prozent aller Post- und Telegraphenarbeiter entlassen wurden, und das in einer Zeit, in der die Geschäfte noch schlecht gingen, so daß es schwer fiel, andere Arbeit zu finden.

Die bürgerlichen Abgeordneten führten um dieselbe Zeit eine

widerliche Komödie im Reichstage

auf. Besserstellung der Besoldungsverhältnisse beantragten im Herbst 1910 in Resolutionen Konservative, Antisemiten und Liberale Staatssekretär Kraetke versicherte, die Lage der Beamten sei vorzüglich. Zwar habe die Unterlassung der Stellenvermehrung sowohl in der Schaffner- als auch der Landbriefträgerklasse eine Verlangsamung der Anstellung zur Folge, aber dafür seien ein Jahr vorher die Gehälter erheblich (!) aufgebessert worden. Darauf verständigten sich die bürgerlichen Abgeordneten dahin,

alle Resolutionen gleichzeitig zurückzuziehen,

damit sich die Parteien bei der Agitation unter den Postbeamten nicht Konkurrenz machen könnten.

Je näher die Wahl kam, desto mehr wurde für die Postbeamten geredet. Jedoch nur für einen Teil der Assistenten wurde eine Besserstellung gefordert. Das gab den Anstoß zu einem wilden Janz zwischen den Parteien in der Sitzung vom 10. März 1911, wobei sie sich Moyaales Verhalten und unläuteren Wettbewerb um die Stimmen der Postbeamten vorwarfen. Genügt hat den Assistenten die beschlossene Resolution nicht. Eine

sozialdemokratische Resolution,

in der gefordert wurde, eine

Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes

möge in der Richtung vorbereitet werden, daß den Unterbeamten eine angemessene Erhöhung ihrer unzulänglichen Bezüge gewährt wird, stimmten die bürgerlichen Parteien nieder!

Getäuscht und genarrt hat die bürgerliche Mehrheit des Reichstages die Postbeamten! Sie haben deshalb allen Anlaß, Abrechnung zu halten für getäuschte Erwartungen und wirtschaftliche Schädigung!

Jetzt will man nun die Beamten und Staatsarbeiter durch den

famosen Aufruf fördern und einschüchtern!

Aber dieser Aufruf war nichts als eine

Ueberrumpelung

der Berbandsvertreter! Viele von ihnen haben nur

nach langem Widerspruch

und

voll inneren Ingrimm

aus Furcht vor Maßregelung ihre Unterschrift gegeben!

Man weiß ja, wie rückgratfeste Beamten- und Staatsarbeitervertreter

brutal gemahregelt

worden sind!

Man weiß, daß die Regierung ein so schlechtes Gewissen hat, daß sie nicht einmal dulden wollte, daß in Beamten- und Staatsarbeiterversammlungen sozialdemokratische Abgeordnete zum Worte kämen!

Welche Freigebigkeit, welche Unehrlichkeit, welcher Terrorismus! Aber am

Wahltag

verfagt alle Gefinnungsschnüffelei, aller Terrorismus, denn

die Wahl ist geheim!

Kein Vorgesetzter erfährt, wie der Beamte und Staatsarbeiter abstimmt! Darum wird

jeder einsichtige Beamte und Staatsarbeiter

am 12. Januar nur die

sozialdemokratischen Kandidaten

wählen!

Mehrere Postunterbeamte haben ja dem Willen ihrer Kollegen schon in einem Gedicht Ausdruck verliehen:

Abrechnung.

Die sonst gespottet uns'rer Not,
Heut laden sie mit Zunderbrot,
Wir aber geh'n nicht an den Leim,
Denn wißt, das Wahlrecht ist geheim!

Ob man uns mit der Peitsche droht,
Ob man uns lockt mit Zunderbrot —
Wir kennen uns're Not und Qual
Und fren'n uns auf den Tag der Wahl!

Des Freilins Worte und Taten.

Das Einigungsprogramm der Fortschrittlichen Volkspartei von 1910 enthält unter anderem den Passus:

„Gerechte Verteilung der Staatslasten nach der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler. Sparsamkeit im Staats- und Gemeindegeldhaushalt.“

Der Wahlaufauf der Fortschrittlichen Volkspartei vom 11. November 1911 enthält einen Abschnitt, der lautet: „Wir stellen dem Ständevorteil den Staatsgedanken gegenüber. Die Gleichberechtigung bildet den Ausgangspunkt, die Wohlfahrt des Ganzen unser Ziel.“

So lauten die Worte des Freilins. Wie handelte er, als es 1910 galt, einem der wohlhabendsten Männer des Deutschen Reiches Millionenzulagen zu einem Gehalt von 15,7 Millionen Mark zu gewähren?

Stellen wir vorerst einmal fest, ob der, dem der Freilinn Millionen aus dem preussischen Staatskassett bewilligte, wirklich notleidend war.

Der Privatbesitz der königlichen Familie umfaßt 150 000 Morgen Wald, außerdem riesige Flächen an Aedern und Wiesen. Zu ihm gehören mehr als 90 Herrschaften, Rittergüter, Pachtgüter und Bormerke. Diese Güter verteilen sich über die Provinzen Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Pommern, Schleswig-Holstein, Posen und Westpreußen. Das Ackerland dieser Besitzungen Wilhelms II. wird auf 25 000 bis 27 500 Hektar geschätzt, davon werden ca. 14 000 Hektar mit Brotgetreide, das für den Verkauf gebaut wird, bestellt. Der Durchschnittsertrag für Weizen und Roggen pro Hektar Ackerland betrug im Deutschen Reich — die Zahlen von 1900 bis 1909 zugrunde gelegt — 1,75 Tonnen. Dies mit dem Roggenzoll (50 M.) — der Weizenzoll beträgt sogar 55 M. pro Tonne — multipliziert, ergibt seit 1904 für den preussischen König und Deutschen Kaiser eine jährliche Mehreinnahme von rund 900 000 M. allein durch den Wuchergolltarif!

Der Kapitalwert der Besitzungen Wilhelms II., allein was den Getreidebodenbesitz angeht, ist so um 17,5 Millionen Mark gestiegen!!

Zu seinen Einnahmen aus den eigenen Wiesenbesitzungen kommen noch die Einnahmen aus dem Kronforstamt, dem Kronreifeur und dem sonstigen Schatzgut!

Als 1910 die Zivilisierungshöhung gefordert wurde, schrieb die freikonserervative „Post“:

„Diese Bedenken (sagt eine Erhöhung der Zivilliste zu verhängen) werden noch gesteigert durch den Umstand, daß die Finanzlage Preußens im Augenblick nichts weniger als günstig ist, und man sich aus diesem Grunde die Befriedigung mancher dringlichen Bedürfnisse versagen muß.“

Die Rheinisch-westfälische Scharfmaherzeitung, die „N.-Westf. Ztg.“ schrieb ebenso deutlich als energisch: „Der Regierung ist es genau so wie uns bekannt, daß das preussische Volk heute bereits eine um Millionen größere Summe für die Krone aufbringt, als etwa das volkreichere Oesterreich oder England oder Rußland. Die Regierung hat ferner selbst das Motiv der Sparsamkeit in allen Tonarten erlingen lassen, damit in den nächsten Jahren nicht noch schwerere Steuerlasten dem Volke auf den Rücken gebürdet werden.“

Was tat der Freilinn?

Bei der Erhöhung der Krondotation um eine halbe Million Taler, die im Dezember 1887 beschlossen wurde, stimmten ganze zehn ausrechte Fortschrittlermänner dagegen!

Bei der Krondotationserhöhung von 1889 stimmten nur noch neun Fortschrittlermänner, unter ihnen Eugen Richter, dagegen!

Und 1910? Der ganze brave Freilinn hatte nichts Eiligeres zu tun, als alles zu bewilligen, was von ihm für den König von Preußen verlangt wurde!

Und dies trotz der ungeheuerlichen Steuerlasten, die dem Volke schon aufgebürdet worden sind.

Trotzdem derselbe Freilinn die sozialdemokratischen Forderungen für die Unterbeamten ablehnte!

Trotz aller Reden und Handlungen der Regierung gegen die vom Freilinn angeblich vertretenen Volksinteressen!

Zur Reichstagswahl.

Vertels „Heilsgedanke“.

Auf einer Agrariertagung in Breslau, die öfter durch Königs- treuen Tetsang unterbrochen wurde, erklärte Dr. Vertel:

„Das sind die alten Worte: Die Herzen in die Höhe. Ich kenne kein anderes Heilmittel für alle Schäden der Welt, der Gegenwart und der Zukunft als das lebendige Christentum, das den ganzen Menschen packt, das die Hände öffnet, das die Seele umwandelt, das den Knecht redt, wenn es sein muß auch gegen die Mächtigen dieser Erde, das seine Segensströme ergießt aus den Kirchen in die Höfe, in die Häuser, in die Schulen, an alle Stätten, wo die Obrigkeit waltet. Der gewaltige Heilsgedanke muß wieder lebendig werden in unserem Volksleben, in unserem Staatsleben. Sonst gibt's keine Rettung.“

Woh ein Christ! Nur leider packt im heutigen Preußen nicht das Christentum, sondern der Schuymann, den ganzen Menschen, und öffnet hat das Christentum der Großagrarter weniger deren Hände — als unsere Taschen! Auch mit der „Seelenumwandlung“ ist es so eine eigene Sache; die Junker sind noch immer so habgierig und raubfüchtig, wie ihre seligen christlichen Vorfahren, die Raub- und Strauchritter.

Ein freilinniger Schwindel.

Durch die Fortschrittspresse geht seit Tagen eine Meldung, die jetzt auch Eingang in die „Frankfurter Zeitung“ gefunden hat, wonach der sozialdemokratische Kandidat für den Kreis Sagan, Sprottau, Genosse Otto Freitzsch in Sagan, in einer Versammlung in Sprottau aufgefordert haben soll, lieber konservativ als fortschrittlich zu wählen. — Diese Behauptung ist Schwindel. Genosse Freitzsch ergriff in einer konservativen Versammlung in der Diskussion das Wort und forderte ausdrücklich auf, den Konservativen nicht zu wählen, fügte dann aber auch hinzu, er könne auch die Wahl des Bürgermeisters Achilles (Fortfchr.) nicht empfehlen. Statt rosa sollten die Wähler li. rot wählen.

Die Entstellung der Freitzsch'schen Rede ist von der freilinnigen Presse aufgebracht worden. Das Sprottauer Blatt, das einen Bericht über die Versammlung bringt, weiß von den angeblichen konservativenfeindlichen Äußerungen Freitzsch's kein Wort. Genosse Freitzsch wird in der „Breslauer Volkswacht“ außerdem noch eine ausdrückliche Erklärung der Sache abgeben.

Janusshauerliche Wahlsitten.

In der Gegend zwischen Marienburg und Elbing wird ein Flugblatt verbreitet, in dem auf sechs Seiten weiter nichts steht als — Namen! Namen von Fischern, Maurern, Bessigern, Arbeitern! Alle diese bitten um die Wiederwahl des agrarischen Herrschers von Januschau, des Herrn E. v. Oldenburg. Wie die Unterschriften gesammelt werden, läßt sich leicht erraten. Dazu sind ihm die Leute gut genug!

Deutschland — die höchste Demokratie.

Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Freiherr von Wangenheim, erklärte auf der Provinzialversammlung in Breslau: „Sehr richtig habe einst der Abg. v. Oldenburg bemerkt, die Süddeutschen konnten sich nur deswegen den Luxus ihrer demokratischen Tendenzen erlauben, weil das starke, nicht demokratische Preußen im Falle der Gefahr die Throne ihrer Fürsten mit den Bajonetten schützen könnte. Es gäbe eine äußerste Grenze in der Demokratisierung eines Staates, über die man nicht hinausgehen dürfe, und an dieser Grenze seien wir hartnäckig angelangt. Doch süddeutsche Staaten die Sozialdemokratie für regierungsfähig hielten, sei im höchsten Sinne bedenklich und widersinnig. (Lebhafter Beifall.)“

Mit Tod und Teufel gegen das Volk!

Im Wahlkreis Landeshut-Jauer-Bollnshain werden die Zentrumswähler schon im ersten Wahlgange dem Kandidaten der Konservativen zugeführt. Dieser konservative Kandidat ist aber ein Freimaurer. Jeder Freimaurer erscheint dem Zentrum sonst



Die Reichen werden immer reicher!

Die Reichen stöhnen immer beweglicher über die Lasten, die ihnen aufgebürdet würden. Die Lasten durch die soziale Versicherungsgesetzgebung sollen unerträglich sein! Und wenn im Reiche oder den Bundesstaaten

direkte Steuern

von den großen Einkommen, Vermögen oder Erbschaften aufgebracht werden sollen, dann jammern dieselben besitzenden Klassen, die den Armen schonungslos

immer neue Lebensmittelsteuern

aufpacken, gar erbarmungswürdig über diese

„sozialdemokratischen Expropriationsgelüste“.

Dabei sind es gerade die Reichen, die Großgrundbesitzer, Schlotbarone und Finanzgewaltigen, die unaufhörlich an der Expropriation, der Enteignung

der Proletarier und des kleinen Mittelstandes arbeiten! Wie die Reichen das Geschäft der Volksansaugung betreiben, beweisen ja die Zahlen der amtlichen Statistik.

In Preußen zeigte die Vermögensverteilung folgendes Bild:

	1895	1908
	Vermögen in Millionen	
Jensiten mit einem Jahreseinkommen bis 3000 M.	18 436	21 404
Jensiten mit einem Jahreseinkommen über 30 500 M.	15 964	29 408

Die Zahl der Jensiten mit einem Jahreseinkommen bis zu 3000 M. betrug 1908 1 314 739. Diese

1 1/2 Million

vermehrte ihr Vermögen in den 13 Jahren 1895—1908 nur um

2968 Millionen.

Dagegen konnten die

21 598 Jensiten

mit mehr als 30 500 M. Jahreseinkommen ihr Vermögen in derselben Zeit um

13 444 Millionen

vermehrten! Das ist die Ausplünderung der Massen zugunsten weniger Tausender Millionäre!

Wer diese Art der „Teuferei“ beseitigt sehen will, darf am 12. Januar nur

sozialdemokratisch

wählen! als der Leibhaftige Teufel. In Landeshut-Jauer aber scheint das Zentrum auch vor dessen Wahl den Junkern zu Liebe nicht zurück.

Militzsch-Trebnitz.

Die nationalliberale Partei führt in Militzsch-Trebnitz, dem Wahlkreise des Herrn v. Heidebrand, den Kampf gegen den „Kleinen“ von Tschunkwa mit größter Energie. Und sie hat tatsächlich mehrfach dem Generalfeldmarschall der Konservativen empfindliche Niederlagen bereitet. So am letzten Sonnabend in Militzsch. Dort war im größten Saale der Stadt von den Konservativen eine Versammlung einberufen worden; in einem anderen Saale fand eine nationalliberale Versammlung statt. Die nationalliberalen Redner forderten die 300 Wähler auf, sofort geschlossen nach dem konservativen Versammlungssaal zu gehen, sich aber aller Störungen der konservativen Versammlung zu enthalten. Schon länger als eine Stunde vor Beginn der Heidebrand-versammlung war der Saal dicht gefüllt von — nationalliberalen Wählern. In heller Aufregung erließen der hier von dem konservativen Führer v. Saltsch, um der Versammlung mitzutellen, daß erst eine konservative geschlossene Versammlung stattfinden und alle nichtkonservativen Wähler den Saal verlassen müßten. Darauf wurde ihm aus der Versammlung geantwortet: „Wir sind alle konservativ. Wir halten fest an — Schwindelhaft.“ Herr v. Saltsch mußte also unverrichteter Sache abziehen, und die konservative Versammlung fand nicht statt. Inzwischen waren die wenigen noch in Militzsch vorhandenen konservativen Wähler und die Getreuen Heidebrands aus der Umgegend erschienen, so daß der Saal schon vor Beginn der Versammlung wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden mußte. Pünktlich erschien der König von Klein-Tschunkwa, begrüßt von wohlgezählten 50 Versammlungsbesuchern, also einem Fünftel der erschienenen Wähler. Ratt und zahm begann er zu klagern, daß er schon aus der Begrüßung ersehen habe, daß es in Militzsch, der Kreisstadt, in der er über acht

Jahre als Landrat tätig gewesen sei, auch Nationalliberale gäbe. Seine weiteren, etwa einstündigen Ausführungen waren so eindrucklos, daß sie selbst das kleine Wahlhäuflein seiner Getreuen nicht fortzureißen vermochten.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 9. Januar 1912.

Zu den neuen preussischen Steuerentwürfen

weil die Korrespondenz Woth zu berichten, daß der fertige Gesetzesentwurf eine stärkere Heranziehung der höheren Einkommen über 8500 M. plant, und zwar eine Besteuerung von 5 Proz., statt wie bisher 4 Proz. Die Steuereinkommen unter 8500 M. werden nur insofern höher besteuert, als die bisherigen Staatssteuereinzulagen auch für die Gemeindesteuern in Zukunft erhoben werden und mit dieser Erhöhung ein neuer Steuertarif aufgestellt wird, der kleinere Staffeln als die bisherigen aufweist. Den Steuergesetzen wird eine Denkschrift beigegeben werden, in der die Regierung die Gründe auseinandersetzt, die sie veranlaßt hat, von dem Gedanken einer Ueberfluthsteuer Abstand zu nehmen.

Zu dem von juristischer Seite gemachten Vorschlag, zur Vermeidung von Steuerhinterziehungen für alle Steuerpflichtigen eine Selbsterechnung einzuführen, sei bemerkt, daß die Zahl der Steuererklärungen der Jensiten mit mehr als 3000 M. Einkommen bis jetzt schon rund 700 000 beträgt und bei der Ausdehnung der Selbsterechnung in dem vorgeschlagenen Umfang auf mehr als 5 Millionen anwachsen würde. Eine derartige Menge von Steuererklärungen läßt sich in dem kurz bemessenen Zeitraum von Ende Januar bis Ende März nicht bearbeiten. Die Steuerbehörde steht auf dem Standpunkte, daß der § 23 des Einkommensteuergesetzes betreffs die Auskunftspflicht der Arbeitgeber über das Einkommen der Arbeiter und Angestellten ein viel sicherer Weg ist, das steuerpflichtige Einkommen in Erfahrung zu bringen. Jedenfalls hat sich diese Bestimmung bisher bewährt.

Jegende welche Maßnahmen, dem fortgesetzten Steuerbetrag ländlicher Großgrundbesitzer vorzubeugen, enthält also der Gesetzesentwurf nicht.

Zentrumswüten.

Die gestern von uns wiedergegebene Meldung, daß in Neumarkt (Oberpfalz) einem sozialdemokratischen Flugblattverleiher von aufgelegten Zentrumsmitgliedern der Schädel eingeschlagen worden sei, behält sich glücklicherweise nicht. Der Mann ist zwar furchtbar mißhandelt worden, doch sind seine Verletzungen, wie es scheint, nicht lebensgefährlich.

Aus der Pfalz wird uns darüber geschrieben: Die Aufhebung der Landbevölkerung, wie sie mit besonderer schwarzen Agitatoren betrieben wird, hat es nunmehr so weit gebracht, daß die sozialdemokratische Agitation geradezu so weit gebracht, daß die sozialdemokratische Agitation geradezu mit Lebensgefahr verbunden ist. In einem Orte bei Neumarkt i. O. wurden am Sonntag zwei sozialdemokratische Flugblattverleiher von fanatisierten Zentrumsbauern, die mit schweren Holzprügeln bewaffnet waren, überfallen und, als sie vor der schwarzen Uebermacht Herzgeld gaben, verfolgt und mit Holztrümmern bombardiert. Am Abend verbreitete sich in Neumarkt das Gerücht, einer der beiden Sozialdemokraten sei erschlagen worden, doch stellte sich dies glücklicherweise am Montag als nicht richtig heraus. Der Betroffene ist zwar furchtbar mißhandelt worden, doch ist es ihm gelungen, den Händen der wilden Rote zu entkommen.

Das sind die Früchte der Zentrumstiraktion. Trotzdem weiß sich die Zentrumspresse nicht genug zu entrüsten über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten. Dieser Tage hat die gesamte Zentrumspresse sogar von einem Mordanschlag berichtet, den Sozialdemokraten gegen den Reichstagskandidaten für Weiden, Dr. Pfleger, verübt haben sollen. Sie hätten, hieß es, in der Nacht, als Pfleger und seine Begleiter von einer Versammlungstour auf dem Lande im Automobil heimkehren wollten, schwere Granatblöcke auf die Straße gewälzt, die Straße teilweise aufgerissen usw. Die ganze Geschichte hat sich jetzt als Schwindel entpuppt. Die behördliche Untersuchung hat ergeben, daß das Auto Dr. Pflegers eine Kurve zu kurz genommen hat und dadurch mit dem Hinterrad über die Straßenböschung hinausgeraten ist. Von einem Aufreißen der Straße, von Granatblöcken keine Spur!

Die Gemeinde Leuchtenberg, auf deren Gebiet dieser grausige „Mordanschlag“ vorgekommen sein soll, will sich mit einer öffentlichen Erklärung gegen den Schwindel wenden.“

Die „Jungfernschaft“ des Herrn v. Dallwitz.

Herr v. Dallwitz, Preußens berühmter Minister des Innern, hat sich wieder mal selbst korrigiert. Er hat die weise Verfügung, daß jede weibliche Verstorbene, die durch Feuer bestattet werden soll, vor der Verbrennung genau auf ihre Jungfernschaft geprüft werde, zurückgenommen. Selbstverständlich darf solche Zurücknahme in Preußen nicht ohne allerlei bürokratische und wissenschaftliche Erwägungen, Beratungen und Gutachten erfolgen; denn wo bliebe sonst der Respekt vor der Regierungswisheit. So ist denn auch vor der Zurücknahme der ministeriellen Verordnung zunächst an die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen die große Frage ergangen, ob ohne Gefahr für die Sittlichkeit des preussischen Staates die Untersuchung der weiblichen Reichen auf ihre „Virginität“ (Jungfernschaft) fortzufallen könne. Die „Kreuzzeitung“ berichtet darüber:

„Am 6. Januar laufenden Jahres ist die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen zu einer Sitzung zusammengetreten. In dieser Sitzung ist unter anderem auch auf Ersuchen des Ministers des Innern die Frage erörtert worden, ob ein erhebliches praktisches Bedürfnis zur Feststellung der Virginität bei einer Leichenschau zwecks Feuerbestattung vorliegt. Die Frage ist nach eingehender Erwägung aller dafür und dagegen sprechenden Momente von der Deputation bernimmt worden. Unter diesen Umständen hat der Minister des Innern die fragliche Bestimmung aufgehoben.“

Wofür geschähen im Jahre 1912 im preussischen „Kulturstaat“ unter der Kanzlerschaft des Herrn v. Bethmann Hollweg, des Philosophen der unbegrenzten Mittelmäßigkeit.

Die Volkserziehung durch die Wahlkreiseinteilung.

Die empörende Entredung des Volkes, wie sie sich durch die absichtliche Unterlassung der Neueinteilung der Wahlkreise herausgebildet hat, wird schon wieder durch eine Studie von H. D. D. mit wissenschaftlicher Schärfe erwiesen. Die landwirtschaftlichen Wahlkreise haben nach ihrer Verteilung im Durchschnitt nur ein Anrecht auf 0,71 Abgeordnete, die gemischten Kreise auf 0,78 und die gewerblich-kaufmännischen auf 1,27 Abgeordnete. Das ergibt für die 108 landwirtschaftlichen Kreise 73, für die 100 gemischten Kreise 78 und für die 104 kaufmännisch-gewerblichen Kreise 246 Abgeordnete! Die gewerblich-kaufmännische Bevölkerung hat also 52 Vertreter zu wenig im Reichstag, die landwirtschaftliche 30 zu viel und die gemischten Kreise 22 zu viel.

Und das heißt man: gleiches Wahlrecht. In Wahrheit müßte die Aufhebung dieses agrarischen Pluralwahlrechts

die erste Tat des neuen Reichstags sein. Nur die Entrechtung der Volksherrschaft ermöglicht den Zollwucher, die Grenzperre und die ganze Steuerpolitik. Um so nötiger ist es aber, auch dafür zu sorgen, daß in den städtischen und industriellen Kreisen kein Kandidat gewählt wird, der irgendwie der Hinneigung zur Bürgerpolitik verdächtig ist.

Beamte, laßt Euch nicht terrorisieren!

Die Bethmann-Regierung ist da kürzlich von den Junkern angehaucht worden, daß sie noch zu wenig für die Unterstützung der blau-schwarzen Wahlpropaganda getan hätte. Die Regierung beeilt sich nun, ihre Dienstbeflissenheit darzutun und verteidigt sich in der „Nordd. Allg. Ztg.“ folgendermaßen:

In konservativen Blättern ist darüber Klage geführt worden, daß die Staatsregierung kein deutliches Wort der Abwehr gegen die Veruche gefunden habe, die Beamten zur Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel zu verleiten.

Sterbei wird übersehen, daß die Staatsregierung im Landtage und bei sonstigen Gelegenheiten der Auffassung, daß jede mittelbare wie unmittelbare Begünstigung der Sozialdemokratie durch einen Beamten mit seinen Pflichten und dem von ihm geleisteten Treueid unvereinbar sei, so oft und mit solcher Entschiedenheit Ausdruck gegeben hat, daß irgendwelche Zweifel hierüber in Beamtenkreisen völlig ausgeschlossen sind. Die Beamten selbst nehmen mit aller Entschiedenheit gegen solche verwerfliche Zumutungen Stellung. Die Presse der Beamtenvereine hat gegen die Veruche, die Beamten über die Bedeutung des Dienstes hinwegzutäuschen, Verwahrung eingelegt, und noch in den letzten Tagen ist von führenden Persönlichkeiten der Beamtenvereine ein Aufruf erlassen worden, der mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit darauf hinweist, was Ehre und Gewissen von dem deutschen Beamten bei den Reichstagswahlen fordern.

Wir erzählen an anderer Stelle, durch welche terroristischen Mittel Beamte gezwungen werden, Aufrufe gegen die Sozialdemokratie zu unterschreiben. Daß der Dienstleid irgendwie die Freiheit der Stimmabgabe beschränkt, ist eine Behauptung, die nur den verfassungswidrigen Geist ihrer Urheber kennzeichnet. Die Stimmabgabe ist geheim, damit sie gerade auch für die abhängigen Existenzen frei sei. Wer das leugnet, beweist nur, daß er ein Feind des Reichstagswahlrechts, ein Volksfeind ist. Daß Herr v. Bethmann zu dieser Sorte gehört, weiß man ja und die Beratung der preussischen Wahlreform hat ihn als einen verständnislosen Kaiser der Demokratie längst entlarvt. Für die Beamten sind aber diese untauglichen Mittel, sie zu terrorisieren, nur ein Grund mehr, am 12. Januar ihrer Ueberzeugung frei und unerschrocken zu folgen.

Vadischer Stichwahltermin.

Die Stichwahlen finden in Vaden, wo das amtliche Resultat der Hauptwahl am 16. Januar festgestellt wird, schon am Sonnabend, den 20. Januar, statt. Die Zweite Kammer beginnt infolgedessen ihre Arbeit wieder am 23. Januar.

Die glänzende Lage der Landarbeiter!

Der Zufall hat uns einen Brief auf den Arbeitstisch fliegen lassen, der die Abhängigkeit des Landarbeiters deutlich kennzeichnet; ein Antwortschreiben auf eine Eingabe eines Landarbeiters um eine Notunterstützung an seine Gutsherrschaft. Die Antwort zeigt uns, wie diese Herrschaften die klägliche Lage ihrer Landflaven beurteilen und welche Ansprüche sie sich berechtigt fühlen, an diese zu stellen. Wir lassen den Brief für sich selber sprechen, haben aber, um den Armen nicht zu schädigen, seinen eigenen und den Namen seiner Gutsherrschaft fortgelassen.

Der Brief lautet:

11. 11. 1911.

An den Arbeiter Herrn . . .

Zur Eingabe an die Frau Gräfin von . . . vom 9. d. M. Nach den diesseits angestellten Erhebungen beziehen Sie nach der durch den Herrn Betriebsleiter in . . . bewirkten Neuregelung ihrer Einkünfte jährlich:

- a) für 300 Arbeitstage a 1 M. 300 M.
- b) 14 Zentner Deputatoren 112 „
- c) 40 Zentner Kartoffeln 60 „
- d) 12 Tausend Lohr oder 36 Zentner Weizen 36 „
- e) freie Wohnung und Gartennutzung im Werte von 75 „

zusammen 583 M.

Sie sind also nicht schlechter gestellt wie vordem, vorausgesetzt, daß Sie regelmäßig zur Arbeit kommen, was von jedem Angestellten und Dienstmann erwartet werden muß. Zudem ist die Ihnen zugewiesene Arbeit leicht und kann zweifellos auch geleistet werden.

Ihre Ehefrau ist nach dem übereinstimmenden Bericht des Herrn Dr. A. . . . , wie auch des Herrn Bezirksleiters in , wenn auch in gewissem Sinne wie alle Frauen ihres Alters leidend, so doch sehr gut in stande, leichtere Arbeiten zu verrichten, zu welchen sich auf dem Gutshofe Gelegenheit bietet, und dadurch täglich auf 1/2 Tag 50 Pf., für 300 Arbeitstage also 120 M. zuzuverdienen.

Von einer Kollage kann somit nicht die Rede sein, und es liegt keine Veranlassung vor, eine Änderung der Dispositionen des Herrn Betriebsleiters in herbeizuführen.

Im übrigen muß die Erwartung ausgesprochen werden, daß Sie Ihre erwachsenen Kinder anhalten, ihre Kräfte statt fremden Herrschaften, dem Gute zu widmen, wo sich jederzeit Gelegenheit zu ihrer Körperbeschäftigung und ebenso gut wie auswärts lohnender Beschäftigung für sie bietet.

Generaldirektor.

Die Konservativen rechnen jetzt in Flugblättern, vom Reichsverband hergestellt, den Arbeitern vor, welche gewaltige Lasten sie tragen müßten, wenn der sozialdemokratische Zukunftsstaat verwirklicht würde. Schlechter als in der heutigen „besten aller Welten“ wird es dem Landarbeiter sicherlich nicht gehen, wenn er als Mitglied einer freien ländlichen Produktionsgemeinschaft zu eigenem Nutzen, nicht im Sklavendienst eines adeligen Großgrundbesitzers, die Scholle bearbeitet. Selbst angenommen, die obige Berechnung wäre richtig — was sind 583 M. unter den heutigen Verhältnissen für eine Familie? Zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig!

Ein Opfer unserer Kasernenkultur.

Der Einjährig-Freiwillige Jesse von der 7. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 114 in Konstanz hat sich das Leben genommen. Was den unglücklichen jungen Mann zu der Verzweiflungstat getrieben hat, ist aus folgenden Mitteilungen der „Neuen Konstanzer Abendzeitung“ entnehmen:

Der Hauptmann der Kompanie v. Kahlenberg scheint für seine Kompanie nicht ganz sicher zu sein, denn am 3. d. M., vor-mittags, begab er sich selbst in die Wohnung des Einjährig-Freiwilligen und verlangte vom Wohnungsinhaber resolut die Deckung des Schreibstisches. Da sich Herr G. (der Wohnungsinhaber)

zweierte und den Hauptmann aufmerksam machte, daß dies Sache des Gerichts sei, wurde er angehört: „Halten Sie die Schnauze, das ist die Wohnung des Einjährigen, über die ich jetzt verführe. Waschen Sie, daß Sie hinauskommen. Das geht Sie gar nichts an.“ Der Wohnungseigentümer G. bestand auf seinem Recht und erwiderte, daß er sich nicht aus seinem eigenen Zimmer weisen lasse, er wolle dabei sein, wenn jemand in seiner Wohnung herumkrame. Eine solche „Respektlosigkeit“ von einem gewöhnlichen Sterblichen hatte der Herr Hauptmann v. Kahlenberg offenbar nicht erwartet: „Faden Sie ihn und schmeißen Sie ihn hinaus!“ befahl er dem Burden des Einjährigen. Dieser brauchte nicht groß zuzufassen, denn der Wohnungsinhaber ging nun freiwillig mit den Worten: „Ich gehe schon, aber Herr Hauptmann, ich werde mir das nicht gefallen lassen!“ Dann tat der Herr Hauptmann nochmals das, was am Tage zuvor schon ein Leutnant in Begleitung Untergeordneter getan hatte, er durchstöberte das Zimmer des Einjährigen.

Um die Ueberführung der Leiche des Einjährigen in die Heimat kümmerte sich die Militärbehörde nicht weiter. Nur etwa 40 Einjährig-Freiwillige benutzten ihre dienstfreien Stunden, um ihren Kameraden auf dem letzten Gange zu begleiten, weiter waren Beamte der Oberpostdirektion, die in dem Dahingegangenen einen treuen Berufskollegen verloren, anwesend. Der Ueberführung ging im Hofe des Garnisonlazarets eine kleine Leichenfeier voraus, bei der Herr Stadtvikar Duhm von den großen Härten beim Militär, denen sich nicht jeder Charakter, nicht jede selbständige Denkfähigkeit und Lebensanschauung unterzuordnen vermöge, sprach. Jesse sei vielleicht das Opfer unserer militärischen Einrichtung geworden, vielleicht habe menschliche Unvollkommenheit das Maß der unbedingt erforderlichen Härte überschritten und dem jungen Manne die Waffe in die Hand gedrückt. . . .

Wenn schon ein Geistlicher solche Anklagen erhebt, muß die Verurteilung badischer Kasernen mit der Barbarei des berrussischen Militarismus schon weit vorgeschritten sein.

Frankreich.

De Selves demissioniert.

Paris, 9. Januar. Der Minister des Meubers, de Selves, hat wegen eines Zwischenfalls in der heutigen Sitzung der Senatskommission, bei dem sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen Caillaux und de Selves herausstellte, seine Demission gegeben.

Die Meinungsverschiedenheit erstreckte sich auf das Ausmaß der Mitteilungen über die Marokkoverhandlungen, die der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollten.

Die Ausschiffung des ehrgeizigen Mannes dürfte den Ausgang der Marokkodebatten nur günstig beeinflussen.

Unser Pariser Mitarbeiter telegraphiert uns:

In der Senatskommission forderte Clemenceau Aufklärung, ob die Verhandlung mit dem deutschen Reichstagsabgeordneten Dr. Semler wegen der Kongo-Kamerunbahn ohne Wissen Cambons geführt worden sei. de Selves verweigerte jede Aussage mit Berufung auf die ministerielle Solidarität. Clemenceau replizierte: Keine Antwort sei auch eine Antwort. de Selves verließ darauf den Saal und übergab Clemenceau seine Demission.

Die Senatswahlen.

Paris, 8. Jan. (Eig. Ber.)

Wie voraussichtlich war, hat die geeinigte Partei bei den gestrigen Wahlen keinen Kandidaten durchgebracht. Der ihr von der Bourgeoispreß zugerechnete, im Departement Bouche-du-Rhone gewählte Budget ist ein „Unabhängiger“, der in allerhand Farben spielt. Am besten schnitten die sozialistischen Kandidaten in folgenden Departements ab: Allier (92 bis 130 von 826 abgegebenen Stimmen), Ardennes (138 bis 155 von 821), Cher (138 von 596), Gard (196 von 835). Am Aveyron wurden 16 Proteststimmen für Hervé abgegeben. Angesichts dieser Resultate sprachen manche Bourgeoisblätter von einer „Niederlage“ der Partei; eine sehr törichte Behauptung, die allerdings durch den bestreudend optimistischen Artikel, den die „Gummité“ noch am Wahlmorgen brachte, einen Schein von Berechtigung erhält.

Im übrigen ist das Wahlergebnis so, daß man je nach seinen Wünschen einen neuen Sieg der „Republik“ oder der „Reaktion“ herausrechnen kann. Es werden nämlich mit jeder Wahl mehr Regierungskandidaten gewählt, dafür erstreckt sich aber der Saum der Regierung immer weiter nach rechts. Zweifellos aber ist, daß der giftige Widerstand gegen die Forderungen des Proletariats im Senat erstarbt ist.

Portugal.

Die Bourgeoisrepublik gegen die Arbeiter.

Lissabon, 9. Januar. Die Dockarbeiter und Eisenbahngestellten in dem am Tejo Lissabon gegenüber gelegenen Ort Barreiro sind in den Streik getreten. Die Ausländischen hielten eine Versammlung ab. Die Lokalbehörden vermochten nicht, die Versammlung aufzulösen und verlangten telegraphisch von Lissabon Mannschaften zur Verhaftung der Führer. Zwei der Führer wurden bei ihrer Ankunft in Lissabon verhaftet. In der Nacht zogen große Arbeitermassen durch die Straßen Lissabons vor das Gouvernementsgebäude und verlangten die Freilassung der Verhafteten. Diese wurde auch zugestimmt unter der Bedingung, dann selbst für Autorität zu sorgen. Die Dampfer werden militärisch bewacht. Es wurden eine Reihe von Sittierungen vorgenommen. Die Eisenbahnstation von Barreiro ist von Truppen besetzt.

Der Krieg.

Vorbereitungen zum Vormarsch ins Innere.

Rom, 9. Januar. „Tribuna“ verzeichnet in einer Meldung aus Tripolis die große militärische Tätigkeit, die von den Italienern an den Tag gelegt wird. Es handelt sich um den Bau einer Schmalspurbahn von Tripolis nach Ainzara nach dem System Decauville. Ferner sollen mehrere Brunnen in der bei Tripolis befindlichen Gasse gebohrt werden. Die Genietruppen werden ihrerseits eine Anzahl Befestigungswerke anlegen; neue Truppen sollen eingeschifft werden.

Der Sozialismus gepredigt aus Kanonenschlünden.

Paris, 9. Januar. „Leclair“ berichtet aus Rom: Die sozialistischen Abgeordneten de Felice und Badrecca, welche mit den italienischen Truppen nach Tripolis abgedampft sind, haben seit einigen Tagen unter dem Schutze einer Abteilung Soldaten eine sozialistische Propaganda, und zwar unter den Arabern in den umliegenden Ortschaften von Tripolis, unternommen. Sie haben verschiedene Meetings einberufen. Das Leitmotiv dieser Ansprachen bestand in der Gegenüberstellung der türkischen und der

italienischen Zivilisation, wobei die italienische als der Weg zur kollektivistischen Zivilisation bezeichnet wurde.

Solcher Widsinn wird allen Erstes von der bürgerlichen Presse verbreitet. Selbst wenn die beiden Wirklöcher unter dem Schutze italienischer Bajonette solche Versammlungen abhielten, so wäre damit nur bewiesen, daß sie alles andere als Sozialisten sind. Unsere Leser wissen, daß die italienische Partei und der „Avanti“ mit der größten Entschiedenheit gegen den Tripolisstreik und den Kolonialraub Stellung genommen haben, und daß sie sich für eine „sozialistische“ Propaganda eines de Felice bestens bedanken. Ueberdies hat de Felice niemals einer sozialistischen Parteiorganisation angehört und ist erst recht, ebenso wie die paar anderen pseudo-sozialistischen und tripolisstollen Parlamentshelden, durch seinen Kriegsfoller vom Sozialismus abgerückt.

Der türkische Kriegsminister über die Friedensausichten.

Konstantinopel, 9. Januar. In einem von „Sabah“ veröffentlichten Interview erklärt der Kriegsminister angesichts der von italienischer Seite in Umlauf gesetzten Friedensgerüchte, daß die Pforte keine Schritte in dieser Richtung unternommen habe. Solange die Souveränitätsrechte des Sultans über Tripolis und Benghasi nicht anerkannt würden, sei der Friede unmöglich. Die Veröffentlichung des Annerionsdekretes könnte Italien nicht hindern, auf einer anderen Grundlage zu verhandeln. Die Lage der Türken in Benghasi bessere sich täglich. Es würde für Italien jahrelanger Arbeit bedürfen, seine Stellungen zu sichern.

Die Revolution in China.

Der erste „Kulturstaat“, der in die revolutionären Wirren in China mit brutaler Räuberfaust eingreift, ist Rußland. Länderraub und Völkerknechtung gehen im Zarenreiche Hand in Hand mit innerer Fäulnis und Knutenregiment. Persien leuchtet jetzt unter den Nagaken und Säbeln der Kosaken, bald wird auch die Mongolei den Kreaturen des russischen Absolutismus ausgeliefert sein. Gilt es doch, das durch die japanischen Schläge zertrümmerte Prestige des Zarismus in Asien wieder herzustellen. Der russische Imperialismus gefehlt zur Brutalität die Perfide. Rußland annektiert die Mongolei nicht, es läßt nur grohmütig zu, daß sie sich infolge der Schwächung der kaiserlichen Regierung in Peking „selbständig“ macht. In Wirklichkeit hat der russische Rubel bei den führenden Persönlichkeiten und den Großen der Mongolei vorgearbeitet und die nötigen „Selbständigkeits“-Gelüste geweckt. Die Zarenregierung wird dann in ihrer aufrichtigen Begeisterung für Völkerfreiheit sich zur Schützerin der mongolischen „Autonomie“ aufwerfen, seine sibirischen Bataillone einmarschieren und strategische Bahnen anlegen lassen.

Das heimtückische Vorgehen Rußlands muß natürlich die nationalen Instinkte des chinesischen Volkes aufpeitschen und den alten Fremdenhaß wieder erwecken. In absehbarer Zeit wird aus den jetzigen Wirren ein neues China hervorgehen, das den Raub der Mongolei an Rußland rächen wird; die „Autonomie“ der Mongolei wird schließlich mit einem blutigen Ringen zwischen China und dem Zarenreiche enden.

Vorbereitungen für den Entscheidungskampf.

Peking, 8. Januar. (Meldung des Neutürkischen Bureau.) Der Waffenstillstand ist nicht erneuert worden. Die Verhandlungen mit den Revolutionären sind auf einem toten Punkt angelangt. Die Regierung in Peking hegt die Erwartung und die Hoffnung, daß sich die Revolutionäre nach Norden wenden und so Gelegenheit zu einer entscheidenden Schlacht geben werden, da sie selbst infolge des Mangels an Mitteln außerstande ist, genügend Truppen nach dem Süden zu senden, um sich den Sieg zu sichern. Die Aufständischen von Schansi und Schensi rücken vereint auf Honanfu. Eine Entschädigung der Kaiserlichen, die nach Schensi geschickt worden war, zieht sich auf Honanfu zurück; jedoch kommen Verstärkungen vom Norden herbei. Die Kaufleute von Tientsin beklagen sich über die kaiserlichen Offiziere, die unndückerweise den Güterverkehr hemmen, so daß der Außenhandel von Tientsin gefährdet erscheint.

London, 9. Januar. „Daily Telegraph“ meldet aus Schanghai vom 8. Januar: Wutigung telegraphierte an Quansichai, daß alle telegraphischen Verhandlungen aufhören müßten. Die republikanischen Führer hätten beschlossen, unter völliger Ignorierung der Peking Regierung den Nationalkonvent nach Schanghai zu berufen.

Die Russen in der Mongolei wie in Persien.

Rjasch, 9. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Ein Mongoleide detachment nähert sich der Grenze bei Rjasch, um die angrenzende Mongolei von unzuverlässigen bandenbührenden Chinesen zu säubern und diese über Transbaikalien nach der Mandchurei zu bringen, wo sie angesiedelt werden sollen. Die eingewanderten Chinesen sind dadurch beunruhigt; mehrere Hundert von ihnen überfielen in der Nacht zum 8. Januar die Verwaltungsgebäude des Marktplaces Kaimaschin. Die mongolischen Beamten retteten sich zum Vorsteher des chinesischen Telegraphenamts. Die mongolischen Schutzeinheiten wurden entwaffnet. Die Chinesen lieferten die geraubten Waffen am nächsten Tage freiwillig wieder aus, aber drohen, im Falle der Ausweisung die Verwaltungsgebäude zu plündern. Die mongolischen Behörden bat die russische Obrigkeit um Unterstützung.

Letzte Nachrichten.

Der Nachfolger de Selves.

Paris, 9. Januar. (Meldung der Agence Havas.) Die Minister treten heute abend um 9 Uhr zu einer Beratung zusammen, bei der wahrscheinlich Minister de Selves seine offizielle Demission gibt. Wie berichtet wird, wird Ministerpräsident Caillaux Delcassé auffordern, das Portefeuille des Auswärtigen zu übernehmen.

Zum Tode verurteilt.

Bromberg, 9. Januar. (W. T. B.) Das Schwurgericht hat den 36 Jahre alten Arbeiter Jakob Kaminski wegen Mordes und die Arbeiterfrau Nadowial wegen Anstiftung zum Mord zum Tode verurteilt. Kaminski latte am 15. Oktober 1911 den Ehegatten seiner Geliebten Nadowial auf deren fortgesetztes Drängen im Walde bei Rogom erschlagen.

Blutige Schlägerei.

Mühlhausen i. Gf., 9. Januar. (W. T. B.) In Ensdheim kam es gestern zwischen mehreren jungen Burschen, die tagüber gemeinsam gezecht hatten, zu einer Schlägerei, in deren Verlauf zwei der Beteiligten durch Agthiebe getötet und ein dritter schwer verletzt wurde, so daß er hoffnungslos darniederliegt. Mehrere Verhaftungen sind erfolgt.

Ueberschwemmung durch Plazregen.

Galta (Arim), 9. Januar. (W. T. B.) Ein zweitägiger heftiger Plazregen richtete in der Stadt sehr großen Schaden an. Das Straßensplaster wurde aufgewühlt und die im untersten Stod gelegenen Wohnungen vieler Häuser überschwemmt.

Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein (z. B. 2. — zur Reichstagswahl): An: 2. Berlin, v. Mitzl. d. Verb. deutsch. Buchdr. im „Vorwärts“ z. B. 100.—, Radnang-Gall 1. Du. 79,75, Köln, Reg. B. 20.—, Hallenberg O.-S., A. L. 15.—, Berlin, Moabit 13 30.—, v. d. Koll. d. Fa. F. Spenger z. B. 15,70. 4. Düren-Jülich 1. Du. 16,68, Socius, Lauenburgensis z. B. 30.—, Berlin, E. B. 30.—, v. d. Koll. d. Schneiderwerkst. Wendt u. Redlich 20.—, v. d. Schneiderwerkst. E. Rehl, Unter den Linden 81, 20.—. 5. Berlin, zwei Brüder z. B. 500.—, Dr. S. B. 30.—, Ottenjen, 6. schlesw.-holst. Wählr. 1. Du. 2217,53. 6. Reddinghausen-Vorlen, Westf. 1. Du. 72.—, Hamburg, Metallarbeiter z. B. 10 000.—, Konstanz, 1. bad. Wählr., Westf. 1. Du. 19,96, Burg, G. M. 25,40, Hannover-Linden a conto 3000.—. 7. Berlin, a. d. Großsch. d. Abt. Heinemann, Deutsche Waffen- u. Mun.-Fabr. z. B. 35.—, Järsenberg a. O., f. Simenthoffer 5,90. 8. Berlin, v. d. Venzinwerkst. d. A. B. A. G., Fennstr. 31, 3. Rate z. B. 11,95, Reiningen 1. Du. 85,32, Berlin W. 50, v. Z. 20.—, W. P. Trodenberg 5.—. 9. Berlin, Arb. u. Angest. d. Bäck.-Gen. z. B. 100.—, Breiten-Eppingen, 13. bad. Ar. 1. Du. 34,68, Adelsheim-Duchen 11,88, Charlottenb. Schuhmacher z. B. 50.—, Berlin, v. d. Bäckern d. Konsum-Gen., 1. Rate, z. B. 17,50. 12. Berlin, v. d. Rohrlegern d. Fa. Schröder-Nirsdorf z. B. 10.—, Son d. organ. Handelshilfsarb. d. Fa. Lohde, 1. Rate, z. B. 5.—, Gäßtrow, Müdnitz 1. Du. 141,48, G. H. i. M. Dörr, 30.—. 13. Berlin, aus d. Bierproz.-Kasse v. d. Koll. d. Fa. A. John z. roten Wähl 1012 20.—, Männerquartett Sangesfreunde z. B. 30.—. 15. Hallenberg O./S. A. L. 4,50, Berlin, v. d. Arb. d. Tischl. Ludwig, Nagelbergstr. 7 10.—, Bez. Götlich f. 6 Wählr. 1. Du. (Gründer 92,84, Sagan 102,74, Bunzlau 94,71, Löwenberg 14,30, Götlich 586,08, Reichenburg 156,12) Sa. 296,49, 4. schlesw.-holst. Wählr. 1. Du. 80,62, Berlin, v. d. Koll. d. Venzinwerkst. d. A. B. A. G., Fennstr. 31, 4. Rate z. B. 11,65, v. d. Koll. d. Fa. Louis Klaus, Nirsdorf, Knebeckstr. 81, z. B. 9.—, Walsch-Baren, 1. Du. 63,98. 16. Berlin, Brauerei- u. Mühlenfabr. Groß-Berl. z. B. 800.—, v. Gen. Ed. Döbs. i. Schöneberg („Her mit dem Recht“) z. B. 300.—. 18. P. L. Bern 50.—, v. d. Bäckern d. Konsum-Gen., 2. Rate z. B. 17,50. 19. Berlin, a. d. Großsch. d. org. Schlosser d. Fa. Gebr. Wolgast, Bienenstr. 7, z. B. 40.—, v. d. Koll. d. Fa. Liebe, Weissensee, z. B. 50,10, v. d. Arb. d. Fa. Kaffeeel u. Rantmann z. B. 50.—, Bez. Bommern f. 14 Wählr. 1. Du. (Anklam-Demmin 19,92, Miedow-Höftin 101,43, Randow-Greifenhagen 824,90, Stettin 553,11, Wyrth-Saagig 12,42, Raugard-Regenwalde 14,22, Greifenhagen-Nammun 14,64, Stolp-Rauenburg 23,88, Wätow-Schlauw-Nummelsburg 5,40, Kößlin-Kollberg 68,01, Belgard-Drumburg 9,45, Neustettin 14,55, Stralimund-Rügen 150,12, Greifswald-Grimmen 99,81) Sa. 1741,68. 20. Berlin, v. d. Koll. d. Reich.-Fabr. Heim. Timm, Reinholdstr. 24.—, v. d. Koll. d. Venzinwerkst. d. A. B. A. G., Fennstr. 31, 5. Rate z. B. 11,15, Warkim, 3. medienb. Wählr., Westf. 1. Du. 33,50. 21. Bez. Wialz f. 6 Wählr. 1. Du. (Speyer-Ludwigshafen 839,58, Reustadt 229,78, Germersheim 47,82, Birmalsand 165,92, Homburg 42.—, Kofferslautern 139,54) Sa. 1464,92, f. St. Daboz, z. B. 20.—. 22. Berlin, „Peta“, Dälestr. 3.—, Vorstand Hil. 8. d. Kröhner, z. B. 50.—, Großsch. d. Koll. d. deutsch. Metallarb.-Verb., Abt. Rep.-Werkst. d. A. E. G. Ob.-Schöneberg, 30.—, Möbelf. Eiche, Borchagen-Str. 24, 4. Et., 2. Hof, z. B. 20.—, Hamburg I, 1. Du. 3000.—, Hamburg II, 1. Du. 4000.—, Hamburg III, 1. Du. 15 000.—, W. R. Kew Hort z. B. 8,30. 23. Berlin, fr. Sch. B. z. B. 1.—, Sparverein „Chronischer Dales“ z. B. 15,30, Dr. R. A. 100.—. 27. P. B. S. für 1. Du. 180,13 (darunter Ratowig 73,62, Ventzen 30,93), Hamburg v. 2. foz. geschnitt. hand. Staatsbeamten 60.—, 2. R. Lima (Peru) 20.—, Berlin, Tapetier v. Wille 8.—, v. d. Handwerk u. Majkapf. d. Schulth.-Brauerei, Abt. 4, Nieder-Schöneberg, d. Bloch 9,25, Romanes f. e. Referat 6. d. Schulth. d. S. B. 10.—, Schöneberg f. R. 10.—. 28. Berlin, Bierproz. v. d. Kunstschmiede Krüger, Nirsdorf, Glafowstraße d. Karl Köpke z. B. 50.—, Verierste Kage, Amerika, z. B. 5,23, Gau Nordbayern f. i. 21 Wählr., 1. Du. (Amberg 34,92, Neumarkt i. O. 16,28, Reustadt a. B. R. 64,06, Hof i. P. 267,96, Bayreuth 406,98, Forchheim-Stulmbach 115,68, Reimburg v. B. 6,30, Kronach-Eichtenfels 112,28, Bamberg 175,48, Nürnberg 3601,25, Erlangen-Fürth 699,94, Ausbach-Schwabach 205,48, Eichstätt 28,14, Dinkelsbühl 50,44, Rothenburg a. T. 85,22, Kitzingen 42,78, Reustadt a. S. 33,32, Schweinfurt 212,86, Würzburg 342,00, Alschaffenburg 136,08, Lohr a. M. 27,48) Sa. 7050,71, Berlin G. H. u. G. B. z. B. 20.—, Julamünd, z. B. 20.—,

29. Berlin, Arone 6.—, A. Du. z. B. 3.—, Stammtisch Corso Dante Torino 8,05, Arbeiter d. Fa. Mancke 10.—, F. Schöbert, London 5,50, Berlin N. O. z. B. 200.—, Lemmer-Nettmann 1. Du. 739,88, Leipzig-Land, 13. schf. Wählr. a. Konto 7000.—, 8. Wirtl. Wählr. 1. Du. 85,66, Berlin, v. d. Koll. d. Fa. Siegfried a. d. Seckert 4.—. 30. Berlin, Ding, Fabr. Mariendorf, Abt. Buchbind. 2. Rate z. B. 10.—, Weste, Schlachtensee, z. B. 100.—, v. d. Koll. d. A. B. A. G., Fennstr. 31, 6. Rate z. B. 11,20, J. A. 3.—, v. Maler d. Fa. Kauspe u. Dröge z. B. 6,50, Koll. d. Metallarb.-Verb. Bahus, Siemens-Schuckertwerke Kottendamm 25.—, Rotibus, Le D. z. B. 5.—, Gildesheim, G. E. 2.—, Eberburg, 16. hann. Wählr. 1. u. 2. Du. 400.—, Berlin, v. d. Rotationsarb. d. Berl. Tageblatts z. B. 10.—, Seckert 4.—, Sattl. d. Fa. Schebera z. B. 10.—, Pers. d. Buchdr. Vorwärts, Abt. Buchb., z. B. 50.—, v. d. Schneidern der Fa. J. W. Stala, Unter den Linden, z. B. 20.—, H. P. Olten (Schweiz) z. B. 100.—, Berlin, N. B. 4.—, Hennig, Argentinien 5.—, Berlin, A. B. 50.—, Dresden, Abt. Karosserifabrik 2.—, Neustadt, Hoff, 107,04, Berlin, Koll. d. Schneider-Gen. Hoffnung, Brunnenstr. 185, z. B. 25.—, Berlin, H. z. B. 2300.—, Groß-Berlin a. Konto seiner 8 Wählr. 20 000.—, darunter: Alexander f. 6.—, Tischl. Meyer, Heichen u. Co. 10.—, v. Fremdschaftsklub Mette 10.—, Bez. 407 b. Id.-Abt., z. B. 10.—, aus der Seckert 6.—, Raschmitten u. Heizer, Weissensee-Pantow z. B. 2.—, Kranzschneid. d. Arbeiter v. Kappeler, Raschmittenstr. 10,20, v. Mitgliedern d. II. Abt. d. Konsumvereins Berlin u. Umg. 50.—, Warrst Schäfer 60.—, z. B. d. Arb. d. Fa. Weisch 6.—, Stanzerei Bergmann 0,75, Bez. 601 a, Ueberf. v. d. silb. Hochzeit 3,90, v. Gen. Meyer f. Refr. 6.—, Potterverein Zimmer Pech 5.—, Sparverein Vorwärts 10.—, z. B. a. d. Großsch. d. Koll. d. Fa. Tengelmann 15.—, Werkstatt Galle d. Buchholz 15.—, Bez. 718 a, 18,20, v. d. Arb. d. Kammerischen Werke 20,75, Flug d. Harte 10.—, Waf. Karl 10.—, Referat Weber 6.—, A. B. Ritter 1.—, Sparverein Freiheit z. B. d. Glawe 11,50, P. B. 2.—, Bez. 683 3.—, Höpner 2.—, z. B. A. R. 3.—, Militärschneider-Werkstatt Rohardt, Jägerstr. 18 12,60, Frau G. R. 1.—, W. Haase 1.—, Fr. Wille 0,50, Arb. d. Seckertfabrik H. H. Schütz 18,40, Bez. 416 10.—, Bez. 346 I, a. d. Seckert 20.—, Arb. d. Möbelf. Jelles u. Co. 8,30, Arb. d. Tischl. Großsch. Landsberg, Str. 50.—, Wasserfante d. Meinhardt 6.—, Bauklub Artona 5.—, P. B. 5.—, fröhliche Weihnacht 5.—, Richter, z. B. 1,50, Arb. d. Böhmischen Brauhaus 3,55, Arb. der Firma Krebs u. Co., Gohenschönhausen 30.—, v. d. Koll. d. aufgelösten Gummiabrik A. E. G. Schlegelstr., d. Westf. d. 10. W.-Kasse 15,00, Maßschneider d. Firma Peet u. Cloppenburg 20,00, Köpfer Berlins 400,00, v. d. Arb. Ludwig Spitz u. Co., 2. Rate 16,30, Kranken-Unterstützungsverein famül. Beruf, Bezirk II 30,00, v. d. Mitsfahrern d. Konsumgenossenschaft 7,00, v. d. Kollegen d. Bauhilfsvereins Sommerlatte, Weissensee, Gustav Wolff-Str. 131 40,55, Ueber den Papfen z. B. 2,85, Handwerker d. Schultheiß-Brauerei, Abt. 4, 1. Rate 10,00, v. d. Werkstatt Rieles u. Neumann 30,00, Verbandsmitgl. d. Buchdruckerei Liebheit u. Thiesen 25,00, Seper d. Berl. Adreßbuchs 6,50, Note Mandarinen 3,00, Verband d. Gasts u. Schankwirte Deutschlands, Jahrliste Berlin 500,00, a. d. Wierkaffe der Karosserie- und Wagenfabrik Frank, Inselstr. 11, mit Ausnahme der Sattelbodenschlosser und Schmiede 100,00, a. d. Seckert 4.—, Sattler d. Karosserie- u. Wagenfabrik Frank, Inselstr. 11 10.—, Hausdiener Peet u. Cloppenburg, 2. Rate 20.—, Arb. d. Fa. Ludwig Spitz u. Co., 3. Rate 17,55, Berlin, Sattler u. Portel, Vergnügungskasse 50.—, Seckert d. Kollegen C. Sandmann 10.—, Koll. d. Fa. R. Koppel, Kronenstr. 66,67 20.—, Seckert 4.—, Goldleistenfabrik Hardeß 5.—, Männerchor Fichte-Georgia 30.—, Bierproz. d. Fa. Dittschel 50.—, Wädelstr. u. Gen., Klosterstraße, d. Altholt 100.—, Handelshilfsarb. Greifenhagen, Brunnenstr. 20.—, Kohnhase d. Bildhauerer Blüsch 15.—, Wilhelm 300.—, Gutenberg 34,40, Alfred S. 5.—, Ernst B., Berl. 1.—, Gesamtperf. Buchdruckerei Braubach u. Gutenberg 44.—, Tischler d. Möbelfabrik Schwarz 30.—, v. d. Arb. d. Fa. Ludwig Spitz u. Co., 4. Rate 25.—, Gefammelt 6. d. Weihnachtserleichterung v. Vereins Grunewald d. Ernst 5.—, Schneider d. Stock u. Co. 20.—, v. d. Mitsfahrern d. Konsumgenossenschaft 7.—, Gewisses Geld d. Buchdruckerei Hempel u. Co. 10,20, Seper u. Drucker d. Buchdruckerei A. Seidel u. Co. 43.—, Seckert 4.—, Buchdruckerei B. Cohn, Neue Promenade 6 15.—, Knabe 3.—, Bäder u. Konditionen Berlins 300.—, v. einem Freunde d. Sozialdemokratie 40.—, v. d. Koll. d. Firma Truny u. Hof 20.—, v. einigen Hospitalkiten d. städtischen Arbeitshauses Nummelsburg 3.—, A. A. 20.—, Seckert 4.—, Werkstatt Rheingold 15.—, Unterstützungsverein der Schmiede, Jahrliste 10 30.—, Reinhold Schmolt 5.—. Berlin, den 8. Januar 1912.

Wir haben unter Nr. 7018, A. Gerich, F. Ebert, D. Braun, Berlin, Lindenstraße 3, beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und eruchen daher dringend, alle Geldsendungen mittels Postkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Postfach Beträge bis 10 000 M. portofrei für uns eingezahlt werden. Postkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Zur Wahl in der Provinz Brandenburg!

An alle Arbeiter, die in Berlin arbeiten, aber in einem Orte der Provinz Brandenburg ihren ständigen Wohnsitz haben, ergeht hiermit die dringende Aufforderung, am Wahltag, dem 12. Januar, in ihre Heimat zu fahren und ihr Wahlrecht auszuüben.

In Berlin arbeiten Tausende, vornehmlich Bauarbeiter, die in einem Orte in der Provinz wohnen, aber gewöhnlich nur am Schluß der Woche zu ihrer Familie zurückkehren. Fast alle diese Arbeiter sind Wähler zum Reichstage und gehören ihrer Klassenlage nach zur Sozialdemokratie, haben gar keine andere Wahl als einem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben, wollen sie nicht zum Verräter an ihren Klassengenossen werden. Von der Abgabe ihrer Stimme hängt aber bei der diesmaligen Wahl sehr viel ab; ihre Stimmen sind unter Umständen zur Erkämpfung des Sieges ausschlaggebend. Deswegen ergeht an alle diese Arbeiter der Ruf, am Freitag ihr Wahlrecht auszuüben. Die Parteigenossen, die mit solchen in der Provinz beheimateten Arbeitern zusammenarbeiten, wollen etwaige Säumige besonders darauf aufmerksam machen, daß sie pflichtvergessen handeln, wenn sie der Wahl fern bleiben, und veranlassen, daß uns keine Stimme durch Nachlässigkeit verloren geht.

Der 12. Januar muß ein Siegestag der Sozialdemokratie werden!

Die sozialdemokratischen Kandidaten der Provinz Brandenburg:

- Nieder-Barnim: Stadtverordneter Artur Stadthagen, Berlin.
Teltow-Beeskow: Stadtverordneter Fritz Zubeil, Berlin.
West-Prignitz: Gewerkschaftsangehelliger Wilhelm Tiering, Berlin.
Ost-Prignitz: Gewerkschaftsangehelliger Karl Gehschold, Berlin.
Muppin-Templin: Stadtverordneter Emil Boeske, Nirsdorf-Berlin.
Prenzlau-Angermünde: Expedient Richard Gadelbusch, Berlin.
Ober-Barnim: Stadth. Bernhard Bruns, Berlin.
Potsdam-Osthavelland: Landtagsabgeordneter und Stadtverordneter Dr. Karl Liebknecht, Berlin.
Brandenburg-Westhavelland: Schriftsteller Heinrich Pcus, Dessau.
Zauch-Belzig: Stadth. Ferdinand Gwald, Berlin.
Arnswalde-Friedeberg: Arbeitersekretär Eugen Brückner, Berlin.
Landsberg-Soldin: Buchhändler Wihl. Pähel, Nirsdorf-Berlin.
Königsberg-Neumark: Parteisekretär Richard Schmidt, Berlin.
Frankfurt-Lebus: Stadtverordneter Dr. Hermann Wehl, Berlin.

Kleines feuilleton.

Korrekte Straßennamen. Wien hat jetzt einen Doktor-Karl-Ruzgerplatz. Auf einer Gatzwanderung habe ich in Andreasberg den Oberleutnant-Vehmannweg entdeckt. In Halle an der Saale gab es bis vor kurzem noch eine Ruzgerstraße. Das war ein Skandal. Die Fremden konnten glauben, es gäbe Wucherer in Halle, denen zu Ehren... Darum heißt die Straße jetzt Ludwig-Wuchererstraße. Wie es recht und billig ist. Denn der königliche Kommerzienrat Ludwig Wucherer gab ihr seinen Namen. Ich hoffe, wenn ich wieder nach Halle komme, heißt sie königlicher-Kommerzienrat-Ludwig-Wuchererstraße. Aber das sind erst Ansätze, bescheidene Ansätze in der Richtung nach korrekten Straßennamen. Wien, Andreasberg und Halle haben den Anfang gemacht. Andere Städte werden folgen. Wenn ich nicht irre, besteht schon irgendwo eine Gotthold-Ephraim-Bessingstraße. Aber eine Staatsminister-Johann-Wolfgang-von-Goethestraße fehlt immer noch. Und in Berlin ist noch immer keine Erster-Staatsbankrott-Niederstraße. Und wo ist die Regierungspresidenten-Roz-Vollingerstraße? Oder glaubt man, der Regierungspresident Roz Vollinger hätte sein Vermögen deshalb der Vaterstadt hinterlassen, um mit seinem christlichen Namen in einer obskuren Vollingerstraße verhungert zu werden. Daß in Partentkirchen noch keine Oberexpeditorer-Klasse-Josef-Schmuttermatzenstraße existiert, ist schließlich verständlich. Freilich ist das alles erst die eine, die bürgerliche Seite der korrekten Straßennamen-Proze. Die städtische ist nicht weniger wichtig. Wer ein Klein wenig Verständnis für Historie hat, muß es bedauern, daß Potsdam noch keine Wilhelm-der-Großestraße, daß der Tiergarten noch keinen Otto-der-Bauleplatz aufweist, daß er in ganz Deutschland vergeblich einen Karl-der-Dide-platz sucht, in Tirol ohne Erfolg nach einer Margarethe-Maulschloßstraße Ausschau hält, daß er nirgends in Thüringen eine Friedrich-mit-der-gedehnten-Bangestraße oder auch nur eine Fürst-Heinrich-der-Zweihunddreißigste-von-Kew-jüngere-Liniegasse auffinden kann. Reich Müller.

Theater.

Friedrich-Wilhelm-städtisches Schauspielhaus: Sein von Karl Gossel. Was oder wer ist Gossel? Die Vereinigung aller Söhne und Töchter, sagt der pseudonyme Schwanenverleger, dessen richtiger Autorname J. Wiegand ist. Eine große Gemeinde von Berlin-W. — jelsamer Anblick für Berlin-W! — war ihm nachgepilgert, um mit Trompeln, Handclatschen, un-

aufförliden Herborrufen — denen Herr „Gossel“ doch erst am Schluß folgte — seinen meinelialben verächt-lustigen Förschingsall aus der Taufe zu heben. Heller Widsinn ist das zwar; aber es steckt „Methode“ darin. Gossel hat es auf die Verpottung gewisser Auswüchse im bürgerlichen „Kultur“, oder „Geistes“-Leben abgesehen; als da sind: die „Sittlichkeits“- und „Gefallenen Mädchen“-Bretelne, mit samt ihrer äußerlich zur Schau getragenen Tugendboldigkeit und innerlichen Verderbtheit. Dann die „Radillabs“, die angeblich aus der Gewöhnung zum paradiesischen Urzustand der Männlein und Weiblein ein neues „Ekelmenschtum“ züchten wollen; endlich alle, die aus all solchem hirnerdrannnen Unsinn Kapital für sich selber herauszuschlagen suchen. Der Verfasser hat, das ist nicht zu leugnen, eine toll durcheinander wirbelnde „Handlung“ zusammengedrückt. Ein wahres Feuerwerk von Späßen und grotesk-komischen Situationen sprüht aus. Die alten und jungen Tugendbanten, Jünglinge und Jungfrauen werden in bengalische Beluchung gerückt; ja und dem stadträtlichen Sittlichkeitsknäueler Kammisch gehts noch weit schlimmer. Er verliert seine ganze Garderobe und muß, nachdem er gründlich unter eine kalte Wasserduche gekostet worden ist, nahezu im Adamskostüm Reihhaus nehmen. Zu guterletzt stehen drei Paare Radler und Jungfrauenbändlerischer Hand in Hand nebeneinander, um sich dem verehrien Publikum als Verlobte zu empfehlen. Die Aufführung war flott. Alle Mitwirkenden trugen zur Lust bei. e. k.

Die Neue freie Volkshöhne brachte am Montag zwei Einakter im Neuen Volkstheater zur Aufführung: Suedermanns „Frischen“ und Kleins Lustspiel „Der zerbrochene Krug“. Mit starkem Bild ersieht Suedermann in diesem Offizierdrama krankhafte Zustände unserer Gesellschaft. Robert Müller als Rittergutsbesitzer und Major a. D. von Droffe darstellter treffend das über das Haus Droffe hereingebrochene „Unglück“. Der Sohn des Hauses, Leutnant Frey, ist infolge eines Liebesabenteuers von einem betrogenen Choptain in aller Öffentlichkeit mit der Handpatsche geprügelt worden und eben noch der Gefahr entronnen, vom Ehrenrat für nicht mehr zufriedenstellend erklärt zu werden. Er darf sich gerade noch seinem Gegner, einem guten Schützen, im Duell stellen — und nimmt nun von allen Abschied. Dem auch in seinem Neuen komponierten Leutnant Frey lich Robert Müller a. u. n. all die erschütternde Gemütsregung. Die Leante, sich nach ihrem Hergensöhnchen sehnernde Majorin, fand in Elise Brachow-Balentin und die unglückliche Nichte Agnes, die Verlobte von Frey, in Martha Angerslein sein nuancierende Vertreterinnen. Die dann folgende Aufführung des Kleinschen Lustspiels kam als nachträgliche Ehreung des Dichters immer noch rechtzeitig und erwies sich als sehr gelungen und wirksam. Den Vorbericht brachte Maximilian Gladek ganz prächtig heraus. Eine ebenso humoristische Figur bei Agnes Werner-Wagner als energische Frau Martha. Annaliese Wagner gab die Junger Coc sehr ansprechend. Zusammenpiel und Regie liegen nichts zu wünschen übrig.

Humor und Satire.

Weniger Volk! (Rufolge dem Hofberichter hörte man in diesen Tagen einen Herrn ganz leise sagen folgendes Gedächte: „Die Parole ist dieses Jahr nicht dieselbe geblieben, die sie damals war, 1907. Ich bin der Meinung, man sollte veranlassen, daß nicht solche Rassen treten in Erscheinung. Kurz, es dürfte sich empfehlen, wir jagen dieses Jahr: „Weniger Volk!“ nicht wahr? Die Aerls tun sonst doch nur rot wählen!“ (Daß diese Verse so greulich ist meine Schuld nicht, ich erzähle getreulich nach dem Hofberichter.) Franz Holzbock.

Notizen.

Porträge. Auf Veranlassung des Deutschen Vereins für Volkshygiene spricht Freitag, abends 8 Uhr, im Bürgerhalle des Berliner Rathhauses Prof. Strauß über: „Die Bekämpfung der Blutgefäße und ihre Verhütung.“ Der Zutritt ist unentgeltlich. Elise Lehmann ist dem Lessingtheaterensemble, das von 1914 an eine eigene Bühne bilden will, beigetreten. Reinhardts Ehrgeiz. In einem Banlett, das ihm zu Ehren in London gegeben wurde, sagte Reinhardt: „Mein Ehrgeiz ist, in Berlin ein Theater zu bauen, das dem Theater der Griechen völlig nachgebildet ist. Ich will alsdann die alten Klaisse und solche modernen Autoren ausführen, die sich dem klassischen Rahmen einfügen.“ Reinhardt scheint also von seinen geschäftlichen Klippen immer noch nicht zurückgekommen zu sein. Der dramatisierte Unionsstreit. Gunnar Heiberg, nach Ibens und Björnsens Tode der hervorragende Dramatiker Norwegens, hat ein Drama vollendet, das den Unionsstreit zwischen Norwegen und Schweden, der zur Trennung beider Länder führte, auf die Bühne bringt. Als der Dichter vor drei Jahren das Werk begann, begab er sich, um den nationalen Einflüssen möglichst zu entgehen, nach Berlin, wo auch der größte Teil des Stückes geschrieben ist. Das Schauspiel führt den Titel: „1905 oder der Fruch zwischen Schweden und Norwegen“.

- Ost- und West-Sternberg:** Gewerkschaftsangehörter Wilhelm Schünning, Lichtenberg.
- Züllichau-Krossen:** Stadtverordneter Oswald Brauer, Lichtenberg-Berlin.
- Guben-Pöbben:** Gewerkschaftsangehörter Franz Kogke, Berlin.
- Soran-Först:** Gewerkschaftsangehörter Oswald Schumann, Walsdorf-Berlin.
- Kottbus-Spreenberg:** Arbeitersekretär Karl Wiebel, Nieder-Schönhausen-Berlin.
- Kalan-Pank:** Parteisekretär Otto Weis, Berlin.

Wahlbewegung in Groß-Berlin. Zur Freigabe des Wahltages.

Am Wahltage, Freitag, den 12. Januar, haben eine Anzahl größerer Betriebe Anordnungen getroffen, die den Angestellten und Arbeitern die Ausübung ihres Wahlrechtes ermöglichen. Zahlreiche Betriebe werden nachmittags ganz oder teilweise von 2, 3 oder 4 Uhr ab schließen.

In den Berliner Brauereien

werden auf Veranlassung des Brauereiarbeiterverbandes von nachmittags 3 Uhr ab die nachstehend genannten Vereine und Einzelbrauereien für Freigabe sorgen:

Verein der Weißbierbrauereien, Verein der Weiß- und Braumbierbrauereien, Ernst Engelhardt Nachf., Akt.-Gesellschaft, Bergbrauerei Nacher u. Co., Genossenschaftsbrauerei Andreasstraße, Genossenschaftsbrauerei Weihensee, Brauhausstraße, Vereinsbrauerei Teutonia, Pilsenerbrauerei, Herold-Brauereigesellschaft, Gabriel u. Wächter, Weihensee, Borussia-Brauerei, Großer Johann u. Co., Nordstern, Stadtbrauerei Al.-Berlin, Charlottenburg, Schwelzergarten, Kleng u. Co., Genossenschaftsbrauerei Friedrichshagen, E. Landré, Weißbierbrauerei Akt.-Gesellschaft, Brauerei Stern, E. u. D. Fischer, Niddorf.

Die Organisation der Brauereiarbeiter knüpft an diese Bekanntgabe folgende Aufforderung: „Wir bringen vorstehend zur Kenntnis der in diesen Brauereien tätigen Arbeiterschaft und ersuchen alle Kollegen, speziell die Kollegen vom Fahrpersonal, dahin zu wirken, daß sie am Tage der Reichstagswahl spätestens um 3 Uhr den Betrieb verlassen und unbedingt ihr Wahlrecht rechtzeitig ausüben. Am übrigen ist zu empfehlen, daß nach Ausübung seines Wahlrechtes sich ein jeder zur Erledigung der Wahlarbeiten in den bekannten Lokalen zur Verfügung stellt.“

Die Omnibüsgesellschaften und die Reichstagswahl. Unter den Angestellten der Berliner Omnibüsgesellschaft herrscht jetzt zur Zeit der Reichstagswahl Erregung darüber, daß die Direktion keine Anstalten dazu macht, ihren Kautschern und Schaffnern die Möglichkeit zu geben, ihr Wahlrecht auszuüben. Bei der Wahl im Jahre 1907 hatte die Direktion bekanntlich eine Anzahl ihrer Angestellten entlassen, die sich erlaubten in der Pausezeit ihren Wagen zu verlassen, um ihr Wahlrecht auszuüben. Die Betroffenen wählten neben der Endhaltestelle und brauchten nur einige Häuser weit zu gehen, um zu ihrem zuständigen Wahllokal zu gelangen.

Die Entlassung der Leute wurde trotz Vorhaltung von verschiedenen Seiten nicht zurückgenommen; die Direktion erklärte, die Leute nicht wegen der Ausübung des Wahlrechtes entlassen zu haben, sondern lediglich deshalb, weil sie ihren Wagen entgegen den Dienstvorschriften verlassen hatten.

Weil zu befürchten ist, daß bei der diesjährigen Wahl ähnliche Vorkommnisse sich wiederholen könnten, haben sich die Angestellten an den Deutschen Transportarbeiter-Verband gewandt. Die Zeitung desselben soll bei der Direktion vorstellig werden, damit diese den Kautschern, Schaffnern und Stallknechten die Ausübung des Wahlrechtes ermöglicht. Der Verband wird der Direktion diesen Wunsch ihrer Angestellten unterbreiten. Als gangbarer Weg zur Ermöglichung desselben wird vorgeschlagen, daß die Ablösung der am Wahltage diensthabenden in der Weise erfolgt, daß die freihabenden Kautschern und Schaffner turnusgemäß ihre Kollegen für je eine Tour vertreten. Der Gesellschaft könnte die ganze Sache höchstens die geringe Summe für die Lebensversicherung an die freihabenden Kautschern und Schaffner kosten, sie kann dadurch aber den Vorwurf von sich weisen, der sie im Jahre 1907 mit Recht traf, daß sie ihre Angestellten an der Ausübung ihres Wahlrechtes hindern willig gelassen hat. Hoffentlich zeigt die Direktion diesmal eine bessere Einsicht.

Immer mit dem liberalen Programm!

Zum dritten Reichstagswahlkreis Berlins hat für die Liberalen diesmal ein Hochamtamt Rosbach die Rolle des Frühlingsknechts übernommen, der am Wahltage den Vorkühnen wird, um von den Wählern die auf den Liberalismus niederzugesenden Liebe in Empfang zu nehmen. Der Herr, der in freisinnigen Bezirken „groß geworden“ ist, wagt als Wahlkandidat eine recht unglückliche Figur und schwadroniert in einer Weise dankslos, daß er den eigenen Parteifreunden die peinlichsten Verlegenheiten bereitet. Eine seiner kühnsten Redensarten ist die folgende Erklärung, daß er „fest auf dem Boden des liberalen Programms stehe“ und es sogar „meist bei sich in der Tasche trage“ — und mit diesem liberalen Programm weicht er dann die heillosen Dinge in Erfahrung zu bringen.

In einer liberalen Arbeiterversammlung, über die der „Vorwärts“ in der Weihnachtswoche berichtete, stellte Herr Rosbach die Forderung auf, daß jedermann zu allen Wählern Zutritt haben solle. Als aber ein Frühlingsknecht fragte: „Auch für Sozialdemokraten?“, antwortete dieser Kandidat der Liberalen, daß ein Sozialdemokrat, wenn er gesinnungslos sei, sich nicht zu einem Wählern eigne. Das sagt ein Mann, der mit dem liberalen Programm in der Tasche umhergeht! Am Montag dieser Woche hörte man dann denselben Herrn Rosbach in einer liberalen Arbeiterversammlung sehr schön schimpfen, daß die Sozialdemokratie keine Freiheit der Meinung“ aufkommen lasse und „in ihren eigenen Betrieben nur Sozialdemokraten“ habe. Derselbe Liberaler, der — immer mit dem liberalen Programm — einen Sozialdemokraten für „nicht geeignet“ zum Beamten erklärt, also tatsächlich den Beamten eine bedingungslose Freiheit der Meinung nicht zugestehen, hat den Mut, sich gegen die Sozialdemokratie zum „Schützer der Meinungsfreiheit“ aufzuwerfen. Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit eines Sozialdemokraten hat er den modernen Liberalen glänzend abgequodet, den liberalen Arbeitern, die aus ihren Betrieben die Sozialdemokraten hinausschleppen, und den Berliner Kommunal Liberalen, die das auch für die Betriebe der Stadtgemeinde wünschenswert. Diese Worte von Liberalen scheitern dann — und mit ihnen Herr Rosbach — über „Terrorismus der Sozialdemokratie“!

Der Eifer, der Sozialdemokratie alles Mögliche anzuhängen, führt den Herrn überhaupt recht oft zu den wunderbarsten Witzworten. In der letzten Versammlung warf er der Sozialdemokratie vor, daß sie weiter nichts als eine Klassenpartei sei, die nur die Interessen der Arbeiter vertritt. „Und dabei“, fuhr er in demselben Atemzuge fort, „vertritt sie gar nicht mal die Interessen der Arbeiter, sondern spannt die Arbeiter nur vor ihren Parteifreunden“. Bald so, bald so — wie's weht. Er selber will, sagt er, das ganze Volk vertreten. Ein paar kleine Gewerbetreibende, die das wohl

nicht so recht glauben, machten in der Diskussion den Versuch, den Herrn Wahlkandidaten ein wenig zu examinieren. Sie forderten zu wissen, wie er sich zu dem in Betrieben des Staates und der Stadt florierenden „heimlichen Warenhandel“ stelle, durch den große Firmen sich Beamte und Angestellte als Käufer sichern und die kleineren Gewerbetreibenden verdrängen. Ein Redner, ein Angestellter der Stadt Berlin, hob hervor, daß mancher untreue Beamte, wenn ein Vorgesetzter solche Firmen empfehle oder gar die Vermittlung des Warenbezuges selber übernehme, es nicht wagt, sich von der Beteiligung auszusprechen. Dabei seien die mit Weidernähigung gelieferten Waren manchmal so geringwertig, daß man sie tatsächlich mindestens so teuer bezahle wie in jedem beliebigen Geschäft. Herr Rosbach, der Wahlkandidat der Liberalen, hatte zunächst erklärt, von diesen Zuständen sei ihm nichts bekannt. Als ihm aber entgegen wurde, er müsse sich allerdings um die Lage der kleinen Gewerbetreibenden kümmern, wenn er ihr Vertreter sein wolle und um ihre Stimme werbe, da versicherte er plötzlich, jetzt wisse er, was gemeint sei, und selbstverständlich mißbillige er die Sache. „Denn ich bin ja ein liberaler Mann!“ fügte er erklärend hinzu. „Sehen Sie“, schloß er, „wer auf dem Boden des liberalen Programms steht — und ich selber trage es sogar meist in der Tasche —, für den ergibt sich das alles von selbst.“ In Wirklichkeit ergibt für einen „auf dem Boden des liberalen Programms“ stehenden Mann sich das „von selbst“, daß er für die großen Firmen „vollste Freiheit“ fordern muß, sich durch jede ihnen zuzugewandte Vermittlung in öffentlichen Betrieben einzunisten und die schwächeren Konkurrenten hinauszudrängen. Das „freie Spiel der Kräfte“ ist „liberale Weltanschauung“ — die „Freiheit“, jeden Konkurrenten struppellos niederknietzen und abzuwürgen, ist „liberales Programm“.

Herr Rosbach hatte im Eingang seines Referates sich das billige Vergnügen geleistet, wieder mal die Nichtwähler für die Liberalen zu reklamieren. „Wenn alle Nichtwähler kommen, ist“ — sagte er — „uns der Sieg sicher!“ Nachher aber sagte er: „Die allgemeine Unzufriedenheit wird lediglich“ — er unterbrach sich: „oder größtenteils“ — „der Sozialdemokratie zugute kommen“. Daher dann auch sein während des Referates auf die Sozialdemokratie, das er in seinem Schlußwort schon durch den Anwurf, die Sozialdemokratie jage ihre Leute „mit der Reichstagswahl“ zur Wahl. Dem Mann mit dem liberalen Programm wird die Wählerchaft des dritten Kreises am 12. Januar die Antwort geben, indem sie zu ihrem Vertreter den Kandidaten der Sozialdemokratie, unseren Genossen Wilhelm Pfannkuch, wählt.

Berichtigungen zum Wahltableau.

Das Wahllokal im Wahlbezirk 781 befindet sich jetzt Reinickendorfer Straße 71 bei Wagg.

Im Wahlbezirk 271 heißt der Lokalinhaber Trunk statt Frank.

Im Wahlbezirk 509 ist der Name des Inhabers des Wahllokals Jirma.

Die schwarzen Brüder in Christo

machen sich auch in Berlin bei der diesmaligen Wahl bemerkbar. Unter dem Titel: „Vorwärts in den roten Sumpf“ verbreiten die Zentrumsanhänger einen Schmutzgeruch gegen die Sozialdemokratie, der kaum zu übertraffen sein dürfte. Was in diesem vom Volksvereinsrat in M. Gladbach hergestellten Pamphlet in Schimpfereien und Verleumdungen geleistet wird, das kann nur eine Partei, die so verlogen ist wie das Zentrum. In Berlin dürfte das Geschmiere kaum ernst genommen werden. Aber so ist die ganze Politik des Zentrums: aus Lügen und Schwindel zusammengesetzt. O, diese Pharisäer!

Polnisch-nationalistische Fanatiker

fürten die Versammlung, welche unsere Genossen der P. S. E. am Montag nach dem Roabiter Gesellschaftshaus in der Bieleffstraße besuchen hatten, um die polnisch sprechenden Arbeiter über ihre Interessen als Wähler aufzuklären. Es ist ja zu begreifen, daß es den Leuten, welche die polnischen Arbeiter im Banne der Dummheit erhalten möchten, sehr ungehalten sind über die erfolgreiche Aufklärungsarbeit unserer Parteigenossen. Aber man sollte es nicht für möglich halten, daß die Gefolgschaft dieser Leute ihre Zwecke mit solchen Mitteln zu erreichen suchen, wie sie die Nationalpolen in der Versammlung anwandten. — Die Mitglieder eines kirchlich-polnischen Vereins, der in Roabit domiziliert, waren in großer Zahl im Versammlungslokal erschienen. Wie es heißt, hat sie ein Geistlicher bis auf den Hof des Lokals begleitet. In den Saal aber ging er nicht. Er hatte wohl seine fanatische Gefolgschaft genügend instruiert. Gleich nach Eröffnung der Versammlung veranstalteten die polnischen Nationalisten, die etwa ein Drittel der stark besuchten Versammlung bildeten, einen Stillstand. Man sah deutlich: Es lag System in der Sache. Den von ihren kirchlich-nationalistischen Führern irtzgeleiteten Fanatikern lag es daran, die von sozialdemokratischer Seite einberufene Versammlung unmöglich zu machen. Weder der Leiter der Versammlung noch der Referent konnten zum Wort kommen. Es war unmöglich, in dem Stillstand durchzudringen. Unsere Genossen, welche sich bemühten, die Lärmhämmer zu Bestand zu bringen, wurden mit Flüchen und Stößen bedroht. Die wiederholten Aufforderungen des Versammlungsleiters an die Ruheförder, das Lokal zu verlassen, wurden mit Höhn beantwortet, oder nicht befolgt.

Nachdem der Redner eine volle Stunde gedauert hatte, gelang es dem Referenten, Ludwig Bodemski-Deutscher, durch geschickte rednerische Taktik den wüsten Geist der Ruheförder für kurze Zeit zu bannen, indem er an ihre bessere Einsicht appellierte und den Gegnern volle Diskussionsfreiheit zusicherte. Gleichzeitig konnte der Referent fast ungestört längere sachliche Ausführungen gegen das arbeiterfeindliche Verhalten jener Leute machen, die das nationale Empfinden henschlich benutzen, um die polnischen Arbeiter als willige Ausbeutungsjugende des Unternehmertums zu erhalten. — Die etwa halbstündige Rede blieb augenscheinlich auch bei den kirchlich-national Gesinnungen nicht ohne Eindruck.

Ran ordnete der Vorsitzende an, daß vor Beginn des Referats die Leute, welche nur in der Absicht zu stören gekommen seien, den Saal verlassen. Die Gegner aber, welche ehrlieh mit uns diskutierten wollten, sollten da bleiben und die eine Seite des Saales besetzen. — Nun ging der Lärm von neuem los. Es war offenbar: Eine starke Gruppe der Gegner wollte keine sachlichen Verhandlungen, und sobald sie zu lärmen anfangen, hatten sie auch den sonst ruhigeren Teil ihrer Freunde auf ihrer Seite. Aus dem wüsten Trübel, der den Saal erfüllte, hörte man wiederholt den Ruf: „Es lebe Polen!“ Dabei wurden Schnapsflaschen jubelnd geschwenkt! — Hier zeigte sich in erschreckender Weise die allen Feinde der jungerlich-pfäffischen „Erziehungsmethode“.

Da die Ruheförder der Aufforderung des Vorsitzenden, den Saal zu verlassen, nicht Folge leisteten, so wandte er sich um Unterstützung an die beiden Schuppleute, welche als überwachende Beamte zur Stelle waren. Aber auch die Polizei erwies sich ohnmächtig gegenüber den wüsten Ruheförder. Die Beamten gingen ein paarmal durch den Saal und es schien, als ob sie die Lärmhämmer zum Hinausgehen zu bewegen suchten. Aber die gingen eben nicht. Da gab es sich die Schuppleute keine Mühe mehr. Sie erklärten den Versammlungsleitern, hier sei eine öffentliche Versammlung, da habe jeder Zutritt, wenn der Versammlungsleiter keine Mühe schaffen könne, dann müsse er eben die Versammlung

schließen. „Ich bin königlich preussischer Beamter; aber kein Hauschmeißer“ erklärte stolz der eine der Schuppleute und sah ruhig der weiteren Entwicklung der Dinge zu.

Schließlich fand sich ein Mann, der bei den Nationalpolen eine Führerrolle zu haben scheint, bereit, seine Leute zur Ruhe aufzufordern und sie auf die Diskussion zu verweisen.

Hierauf konnte Bodemski endlich sein Referat halten. Einbringlich machte er den Zuhörern klar, daß die polnisch-nationalistischen Bestrebungen nur die Interessen des polnischen Junkertums, der Ausbeuter der Arbeiter fördern, während die Interessen der polnischen Arbeiter von keiner anderen Partei als der Sozialdemokratie wirksam vertreten werden. — Diese Ausführungen fanden bei der großen Mehrheit der Versammlung härmischen Beifall.

Wie der Vorsitzende feststellte, hatte das eingeladene Wahlkomitee der polnischen Partei keinen Vertreter geschickt. Als erster Diskussionsredner bekam deshalb ein Herr das Wort, der unseren Genossen nicht bekannt war und von ihnen für einen Vertreter der nationalen Richtung gehalten wurde. Seine Ausführungen zeigten aber, daß er weder der einen noch der anderen Seite angehörte. Er sprach unter anderem gegen die Auffassung polnischer Sonderkandidaturen und nahm dem Sozialismus gegenüber eine nicht unspannathische Haltung ein. — Als die Nationalisten merkten, daß der Redner nicht zu ihren blinden Anhängern gehörte, fingen sie wieder an, zu lärmen. Der Redner, dessen Ausführungen die Mehrheit der Versammlung sichtlich interessierten, wurde von den nationalen Fanatikern fortwährend unterbrochen. Als der Lärm wieder so stark wurde, daß der Redner nicht mehr durchbringen konnte, schloß der Vorsitzende die Versammlung, da unter diesen Umständen an eine Fortsetzung nicht zu denken war.

Während die Redner auf die Sozialdemokratie brach die Mehrheit aus. Die Minderheit antwortete mit gellendem Pfeifen und Hochrufen auf Polen. Die beiderseitigen Demonstrationen wurden nach kurzer Zeit fortgesetzt. Dann schwieg die sozialistische Mehrheit, während die nationalistische Minderheit noch längere Zeit mit Schreien und Hohn den Saal erfüllte.

Der erste Kreis hatte am Montag eine Wählerversammlung nach dem „Vahrenschen Hof“, Weidenbamm 1, einberufen, die sich eines guten Besuches erfreute. Redakteur Baumig referierte und erinnerte eingangs seiner Rede an die Wahl von 1907 und an das Verhalten des Freisinn in jener Zeit, desselben Freisinn, der damals Arm in Arm mit der Reaktion ging, während er jetzt den Kampf gegen Rechts predigt. Unsere Kampfesparole heiße: Kampf gegen die Konservativen, Kampf gegen das Zentrum, aber auch Kampf gegen den Liberalismus. Die Wähler sollten sich nicht täuschen lassen von volltönenden Aufrufen und Versicherungen, die angesichts der Tatsachen und geradezu lächerlich anmuten wüßten. Dann beleuchtete Redner die Taten des verflochtenen Reichstags und ging auf die Aufgaben ein, die des neuen Reichstages harren. Besonders die Zoll- und Steuerpolitik, worüber der Redner ein knapppunktiertes Bild zeichnete, erfordere das größte Interesse der Wollmannen. Ferner ging er auf die Kolonialpolitik, das durchweg fragen seien, wo nur die Sozialdemokratie die Gewähr bietet, daß sie im Kampfe für die Interessen des Volkes mit unbedingtem Eifer eintreten werde. Auf die demokratische Partei übergehend, äußerte sich der Referent dahingehend, daß gewiß ehrlieh und tüchtige Männer sich in deren Leitung befänden, aber uns trenne dennoch ein prinzipieller Gegensatz insofern, als wir Gegner des kapitalistischen Privateigentums sind und unsere Kräfte nicht in Einlagenkämpfen gegen einzelne Parteien verzerren. Das sei das Trennende zwischen uns und der demokratischen Partei, sonst wäre kein Wesensunterschied vorhanden. Sie wollten die heutigen Zustände nur mildern, demokratisieren, wir dagegen sehen die Art an die Wurzel alles Übels: an das kapitalistische Privateigentum. Nur dadurch könne dauernd das Wohl und Glück der Menschheit geschaffen werden. Den Beweis lieferten die Länder, die heute schon demokratisch verfaßt und regiert werden und wo trotzdem die Ausbeutung und Unterdrückung nicht aufgehört hätten. Demokratische Freiheit also befriedige allein noch nicht. Die Demokraten bekämpften Ausschüsse des Systems, während wir das ganze System bekämpfen. Aber der Wahlkampf sei nur Teilkampf. Im Ringen um Befreiung habe das Parlament nur dann Wert, wenn hinter den Vertretern eine starke Macht stehe. Dem Reichstag sind Grenzen gezogen, über ihm liege der Bundesrat, der erst den Gesetzen die Sanktion gebe. Es sei möglich, daß Fragen kommen, die nicht mehr im Parlament ihre Lösung finden. Da wüßten dann die Massen sprechen, und diese Massen fehlten den Demokraten, deshalb könne es nur ein gehen für die Wähler: daß sie am 12. Januar für den Sozialdemokraten stimmen.

Das Referat wurde mit ebenso großem Interesse wie Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen noch mehrere Redner. Besonders hingewiesen wurde auf die Notwendigkeit der Mitarbeit und Mithilfe der Frauen bei allen öffentlichen politischen Angelegenheiten, in erster Linie aber bei der jetzigen Reichstagswahl.

Dritter Wahlkreis. Auf zur Reichstagswahl! Das war die Tagesordnung einer öffentlichen Wählerversammlung, die am Montag den großen Saal der Arminshallen samt den Galerien füllte. Als Referent sprach der Genosse Emil Eichhorn. In podenden Ausführungen schilderte der Redner, was alles bei diesen Wahlen in Frage kommt. Der ganze Gang unserer inneren und äußeren Politik steht auf dem Spiele. Es handelt sich um die Weltrechte, um unsere Wirtschaftspolitik, um die Welt- und Kolonialpolitik, und es handelt sich um die Sozialgesetzgebung. Es gilt bei diesen Wahlen, zu entscheiden, ob die schmachliche Ausbeutung des Volkes fortgesetzt werden oder ob eine stetige Reformpolitik eintreten soll, eine Erweiterung der Volkswirtschaft, eine Kulturpolitik, die im Gegensatz steht und sich scharf abhebt von dem bisherigen politischen Treiben. Alle Versuche der Regierung, eine jugtfräftige Wahlparole zu erfinden, sind schlagelungen, so daß nun der Wahlbewegung die ganze politische Situation zugrunde gelegt werden mußte. Der Reichslangler hat so noch zu guter Letzt eine Art Wahlparole losgelassen; die bisherige Wirtschaftspolitik soll fortgeführt werden, und auch die wahlmüde Kolonialpolitik soll keine Abschwächung erfahren. Die Konservativen verlangen überdies noch Ausnahmestellen gegen die Sozialdemokratie. Der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien ist schon so weit gediehen, daß z. B. in Rheinland-Westfalen ein Bündnis zwischen Zentrum und National Liberalen abgeschlossen ist. Der Freisinn macht scheinbar eine Ausnahme. In hochtrabenden Redensarten fordert er zu scharfen, rücksichtslosem Kampf gegen die Junker auf. Aber dadurch dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Es ist nichts als Wahlmanöver, und noch dazu ein recht plummes. Man vergegenwärtige sich die Lage vor fünf Jahren, als die Freisinnigen im Bulowblock saßen. Da sagten sie den Wählern: Wir kommen als Regierungspartei, deshalb müßt ihr uns wählen. Demals brachten sie mindestens ein Duzend Ergreaktionäre in den Reichstag. Nun aber spekulieren sie wieder einmal auf die Wahlhilfe der Sozialdemokratie. Es ist aber eine alte Lehre, die immer befolgt werden muß, niemand auf Versprechungen und schöne Reden hin zu wählen, sondern ihn nach seinen Handlungen zu beurteilen. — Nach diesen einleitenden Ausführungen ging der Redner näher auf die Stellung der Fortschrittspartei in den verflochtenen Reichstagsperioden ein. Er erinnerte unter anderem an die Kollaps von 1902. Welche Partei war es, die der Sozialdemokratie bei ihrem Verdrängungskampf gegen die Jollerhaltungen beistand in den Rücken fiel? Die Fortschrittspartei! Ihrem Programm nach liberal, freisinnlich und Gegner der indirekten Steuern, hat sie diese Ideale längst preisgegeben und lehnt jede energische Bekämpfung der Zölle ab. Fast immer stellte sie sich auf die Seite der Junker. Uebrigens hat es der Fortschritt-

Kandidat von Halle-Land offen ausgesprochen: „Die Fortschrittspartei ist gegen die Aufhebung der Getreidezölle. Was wir wollen, ist einzig und allein Aufhebung der Futtermittelzölle.“ Die großen Volksmassen sollen also weiter durch Zuckerzölle ausgebeutet werden, wenn nur den Viehhütern die ihnen lastigen Zölle abgenommen werden. Nun tun sich die Freikämmerer etwas guttute darauf, daß sie das letzte Mal gegen die Zölle gestimmt haben. Sie werden es mit Enttäuschung zurück, daß man ihnen die Verantwortung für den Zollanwerber zuschiebt. Das ist ja richtig, daß sie gegen die Zölle stimmten, aber es geschah erst, nachdem man sie aus dem Reich hinausgedrängt hatte. Tatsache ist, daß die Freikämmerer sich schon 1908 Bülau gegenüber bereit erklärten, die neuen Steuern mit den Reaktionsären gemeinsam zu machen, daß die Sache dann jedoch auf ihren Wunsch mit Rücksicht auf die Landtagswahlen bis zum Jahre 1909 vertagt wurde. Tatsache ist ferner, und die stenographischen Berichte über die Reichstagsdebatten beweisen es, daß, als dann die Steuervorlage eingebracht wurde, die Freikämmerer sich sofort bereit erklärten, 400 Millionen zu bewilligen. Aber selbst wenn man davon absehen wollte, haben sie sich ja schon durch ihre Haltung bei den Bodwahlen zu Mißliebigen an der Volksumwanderung des Volkes gemacht, indem sie so viele Ergänzungsmandate in den Reichstag schickten, daß die Sache auch ohne die Stimmen ihrer Abgeordneten gesichert war. — Der Redner ging noch weiter unter Anführung eines reichen Tatsachenmaterials auf die Sünden des Freikämmerers ein, schilderte ihre Stellung zur Welt- und Nahrungspolitik, zur Sozialpolitik und zeigte ferner, wie gefährliche Feinde der Volks- und Arbeiterrechte, namentlich auch des Koalitionsrechtes sie im Grunde genommen sind. Der Freikämmerer des 8. Kreises ist noch ein unbeschriebenes Blatt und in weiten Kreisen unbekannt, und er wird es sicher auch nach den Wahlen bleiben. Wenn er aber wirklich gewählt werden würde, so würde er ohne Zweifel in der Fortschrittspartei werden wie alle anderen. Wer die ganze Unzuverlässigkeit und erbärmliche Haltung der Fortschrittspartei erkannt hat, für den kann am 12. Januar nur der sozialdemokratische Kandidat in Frage kommen. Darum gilt es alle Kräfte einzusehen, damit der ablehnendste Genosse Pfannkuch und die Sozialdemokratie siegreich aus den Wahlen hervorgehen.

Der Vortrag fand hürmischen Beifall. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Nachdem Genosse Vast noch im Sinne des Referenten einige Ausführungen gemacht hatte, die sich ebenfalls gegen den Freikämmerer richteten, hielt der Kandidat des Kreises, Genosse Pfannkuch, eine kernige Ansprache und erwähnte unter anderem, daß Herr Cassel am Sonntag im „Reichsboten“ bei der „liberalen Herrschaft“ nach dem Bericht des „Tageblattes“ gesagt hat, sie, die Fortschrittler, wollten nicht Leute in den Reichstag haben, die verlangen, daß ein Leutnant und 10 Mann den Reichstag auslegen. Vergleichs große Worte hat man genug gehört. Aber sie kommen von denselben Leuten, die zwei Jahre lang im Reichsboten mit jenen zusammen gearbeitet haben, die den Reichstag mit Militärmacht auseinander treiben möchten. Wenn es darauf ankommt, machen sie die Faust in der Tasche, reden schön von Freiheit und Gerechtigkeit, von Wohlstand und Vaterland und erklären nebenbei die Sozialdemokratie für die größte Feindin der Freiheit! Sie selbst aber haben die Fahne der bürgerlichen Freiheit schmählich im Stiche gelassen, und sie können auch nicht kämpfen, weil sie eine Partei ohne Truppen sind. Die Sozialdemokratie hat ihre Mission übernommen, und wenn die Liberalen überhaupt noch was ausrichten wollten, müßten sie mit der Sozialdemokratie zusammengucken. Das ist von ihnen nicht zu erwarten. Wenn es ja um ist um die bürgerlichen Freiheiten, um das Wohl des gesamten Volkes, dem bleibt nichts anderes übrig, als für die Sozialdemokratie einzutreten.

Nachdem der Vorsitzende, Genosse Vahl, noch zu energischer Mahlarbeit aufgefordert hatte, schloß die Versammlung mit Hochrufen auf die Partei.

Die Wähler und die Reichstagswahl.

Eine sehr stark besuchte Versammlung, die der Verband der Bäcker und Konditoren am Dienstag nach Wörnersaal in der Koppentstraße berufen hatte, beschäftigte sich mit der Reichstagswahl. Der Referent, Genosse Otto Büchner, beleuchtete die arbeitserfindliche Tätigkeit, welche die Reichstagsparteien im Reichstage entfalten haben. Er zeigte, daß jeder Arbeiter, der nicht zum Vertreter seiner Klasse werden will, für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten eintreten muß. — Lebhafter Beifall bewies, daß die Versammelten mit dem Referenten einverstanden waren. — Da sich niemand zur Diskussion meldete, nahm der Vorsitzende Schneider das Wort, um auf diejenigen Punkte hinzuweisen, die in der Sozialgesetzgebung besonders die berechtigten Interessen der Bäcker und Konditoren betreffen. Schneider empfahl eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

Die Versammlung konstatiert, daß der letzte Reichstag, trotz wiederholter energischer Mahnung der Vertreter der Arbeiterklasse an die Regierungen, nicht das geringste getan hat, um die früheren Ansätze der Sozialpolitik weiterzuführen, sondern auf allen Gebieten der Sozialpolitik und Arbeiterversicherung ist die Arbeitserfindlichkeit der Regierungen und der bürgerlichen Parteien offen zum Ausdruck gebracht worden. — Von dem neu zu wählenden Reichstag wird nur dann eine gesunde Fortführung der Sozialpolitik zu erwarten sein, wenn die einzige Partei, welche bisher stets für die Befreiung der Lage der Arbeiterklasse eingetreten ist, in größerer Stärke vertreten ist, als es im bisherigen Reichstage der Fall war.

Besonders unsere Berufsangehörigen haben in bezug auf Arbeiterrecht in ihrem und der Konsumenten Interesse das berechtigteste Verlangen, daß im neuen Reichstage eine flotte Vorwärtsentwicklung erreicht wird, denn noch haben die Bäcker und Konditoren Deutschlands nicht, wie in anderen benachteiligten Ländern, einen gesetzlich festgelegten Aufschlag in der Woche; noch jüngsten Wahlen unserer Kollegen unter dem Druck regelmäßiger gesundheitsgefährlicher Nachtarbeit; noch mangelt es im Handwerk wie in den Fabriken an genügend sachkundiger Kontrolle der Betriebsbedingungen. In bezug auf den Schutz der Wöchnerinnen und der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist noch außerordentlich viel zu tun, um die Verhältnisse nur einigermaßen erträglich zu gestalten.

Weil eine wirksame Fortführung des Arbeiterschutzes, sowie die Garantie für die Sicherung des Koalitionsrechtes nur zu erwarten ist, wenn die Zahl der sozialdemokratischen Mandate bedeutend vermehrt wird, macht es die Versammlung allen wohlberechtigten Kollegen zur Pflicht, nur den Kandidaten der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl ihre Stimmen zu geben.

Teltow-Beeskow.

In einer von konservativer Seite nach Jossen einberufenen Wählerversammlung, die zum guten Teile von unseren Genossen besucht war, stellte sich der Kandidat des Kreises, Herr March, vor. In seinem Referate, das er von Anfang bis Ende ablas, bezeichnete er sich als ein unbeschriebenes politisches Blatt, verteidigte die Stellung der Konservativen bei der Finanzreform und zum Zentrum, verlangte Verstärkung von Herr und Klotze und bekannte sich als Feind des Reichstagswahlrechtes sowie als Freund von Jollen jeder Art und dem Mittelstand zu Liebe als Feind der Warenhäuser. Genosse Wuschik-Berlin verpflüchte die Rede, so weit dies bei der beschränkten Redezeit möglich war und Genosse Lies ergänzte die Ausführungen, wobei er mit der hiesigen Majorität in Konflikt kam. Ein christlich-sozialer „Arbeiter“ zog mit Terrorismudrücken gegen die Sozialdemokratie zu Felde und erklärte sich mit dem Referenten vollständig einverstanden. Auch diesen Herren knipste sich Genosse

Wuschik noch einmal vor, und wies nach, daß alle Verdächtigungen der Sozialdemokratie bis jetzt einer Kritik nicht standgehalten hätten. Zur persönlichen Bemerkung erhielt unser Redner das Wort nicht mehr und wurde die Versammlung dann schnell geschlossen. Trotz der gegnerischen Provokationen ließen sich unsere Genossen nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen und bewahrten eine ausgezeichnete Disziplin. Sie werden alles daransetzen, daß das unbeschriebene politische Blatt die Sorgen eines Reichstagsmandats nicht auf sich zu nehmen braucht und es am Abend des 12. Januar heißt: Gewählt ist der langjährige bewährte Vertreter des Kreises Genosse **Fritz Jubel.**

Eine stark besuchte öffentliche Wählerversammlung, in der auch die Frauen gut vertreten waren, tagte am Sonntag in Raddag's Restaurant in Brühl, Genosse R. Silberstein-Riddag ließ in seinem Referat alle bürgerlichen Parteien, die sich im Kreise Teltow-Beeskow um das Mandat bewerben, Revue passieren und zeigte hierbei, welche enorme Rolle die Vertreter dieser Parteien im verflochtenen Reichstage gespielt haben. Unter dem Vorwand der Verammelten forderte er auf, die neuen Sozialreformpläne durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel zu durchsetzen. Der Vorsitzende machte noch auf die am 11. Januar im „Gesellschaftshaus“, Gaussestr. 97, stattfindende Wählerversammlung aufmerksam. Eingeleitet und geschlossen wurde die Versammlung durch Gesangsbeiträge des Arbeitergesangsvereins „Orly“.

Schöneberg. In der am Sonntag im „Rheinischloß“ stattgefundenen öffentlichen Versammlung wird und noch mitgeteilt, daß dort ein lonerwartetes Männen auftrat und in echter Reichsverbandsmanner gegen die Sozialdemokratie loszog. Diese Staatsfuge verließ sich sogar zu der dreisten Behauptung, daß es den Arbeitern noch nie so gut gegangen sei als gegenwärtig. Einen Beweis konnte er natürlich für das alberne Geschwätz nicht erbringen und die Versammlung gab ihm zu verstehen, daß nur durch die Wahl von Sozialdemokraten bessere Verhältnisse für die Arbeiter geschaffen werden können.

Buckow. In Klein-Buckow fand am Sonntag eine gut besuchte Wählerversammlung statt. Genosse Riedel-Wilmersdorf fand als Referent begeisterten Beifall. Genosse Semmler forderte die Anwesenden auf, den „Vorwärts“, das einzige aufläuternde Organ für den Arbeiter, zu abonnieren. Da die hiesigen Saalbesitzer den Arbeitern noch immer ihre Säle zur Versammlung verweigern, so forderte Genosse Habermehl die Anwesenden auf, nur da ihr Glas Bier zu trinken, wo sie als gleichberechtigter angesehen werden.

Lantwit. In der zum 8. Januar einberufenen gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach Genosse Kläh über die Reichstagswahl. Seine Rede fand lebhaften Widerstand. In der Diskussion unterstützten die Genossen Schreiber, Barwig und Anders den Referenten. Die Versammlung war gut besucht.

Dabendorf bei Jossen. In gut besuchter Versammlung in Quaders Wald- und Seefeldloß referierte Genosse Albin Rohs-Schöneberg. Redner verlor es, die Zuhörer durch seinen Vortrag, der mit hürmischen Beifall aufgenommen wurde, zu fesseln. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Seile, der das Referat durch einige Beispiele ergänzte. Genosse Rau ermahnte die Anwesenden, unermüdet für unseren langjährigen Vertreter Fritz Jubel zu agitieren.

Storfow und Kummerdors hatten am Sonntag je eine gut besuchte Versammlung zu verzeichnen, in denen Genosse Wulky-Riddag referierte. Trotz der schlechten Witterung war die Stimmung eine begeisterte und läßt auf die besten Hoffnungen am Wahltag schließen. In den Besuch der Versammlungen zu unterbinden, war alles Mögliche versucht worden. Nicht nur, daß Kriegerverein und Feuerwehrt Sonntag nachmittags Versammlungen abhielten, in Storfow fand sogar eine Gemeindevorstanderversammlung statt. In Kummerdors soll es von einigen Jagdpächtern Sonnabend abend freibiet für die Wähler gegeben haben. In Wolzig hat man sich sogar nicht scheut, konservative Flugblätter durch Schulkinder austragen zu lassen. — Dies alles, um die unauflösbare „rote Flut“ einzudämmen.

In Neu-Bittow und Berndorf fanden gutbesuchte Versammlungen statt, in denen Genosse Schulz referierte. Seine interessanten Ausführungen wurden durch die Genossen Heided, Pohlenstein und Giedler ergänzt.

Unt besuchte Versammlungen fanden am Sonntag in Trebbin statt. Vor über 500 begeistert laufenden Zuhörern sprach Genosse Fritz Jubel, der für seine treffenden Ausführungen lebhaften Beifall erntete. In einer zweiten Versammlung in der Wäntage sprach Genosse Jabel-Riddag. Zwei Genossen beleuchteten die örtlichen Verhältnisse und alle gelobten, am 12. Januar den Sieg der Sozialdemokratie zu einem überwältigenden zu gestalten.

Die vom Riddorfer Wahlkomitee einberufene Polenversammlung war verhältnismäßig gut besucht. Das temperamentvolle Referat des Genossen J. Wodowski wurde von wiederholten, allgemeinen Zustimmungsgeläutungen unterbrochen und auch die Ausführungen der Diskussionsredner Jankowski, Urbanski und Slowinski wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Erfolg dieser Versammlung wird aber auch noch auf anderem Gebiete zu suchen sein, indem er ein engeres Zusammengehen zwischen Wahlverein und P. P. E. bringen dürfte.

Die Rationalpolen, die nicht begriffen hatten, daß hinter den Einberufen der gesamte Riddorfer Wahlverein stand, hatten wohl geglaubt, es nur mit dem kleinen Häuflein der P. P. E. zu tun zu haben und hatten zu dem Zweck einer Verbindung bezw. Sprengung unserer Veranstaltung in demselben Lokal eine Versammlung einberufen. Da sie in größerer Zahl erschienen, glaubten sie sich als Herren der Situation betrachten zu können und eröffneten denn auch schon bei der Flugblattverteilung vor dem Lokal den Kampf, indem sie die geringe Zahl unserer polnischen Genossen auszuscheiden veruchten. Alle Vorhaltungen über ihre perfide Kampfweise beantworteten sie mit Hohnlachen und erst als ihnen bedeutet wurde, daß im Lokal eine Anzahl deutscher Genossen erschienen sei zum Schutze ihrer polnischen Brüder, ließen die Rationalen sich zu anständigerem Verhalten bewegen. So bedeutet denn diese Versammlung einen glänzenden Reifall der Rationalen, aber auch, so hoffen wir, den Anfang einer ersten Polenbewegung in Riddorf.

Niederbarnim.

In einer von weit über 1000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung in Reinickendorf sprach am letzten Freitag Genosse A. Stadthagen. Die Versammlung gestaltete sich zu einer gründlichen Abrechnung mit dem konservativ-liberalen sowie ganz besonders mit dem schwarzblauen Schnapsblö. Wiederholter lebhafter Beifall dankte dem Kandidaten des Kreises, als er in kräftigen, markanten Worten die Sünden der Reichstagsmehrheit und der ihr in gottgewollter Abhängigkeit treu ergebener Regierung ins rechte Licht rückte und seine Entrüstung über ihre oft schändlichen Wandlungen mit treffenden Worten charakterisierte. Wie eine wichtige Demonstration für die Ziele der Sozialdemokratie und wie ein Gelöbnis zu eifriger Propaganda bis zum Wahltag lang das Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Versammelten nach einem kurzen Schlusswort des Versammlungsleiters einstimmten.

Zeigten schon unsere Versammlungen, daß die große Masse der Arbeiterklasse eine Besserung der elenden politischen und wirtschaftlichen Zustände nur von der Sozialdemokratie erwartet, so noch mehr zwei Versammlungen, die sowohl vom Zentrum, als auch von den Liberalen am Montag nach den beiden

einzigem am Orte den Arbeitern noch nicht zur Verfügung stehenden Lokalen einberufen waren. Den Einberufen und ihren Freunden wird es wohl selbst klar geworden sein, wie aller Liebeshüh vergebens gewesen ist; denn trotz Einladungen durch Handzettel wie Säulenanschlag war der Erfolg ein kläglich. Ein paar Duzend Männlein und Weiblein bei den „Schwarzen“ und noch nicht ein halbes Hundert tapfere Mannesseele bei den liberalen Wadestriumpflern bildeten das „herzlich“ geladene und schmerzhaft vermehrte Publikum. Zum großen Jammer aller Redner in beiden Versammlungen hatten die Arbeiter die Herrschaften ihrer verdienten Bedenkllosigkeit überlassen und werden es auch weiter tun. Für sie gilt — und sie werden es am Freitag betreiben — nur eins: Wir wählen den Sozialdemokraten

Arthur Stadthagen!

Nieder-Schönhausen-Nordend. Die Wählerversammlung, die am Montag bei Liebesitz stattfand, war von allen Teilen der Bevölkerung sehr stark besucht. Trotzdem die Lische aus dem Saale entfernt wurden, mußten noch weit über 100 Personen stehen. Der Kandidat des Kreises, Genosse Stadthagen, sprach, oft von Zustimmung und Begeisterung unterbrochen, über „Leuerung, Kriegshege und Reichstagswahl“ und ließ seine Rede in einen stammenden Appell, am 12. Januar sozialdemokratisch zu wählen, auslingen. Von den anwesenden Genossen meldete sich trotz wiederholter Aufforderung niemand zum Wort. Der Gesangsverein „Julius“ trug am Anfang und Schluß der Versammlung ein Lied vor.

Heinersdorf. Am Sonntagnachmittag fand hier eine öffentliche Wählerversammlung bei Raddag in der Tiniusstraße statt, in der Genosse Dieners-Weiskene über das Thema: „In letzter Stunde“ mit großem Beifall referierte. Trotz der großen Kälte hatten sich über 200 Personen eingefunden.

In Wilhelmshagen (Bezirk Schönische), wo noch nie eine Versammlung stattgefunden hat, referierte am Sonntag Genosse H. Kähl über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Die zahlreich erschienenen Anwesenden zollten dem Vortrage reichen Beifall.

Waldsdorf (Orsbahn). Eine gutbesuchte Wählerversammlung tagte Sonntagabend in Waldsdorf-Süd im Heibeltrug. Der Referent Genosse Fritz Lantz schilderte in glänzender Rede, warum am 12. Januar ein Volksgesicht sei. Er erwartete, daß die Wähler endlich einsehen werden, daß nur durch die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Arthur Stadthagen eine Besserung zu erwarten sei.

Bruckmühle. Sehr guten Besuch hatte eine am Sonntag bei Ruhner stattgefundenen Wählerversammlung aufzuweisen, in der Genosse Jacek unter lebhaftem Beifall referierte.

Zum ersten Male war den Einwohnern in Kienbaum Gelegenheit gegeben, in ihrem Dorfe eine öffentliche Volksversammlung zu besuchen, die von unseren Genossen einberufen war. Lange vor der festgesetzten Zeit eilten jung und alt dem Lokale des Herrn Heußler zu, um an diesem „Ereignis“ teilzunehmen. Genosse Weiser, dessen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden, referierte.

In Wrensfelde referierte in einer gut besuchten öffentlichen Volksversammlung Genosse Schwarzbürger, Ober-Schöneweide. Am Anfang und Schluß der Versammlung trug der Arbeiter-Gesangsverein Friedrichsfelde einige stimmungsvolle Lieder vor.

Es leben unsere Freunde — die Feinde.

In Rucksdorf (Bezirk Bernau) hatte man unseren Genossen bekanntlich das Betreten des Grundstücks, auf dem die Versammlung stattfinden sollte, verboten, und ein Hellmut v. Wlischer hatte das Grundstück schütten lassen, damit die „rote Saat“ nicht in die agrarische Erde fiel. Trotz des fanatischen Hasses dieses Nordpatrioten gelang es unseren Genossen, ein anderes Grundstück zu pachten, und in imposanter Versammlung streute Genosse Fritz Carl die Saat des Sozialismus in die Herzen der zahlreich erschienenen Zuhörer. Am 12. Januar werden wie hier schon die ersten Früchte ernten und dem hochadligen Herrn unseren Dank abstellen.

Berpensche-Berg (Bez. Lichtenberg). In der am Sonntag unter freiem Himmel stattgefundenen öffentlichen Wählerversammlung hatte in wirksamster, wenn auch nicht beachtlichster Weise Herr Amtsvorsteher Seeger die Agitation übernommen. Genannter Herr hatte dem Einberufen, Genossen Thurn-Waldenberg, die Genehmigung verweigert und begründet ausgeführt, daß jetzt kurz vor den Reichstagswahlen Ausbreitungen zu befürchten wären, weil bei einer in März d. J. doch selbst stattgefundenen Versammlung es zu Ausbreitungen und tätlichen Angriffen gekommen sei, was in einer Zuschrift an die Staatsanwaltschaft unter anderem auch der Reichstagsabgeordnete Stadthagen behauptet hätte. Tatsächlich ist die Seegerische Behauptung unwoh. In einer Versammlung unter freiem Himmel waren unter Anführung des Lehrers und Kantors Albrecht und des Amtsvorstehers von einer Eckar Radaubrüder wählte Radauzen nach vorheriger Vereinbarung vom Nebengrundstück aus ausgeführt. Wegen diese Leute war wegen Landfriedensbruchsverläufs und Verletzung von Stadthagen Strafantrag gestellt. In dem Strafantrag ist ausdrücklich hervorgehoben, daß es lediglich durch das Einwirken der Versammlungssteuerner nicht zu den von Seeger und Genossen zu provozieren versuchten Tätigkeiten gekommen ist. Seeger scheint die Anführung der Tatsache, daß, als er schrieb, „Jetzt wird der Jude beiser“, sein Jagdgebirg dem Seeger entfiel, so daß er es schamlos unter Heiterkeit der Versammlung in Ordnung bringen mußte, als Täuschlichkeit erachtet zu haben. Das Strafverfahren hat sein Ende noch nicht erreicht.

Selbstverständlich teilte der Landrat des Kreises auf die Beschwerde unserer Genossen mit, daß er den Amtsvorsteher angewiesen habe, die Versammlung zu genehmigen. Sonnabendabend in letzter Stunde erteilte Herr Seeger dann die Genehmigung. Da unsere Genossen nun natürlich keinen Grund hatten, vorliegend Gefühlsbetrugs zu verschweigen, war die Versammlung trotz der schwebenden Kälte sehr gut besucht. Der Referent Genosse Quittschale-Berlin hatte eine dankbare Zuhörerschaft als er nachwies, warum die stattfindende Reichstagswahl zu einem Volksgesicht werden müsse. Die Aufforderung, niemand anders als Genossen Stadthagen die Stimme zu geben, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In Ladeburg (Ober-Barnim) sprach vor 350 Personen Genosse Brunz über die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Redner behauptete, daß der konservative Gegenkandidat Herr Wredred von der Einladung zu dieser Versammlung keinen Gebrauch gemacht hat und sich die Antwort auf seine Schlussrede in der konservativen Versammlung, die vorige Woche hier stattgefunden hat, nicht geholt hat. Nach einer kurzen Ansprache des Genossen Fritz Carl ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, die wenigen Tage vor der Wahl noch kräftig zu agitieren und am 12. Januar die Stimmen dem sozialdemokratischen Kandidaten, dem Stadthagen, Bernhard Brunz-Berlin zu geben. Am Anfang und Schluß der Versammlung brachte der Arbeiter-Gesangsverein „Freiheit“ einige stimmungsvolle Lieder zum Vortrag.

Potsdam-Ost-Navelland.

In den beiden für Sonntag einberufenen gutbesuchten Wählerversammlungen in Gladow und Gatow referierte Arbeitersekretär Genosse Robert Wahn-Berlin. Wie treffend der Referent es verstanden hat, die Sünden des verflochtenen Reichstags den Wählern vor Augen zu führen, zeigte der Beifall, den ihm die Versammlungsbesucher während seines Referats zollten. Mit einem kräftigen Appell des Versammlungsleiters, alles daran zu setzen, daß am 12. Januar der so heiß umstrittene Hohenzollernkreis in den Besitz der Sozialdemokratie gelangt, schlossen beide imposante Versammlungen mit einem braulenden Hoch auf die Sozialdemokratie.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
1. Berl. Reichstagswahlkreis.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Zimmerer
Wilhelm Hanisch
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Januar,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Petri-Kirchhofes,
Friedenstraße, aus statt. 260/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Am 8. Januar cr. verstarb nach
längerem Leiden unser Kamerad,
der Zimmerer
Wilhelm Hanisch
im Alter von 68 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Januar cr.,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Petri-Kirchhofes,
Friedenstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
241/9 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband
der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirk 5.
Den Berufsgenossen zur Nach-
richt, daß unser langjähriges Mit-
glied
Wilhelm Hanisch
am 8. Januar an Herzlähmung
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 11. Januar cr.,
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Petri-Kirchhofes, Frieden-
straße 82, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
254/1 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten
stetsbetrübt die traurige Nachricht,
daß meine liebe Frau, unsere gute
Mutter
Hedwig Hecke geb. Wildo
am Montag früh nach schwerem
Leiden sanft entschlafen ist.
Um ihres Beiseid bittet der
Trauernde Gatte
Heinrich Hecke
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
von der Halle des St. Michael-
Kirchhofes, Mariendorfer Weg,
aus statt. 61/3

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Köpenicker Viertel.
(Bezirk 210 II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Genossin, Frau
Hedwig Hecke
Eppelner Str. 22
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Januar,
nachmittags 4 Uhr, von der Halle
des Michael-Kirchhofes in Rixdorf,
Rixendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
212/9 **Der Vorstand.**

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß die Frau des Kollegen,
Hedwig Hecke
Eppelner Str. 22 (Bezirk 4)
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Januar cr.,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des katholischen Kirchhofes,
Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
72/2 **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung.
Allen Freunden und Bekannten für
die überaus zahlreiche Beteiligung
bei der Beerdigung meiner lieben
Frau
Auguste Dumtzlaff
meinen herzlichsten Dank. Ebenso
danke ich dem Gesangsverein „Wach
auf“, dem Arbeiter-Modellverein,
dem Schützverein, den Kollegen der
Henna Bergmann, Abteilung Groß-
schützverein, für ihre Spende, und
dem Herrn, für seine tiefempfindlichen
Worte am Grabe.
Theodor Dumtzlaff
nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 7. Januar verstarb unser
Genosse, der Arbeiter
Viktor Fritsch
Wäckerstraße 129.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Januar,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des städtischen Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Brauerei- und
Mühlensarbeiter und verwandter
Berufsgruppen.
Zahlstelle Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nach-
richt, daß am 7. Januar der
Kollege Bierfänger
Viktor Fritsch
nach 1 1/2-jährigem schweren Leiden
im 36. Lebensjahre an der
Proletarierkrankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Januar,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erachtet
42/1 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 8. Januar verstarb unser
Genosse, der Packer
Wilhelm Kamphenkel
Kolonnistr. 42.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Januar,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Sophien-Kirch-
hofes, Prenzlauer Straße, aus
statt. 224/5
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-
Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Haus-
diener
Wilhelm Kamphenkel
am 8. d. Mts. im Alter von
21 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Januar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Sophien-Kirch-
hofes, Prenzlauer Straße, aus
statt. 61/3
Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 6. Januar verstarb unser
Genosse, der Barmbecker
Paul Bauer
Salgwedeler Str. 15.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Mittwoch, den 10. Januar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Georgen-Kirchhofes,
Landsberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
224/4 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim
Bezirk Pankow.
Montag, den 8. Januar, ver-
starb unser Mitglied, der Leder-
arbeiter, Genosse
Max Zips.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 11. Januar cr.,
nachmittags 3 Uhr, aus dem Cen-
tral-Friedhof (Schönholz) statt.
Rege Beteiligung erachtet
Die Bezirksleitung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Friedrich Müller
gestorben ist. 110/7
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Mittwoch, den 10. Januar, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Dankes-Kirchhofes in
Reinickendorf, Humboldtstraße, aus
statt. 236/2
Der Vorstand.

Genossenschaftsfreunde! Mitglieder der Konsumvereine!

Wen wählen wir?

Von der unterzeichneten Abwehrkommission für
das Konsumvereinswesen geht uns folgende Zuschrift
mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Bei Handwerkskammern und händlerischen Organi-
sationen Deutschlands machen sich seit Jahren Be-
strebungen geltend, den bei politischen Wahlen auf-
tretenden Bewerberinnen sogenannte Mittelstandsforderungen
zu unterbreiten, welche sich in erster Linie auf die
gesetzgeberische Bekämpfung der bestehenden Konsum-
vereine durch Ausnahmebesteuerung und Beschränkung
des Geschäftsbetriebes beziehen. Nach dieser beab-
sichtigten künstlichen Entwicklungshemmung ist es außer-
dem auf die Verhinderung der Gründung neuer Konsum-
vereine abgesehen, wozu insbesondere die Aufzehrung
der Bedürfnisfrage dienen soll.

Da nun diese Bestrebungen seitens der bezeichneten
Korporationen wie auch innerhalb des Hansabundes
hervorgetreten sind, sah sich eine am 3. u. 4. Oktober 1911
tagende Konferenz von Vertretern des deutschen Konsum-
vereinswesens veranlaßt, die Mitglieder der Konsum-
vereine ohne Unterschied der Parteirichtung zur
energischen Abwehr aufzurufen und dieselben zu ermahnen,
überall die erforderlichen Maßnahmen gegen die be-
zeichneten Bestrebungen einzuleiten.

Für diese Abwehrmaßregeln wurde u. a. folgender
Gesichtspunkt aufgestellt:

In jedem Wahlkreise, in dem Konsumvereine
vorhanden sind, sind durch eine für jeden Bezirk
zuständige Abwehrkommission sämtlichen Kandidaten der
Parteien folgende Fragen vorzulegen, die sich lediglich
auf die Stellungnahme des Kandidaten zu den Konsum-
vereinen im Falle seiner Wahl als Abgeordneter be-
ziehen:

Ist der Kandidat gewillt:

1. im Falle seiner Wahl als Abgeordneter gegen
jede Benachteiligung der Konsumvereine auf dem
Gebiete der Gesetzgebung zu stimmen?
2. bei einer event. Milderung des Genossenschafts-
gesetzes jede Verschlechterung desselben überhaupt,
wie auch jede gegen die Konsumvereine gerichtete

Kürzung und insbesondere die Einführung der
sogenannten Bedürfnisfrage für die Gründung
neuer Konsumvereine oder Filialen solcher abzu-
lehnen?

3. jede Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine
abzulehnen?

Die Fragebogen sind den Kandidaten in den letzten
Wochen zugegangen und sind zum Teil gar keine Ant-
worten erfolgt, zum Teil in ungenügender Weise, indem
Einschränkungen gemacht wurden, die gleichbedeutend
mit Ablehnung sind; nur ein geringer Teil der Kandi-
daten hat die Frage in bejahendem Sinne beant-
wortet.

Während die Herren: D. Thomas, Geschäftsführer,
H. Gaedike, Oberst a. D., J. Raempf, Stadtkämmerer,
H. Rommjen, Bankdirektor, Koffach, Rechtsanwält,
D. Zietzen, Oberbürgermeister, Schubert, Architekt,
überhaupt nicht geantwortet haben und die Nicht-
beantwortung einer Ablehnung gleichbedeutend ist, ant-
wortet Herr March, Charlottenburg, direkt ablehnend.
Auch die Antworten der Herren Professor Cauer, Red.
Erdmannsdorfer und Professor Spiegel können uns
nicht befriedigen, da uns dieselben nicht klar genug sind.
Eine einwandfreie und befriedigende Antwort
haben nur die Kandidaten der Sozialdemokratie ge-
geben.

Wir geben das Resultat der Umfrage mit der Auf-
forderung bekannt: Kein Genossenschaftsfreund, kein
Mitglied der Konsumvereine darf am 12. Januar 1912
einem Gegner des Konsumvereinswesens seine Stimme
geben. Es muß Aufgabe der Konsumvereinsmitglieder
sein, allen konsumvereinsfeindlichen Bestrebungen energisch
entgegenzutreten.

Die Abwehrkommission gegen die Angriffe
des Konsumvereinswesens Groß-Berlins.
J. A.: Andree.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Charlottenburg.
Am 6. d. Mts. starb unser Genosse
Franz Korell
(Gruppe V)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 10. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Süd-
west-Friedhof in Stahnsdorf statt.
Abfahrt Charlottenburg 2.07
Uhr. 250/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, unser guter Vater,
Schwieger- und Großvater, der
Gastwirt
Julius Grunwald
Rixdorf, Bergstraße 43,
am 7. Januar früh 7 1/2 Uhr im
45. Lebensjahre verstorben ist.
Dies zeigen in tiefer Trauer
an mit der Bitte um stille Teil-
nahme 242/6
Die trauernden Hinterbliebenen
Witwe **Aug. Grunwald**
nebst Kindern
Willi Förste
Aug. Förste geb. Grunwald.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Januar,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Sebastian-Kirch-
hofes in Reinickendorf, Humboldt-
straße, aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Schneiderr
Julius Grunwald
(Bergstr. 43)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Sebastian-Kirchhofes in
Reinickendorf, Humboldtstraße, aus
statt. 236/2
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei dem Hinscheiden unseres
lieben Vaters
Paul Kraft
lagen wir hiermit allen Beteiligten
unsern herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Verband der Schneider,
Schneiderinnen u. Wäsche-
Arbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin II. Zuschneider.
Am Montag, den 8. Januar,
starb unser Kollege
Wilhelm Stagemann
Koppenstr. 79
im Alter von 47 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des St. Georgen-Kirchhofes, Lands-
berger Allee, aus statt.
182/2 **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung.
Für die liebevolle Teilnahme und
zahlreichen Kranzspenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters
Gustav Paschke
sagen wir allen, insbesondere den
Direktion der S. C. G. u. den Kollegen
unsern herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Witwe **Hedwig Paschke**
nebst Kindern. 242/6

Nach schweren Leiden ent-
schien der unerbittliche Tod unserm
innig geliebten Sohn und Bruder
Otto Helbig
im 28. Lebensjahre.
Dies zeigt schmerzhaft an
Familie O. Helbig,
Lübberer Str. 12.
Beerdigung Freitag 3 Uhr von
der Halle des Emmaus-Kirchhofes,
Germannstraße.

Allen, die meinem lieben Mann,
unserm guten Vater, dem Steinmetz
Albert Lucas
die letzte Ehre erwiesen und uns Trost
gesendet haben, herzlichsten Dank.
Klara Lucas nebst Kindern,
Nieder-Schönhausen, Repplerstr. 3.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters
August Wedow
sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten, den Kollegen der Werkstätte
Kollateralfabrik, dem Holzarbeiterver-
band, dem Wählverein und dem Ge-
sangsverein unsern herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
Hanna Wedow nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters,
sage ich allen Teilnehmern meinen
besten Dank.
Witwe **Bräuhahn** und Kindern.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 27a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurt Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr ger. Ausw. fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hocheleganten Genre zu außer-
gewöhnlich niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Haarverfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 8-1.

Inventur



Abendmäntel M. 15. 25.-
Plüschmäntel M. 33. 50.- 75.-
Flauschmäntel M. 12.- 17.- 28.-
Kostüme M. 16.- 24.- 30.-
Pelzjackets u. -Stolen M. 50 bis 400 | 10 bis 65
Sommer Konfekt'on M. 6. 9.- 12. 18.-
z. T. bis zum

Fünftel ermässigt!
Lagerbestand ca. 16000 Piecen!

Westmann

Mohrenstr. 37a — Grosse Frankfurterstr. 115.

Aus der Partei.

Aufruf.

Am 7. April vorigen Jahres hat sich der Bergmann Hermann Haase aus Egelu, geboren am 5. Oktober 1888 zu Lodersleben, Kreis Querfurt, von seiner Familie entzweit, ohne bisher ein Lebenszeichen von sich gegeben zu haben.

Die Arbeiterpresse wird um Nachdruck gebeten.

Die Bestattung des Genossen Dr. Simon.

Jürich, 8. Januar. Der Unterschied der Zustände in der Schweiz und in Deutschland trat bei der Bestattung unseres verstorbenen Genossen Dr. Simon recht grell zutage.

So sprach am Sonnabend bei der Bestattung unseres verstorbenen Genossen Simon Professor Dr. Cloulla, der Dekan der medizinischen Fakultät der Universität, den Ärzten und vielen Herzranken dem Namen nach bekannt als der Entdecker des Digitalis.

Sehr bemerkenswert und für deutsche Verhältnisse von Bedeutung waren einige Bemerkungen in der vorzüglichen Rede Professor Cloullas.

Die Fakultät kann nicht bei dem Hinscheiden eines jeden Kollegen vertreten sein, sie muß sich darauf beschränken, diese Ehrung nur jenen zu erweisen, die zu ihr in offizieller Beziehung gestanden haben.

Parteiliteratur.

Nachtrag zum Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1911. Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie (Heft 11 der sozialdemokratischen Flugblätter).

Kommunale Praxis. Die erste Nummer des neuen Jahrgangs ist soeben erschienen und gewährt einen reichen Ueberblick über das vielgestaltige Leben in den Kommunen.

Ein Denunziantenstücklein.

Landtagsabgeordneter Kinkel hat in Göttingen (Württemberg) bei einer Rekrutenabschiedsfeier eine Ansprache an die zukünftigen Vaterlandskrieger gehalten.

Gewerkschaftliches.

Die Bureaus der Gewerkschaftskommission und des Sekretariats

sind am Freitag, den 12. Januar 1912 wegen der Reichstagswahl gänzlich geschlossen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berlin und Umgegend.

Ein Konflikt im Verband der Buchdrucker-Hilfsarbeiter.

Die Tarifbewegung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter hat zu einem Konflikt zwischen dem Hauptvorstand des Verbandes und der Berliner Zentrale geführt.

Eine Versammlung der Berliner Mitgliedschaft des Verbandes, die von 4000 Personen, das ist von vier Fünfteln der Berliner Mitglieder, besucht war, beschloß sich am Sonntag mit diesen Dingen.

Zu dem von der Berliner Mitgliedschaft des Verbandes der Buch- und Steindrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in bezug auf den neu abgeschlossenen Tarif für das Buchdrucker-Hilfspersonal eingenenommenen Standpunkt hat der Verbandsvorstand folgendes zu erklären:

- 1. Nach dem in den Verhandlungen vom 18. Dezember 1911 unter Mitwirkung der Berliner Vertreter einstimmig gefassten Beschlüsse über die Haftpflicht der vertragschließenden Parteien unter besonderer Garantie des Verbandsvorstandes.
2. nach einstimmiger Anerkennung (auch der Berliner Vertreter) des Tarifamts als entscheidende Instanz in allen Fällen, in denen unter den Parteien selbst eine Einigung nicht zu erzielen ist, und
3. nachdem sich sämtliche an den Verhandlungen beteiligten Vertreter als zum Abschluß des Tarifvertrages als legitimiert erklärt, war nach Annahme der beratenen allgemeinen Bestimmungen und der Grundsätze über die zu erzielenden Lohnaufbesserungen durch die Majorität der Verhandlungskommission jede der beteiligten Gruppen auf Grund der Abmachungen verpflichtet, zu den örtlich festgesetzten Lohnkommissionen zu erscheinen und dort die für den betreffenden Tarifort zu geltenden Lohnbestimmungen mit der Gegenpartei zu vereinbaren.

Die Vertretung der Berliner Hilfsarbeiterschaft hat sich entgegen den getroffenen Abmachungen, an dem gemeinsam vereinbarten Verhandlungstermin nicht beteiligt, nachdem die von ihr in einer unverbindlichen Vorberatung gestellten Lohnforderungen von der Prinzipalskommission nicht angenommen wurden.

Zu der vom Tarifamt zum 3. Januar 1912 abgeschlossenen Verhandlung sind die Vertreter der Berliner Hilfsarbeiter neuerdings nicht erschienen und haben den zu dieser Verhandlung ebenfalls verpflichteten Vertretern des Verbandsvorstandes vorher davon keine Mitteilung gemacht.

Da eine solche Erklärung nach den getroffenen Vereinbarungen vom 18. Dezember keinerlei verbindliche und rechtsgültige Wirkung haben kann, so war es dem Tarifamt ohne weiteres vorbehalten, auf Grund der Anträge der Prinzipalskommission unter Beachtung der am 18. Dezember festgestellten Grundsätze ohne Mitwirkung der Hilfsarbeitervertreter zu entscheiden.

Darin lag die Gefahr, daß der Berliner Kollegenchaft unermesslicher Schaden zugefügt werden konnte; daher hoben die Vertreter des Verbandsvorstandes an Stelle der nicht erschienenen Berliner Verhandlungskommission die Vertretung übernommen und mit Erfolg versucht, das zu erreichen, was von den Mitgliedern in der Versammlung am 31. Dezember 1911 verlangt wurde und was aus folgenden Forderungen bestand: Ne 28,50 M. für Anleger und Soalarbeiter am Tage, 20,25 M. für Anlegerinnen, 30 M. für Holzler nachts und 32 M. für Notationsarbeiter nachts.

Die Mindestlöhne der Tagelöhner, Soalarbeiter und Tagelohnungsarbeiter betragen 28 M. Der Mindestlohn für Anlegerinnen beträgt 20 M. Die 12% Proz. für Löhne bis zu 12 M. wurden beibehalten.

Der Verbandsvorstand erklärt daher, daß der von ihm abgeschlossene Tarifvertrag für die Berliner Mitglieder zu Recht besteht und für jedes Mitglied, welches in einer tariftreuen Buchdrucker arbeitet, rechtsverbindlich ist.

Alle aus der Nichtanerkennung oder Nichtbefolgung dieses Tarifvertrages entstehenden Konsequenzen haben die Mitglieder selbst zu tragen.

Im aber der Mitgliedschaft die Möglichkeit zu geben, in der für alle Teile äußerst schwierigen Situation, welche durch die Nichtbeachtung der Beschlüsse vom 18. Dezember 1911 entstanden ist, klar zu sehen und beurteilen zu können, ob der Verbandsvorstand in diesem Falle korrekt und im Interesse der Mitglieder gehandelt hat, hielt er es der Versammlung anheim, eine Korporation unter Mitwirkung unparteiischer Personen aus der Gewerkschaftsbewegung zu bestimmen, die dann unter Zugrundelegung des gesamten Materials ein Gutachten abgeben soll.

Der Hauptvorstand übergab gleichzeitig diese Erklärung auch der Arbeiterpresse zur Verbreitung mit dem Hinzufügen:

Diese Erklärung diene gleichzeitig der gesamten Kollegenchaft und der Öffentlichkeit gegenüber zur Information dafür, daß der am 3. Januar 1912 vor dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker als Einigungsinstanz abgeschlossene Lohnarif für das Berliner Buchdrucker-Hilfspersonal bis zu dessen Ablauf am 31. Dezember 1913 zu Recht besteht.

Verband der Buch- und Steindrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Verbandsvorstand: Paula Thiede, Vorsitzende.

Die Versammlung selbst wollte sich durch die Gründe des Hauptvorstandes nicht überzeugen lassen. Sie erklärte einstimmig, daß man dem Hauptvorstande nicht das Recht zugestehen habe, für Berlin einen Tarif abzuschließen.

Die Feuerungszulage in den Brauereien.

Nachstehend geben wir diejenigen Brauereien bekannt, welche sich dem Vorgehen des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend zur Gewährung einer Feuerungszulage angeschlossen haben:

Bereitsbrauerei Teutonia, Phönix-Brauerei, Gabriel u. Richter, Weihenle, Genossenschaftsbrauerei in Friedrichshagen, Ernst Engelhardt Rast, A.-G., Bergbrauerei Kocher u. Co., Groterjan u. Co., Borussia-Brauerei, Weidhändlerbrauerei C. Landré, A.-G., Verein der Weidhändlerbrauereien Berlins, Weidhändlerbrauerei der Gastwirte des Nordens, Weihenle, Berliner Weidhändlerbrauerei-Genossenschaft, Andreasstraße, Brauerei Stolpmann, Brauerei Nordstern, Stadtbrauerei, Herold-Vertriebsgesellschaft, Berliner Niederlage der Brauerei Haase in Breslau.

Demnach erhalten auch die hier in Frage kommenden Arbeitnehmer aller Kategorien bis zum 31. März (für die in den Weidhändlerbrauereien Tätigen bis zum 30. April) eine Feuerungszulage von 1 M. pro Woche.

Verband der Brauerei- u. Mälzearbeiter. Ortsverwaltung Berlin. J. A.: Ludwig Godapp.

Zur Zigarrenarbeiter-Bewegung in Groß-Berlin.

Auch die Firma Gärtners, Vohagen-Kummelsburg, Sonntagstraße 3, hat eingesehen, daß es nicht gut ist, dauernd gegen den Strom zu schwimmen.

Man sollte meinen, was obiger Firma möglich gewesen ist, sollten auch andere Firmen können.

Arbeit, Parteilosheit! Kauft nur dort, wo die grünen Plakate, unterschrieben: Alwin Schulze, geführt werden.

Beachtet die Veröffentlichungen im „Vorwärts“! Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Gutarbeiter! An die Kollegen von M. K. Kirmich wurde am Sonnabend das Ansuchen gestellt, die bisher gezahlten Arbeitslöhne für Nebelöhne (Winterlohn) um über die Hälfte billiger zu machen als bisher.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Tarifverträge in der Brauindustrie. Mit vier der größten Brauereien in Bamberg ist vom Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter der Tarif erneuert worden.

Ausland.

Tarifverträge in Oesterreich. Nach der eben erst veröffentlichten amtlichen Statistik über die Tarifverträge im Jahre 1909 bestanden die meisten und wichtigsten Tarifverträge in Wien; die in der Provinz umfassen nur 46 079 Arbeiter.

Soziales.

Zuspätkommen ist an sich kein Entlassungsgrund.

Von den Photographen Gebr. Wessli verlangt die Klägerin A. wegen freistufiger Entlassung 28 M. Entschädigung für die Kündigungsfahrt vor der Kammer 8 des Gewerbegerichts.

Tariftreue Firma, die sich auf den Tarif beruft.

Der Schriftfeger B. klagte gegen die Inhaberin einer Buchdruckeri, Frau Wittwe Siebert, vor der Kammer 8 des Gewerbegerichts auf 14tägige Lohnentschädigung in Höhe von 66 M.

Das Gericht vertrat die Ansicht, daß da der Tarif von der Beklagten nicht anerkannt ist, nur die Bestimmungen des Gesetzes Platz greifen.

Aus Industrie und Handel.

Eine erfolgreiche Produktionsgenossenschaft. Zu den verhältnismäßig wenigen deutschen Produktionsgenossenschaften, die durch den rechtzeitigen Anschluß an organisierten Konsum sich eine erfolgreiche Entwicklung gesichert haben, gehört die „Rheinisch-Westfälische Holzindustrie“ in Warmen. Die Genossenschaft, die keine Tischlerwaren anfertigt, hat nunmehr nach fünfjährigem Bestehen alle Anfangsschwierigkeiten überwunden und kann mit Zuversicht in die Zukunft schauen.

Der soeben erschienene Bericht über das Geschäftsjahr 1910/11 stellt einen Gesamtumsatz von 270 000 M. fest. An diesem Umsatz waren die Genossenschaften mit 214 213 M., Gewerkschaften und Parteiorganisationen mit 82 774 M. beteiligt. Der Umsatz der Genossenschaften hat sich gegen das Vorjahr um 68 068 M. gesteigert und machte im Berichtsjahre 79 Proz. des Gesamtumsatzes aus. Auf die Gewerkschaften und sonstigen Verbände, die ihre Bezüge verdreifacht haben, entfielen 13 Proz., so daß für Private nur 8 Proz. verblieben. Es versteht sich von selbst, daß ein solches Zusammenarbeiten beiden Seiten Vorteile bringen muß, wenn es nichts anderes als vertappte Wohlfährigkeit sein soll. Wie der Bericht hervorhebt, verschlingt der Zwischenhandel in der Möbelbranche 25-33 Proz. die Kellame 10-20 Proz. Diese Unkosten können die direkt bei der Genossenschaft einkaufenden Vereinigungen zum großen Teil sparen, zum anderen dienen sie zur Aufbesserung der Löhne. Daß die Genossenschaft auch tadellose Arbeit liefern muß, ist selbstverständlich. Ihre Spezialität sind Ladeneinrichtungen und Kontormöbel. Die Geschäftsleitung trägt sich mit dem Gedanken, die Massenproduktion zusammenstellbarer Ladeneinrichtungen für kleinere und mittlere Konsumgenossenschaften in die Hand zu nehmen, wodurch die Herstellungskosten bedeutend erniedrigt werden würden, so daß sich der Bezug auch für die räumlich entferntesten Vereine lohnen würde. Neben dem Musterlager in Hamburg beim Zentralverband deutscher Konsumvereine soll auch ein solches in Berlin errichtet werden.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen im Polizeidienst.

Der neue Polizeichef von New York, Garburger, hat drei Frauen zu Polizeioffizieren ernannt. Diese werden speziell beauftragt, junge Mädchen zu beschützen, besonders in Ballotolen. Ferner sollen sie ihr Augenmerk darauf richten, daß Kindern keine alkoholischen Getränke verabreicht werden. Der Polizeichef kündigt an, daß er weitere Einstellungen von Frauen bei der Polizei vorzunehmen wird.

Gerichts-Zeitung.

Eine Entführung.

die einen sehr tragischen Abschluß gefunden hatte, beschäftigte die Strafkammer des Landgerichts II. Wegen Vergehens gegen das Fürsorgeerziehungs-gesetz war der Schlichtermeister Heinrich Langer und dessen Ehefrau Agnes Langer angeklagt.

Die Richte der Frau L., ein 19-jähriges Mädchen, war durch Beschluß des Amtsgerichts der Fürsorgeerziehung überwiesen worden, da es etwas sehr leichtsinnig veranlagt war und schon in recht jugendlichem Alter Liebschaften angeknüpft hatte. Das Mädchen wurde bei einem Bauern in Reudorf bei Schwiebus untergebracht, von wo aus es an ihre Tante, die jetzige Angeklagte, wiederholt in den höchsten Zimmertönen gehaltenen Briefe schrieb. Es hat Himmelhoch, zu veranlassen, daß es von dort wieder wegkomme. Als Grund hierfür gab das Mädchen an, daß es sich vor den Zudringlichkeiten des Bauern nicht mehr retten könne; auch werde es von den Knechten verfolgt, die des Nachts die Kammertür belagerten. Da das Mädchen schließlich erklärte, daß es sich lieber das Leben nehmen würde, als noch länger dort zu bleiben, liehen sich die Angeklagten aus Mitleid dazu verhalten, das Mädchen am 2. Juli mit einem Automobil abzuholen und nach Berlin zu entführen. Hier meldeten sie dem Kaiseramt und auch der Polizei, daß sich das Mädchen bei ihnen in sicherer Obhut befinde. Nach einigen Tagen erschien ein Polizeibeamter in der Wohnung der Angeklagten und fragte nach dem Mädchen. Als die Neunjährige hörte, daß sie gesucht wurde, verdeckte sie sich auf dem Boden, wo sie dann in einer Ecke zusammengelauret tot aufgefunden wurde. Man nimmt an, daß sie vor Schreck einen Herzschlag erlitten hat.

Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagten offenbar nur aus Mitleid gehandelt hatten, gegen den Ehemann auf 50 M. und gegen die Ehefrau auf 100 M. Geldstrafe.

Eine völlige Freisprechung und die Klarstellung, ob die Zudringlichkeiten gegen das Mädchen in der Tat stattgefunden haben, wären dem Gerechtigkeitsgefühl entsprechender. Noch jetzt sollte Klärung über die Klagen des unglücklichen Mädchens an, falls sie sich bewahrheiten, Strafverfolgung wegen fahrlässiger Tötung des Mädchens gegen die Wüstlinge und den für die Fürsorgepflege verantwortlichen Beamten erfolgen.

Der Kellnerstreik in Café Regler

hatte bekanntlich die Polizei auf den Plan gerufen. Galt es doch, die Tätigkeit, welche die Streitenden in ihrem Interesse entfalteten, mit den bekannnten polizeilichen Mitteln nach Möglichkeit zu unterdrücken. In der Nacht des 18. Oktober hatte der Schuhmann Pietsch auf Veranlassung des Cafébesitzers wieder einen Raum sistiert. Wie das aus solchen Anlässen zu geschehen pflegt, sammelte sich auch hier eine Menschenmenge an, die dem Schuhmann und seinem Anwalt folgte. Bei dieser Gelegenheit soll der Schankwirt Krause groben Unfug verübt und die Straßenordnung übertreten haben, weshalb ihm die Polizei einen auf 15 M. lautenden Strafbefehl schickte. — Am Dienstag wurde diese Sache zum zweiten Male vor dem Schöffengericht verhandelt.

Nach der Darstellung der Schuhleute Nürnberg und Pietsch soll der Angeklagte, nachdem die Beamten die ihnen folgenden Menschen zurückgewiesen hatten, an die Schuhleute herangetreten sein und sie durch Reden gehöhrt haben. Worin die Störung bestand, darüber machte keiner der beiden Schuhleute sichere Angaben — der eine hat nur gehört, daß der Angeklagte „Herr Wachtmeister“ sagte, und der andere meinte, der Angeklagte habe auf ihn und den Sittierten eingeredet, er solle den Sittierten gehen lassen. — Nach der Darstellung des Angeklagten und des mit ihm gleichzeitig sistierten Zeugen Schüh hat sich der Vorgang so abgespielt: Krause und Schüh gingen nichtahnend die Pringelstraße entlang. Da hörten sie hinter sich die Stimme eines Mannes, der von Waffengebrauch und Anlegung von Pfeifen sprach. Sie drehten sich um und sahen den Schuhmann Pietsch mit dem Sittierten. Da redete Krause dem Sittierten zu, ruhig mitzugehen, ihm könne ja nichts passieren. Zu dem Schuhmann sagte er: „Sie brauchen doch den Mann nicht knebeln, der geht ja ruhig mit.“ Darauf antwortete Schuhmann Pietsch: „Na, dann kommen Sie man auch mit.“ und nahm den Angeklagten Krause fest. Nun fragte Schüh: „Was hat denn der gemacht, daß er auch mitgehen soll?“ — „Kommen Sie auch mit.“ lautete die Antwort des Schuhmanns. So wurde auch Schüh sistiert. Auf der Wache — so befandete Schüh — sagte einer der Schuhleute zu dem das Protokoll aufnehmenden Beamten: „Da machen Sie man einen dicken Strich, die beiden werden ich mir extra kaufen.“

Trotz dieses Ergebnisses der Weislaufnahme beantragte der Anwalt eine Geldstrafe von 20 M. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kantorowicz, beantragte Freisprechung, da dem Angeklagten durchaus nichts Strafbares nachgewiesen sei.

Das Gericht erkannte auf eine Strafe von 10 M. Es hielt für feststellbar, daß der Angeklagte durch Einreden auf den Schuhmann zur Vermehrung einer Menschenansammlung beigetragen, dadurch groben Unfug verübt, und die Aufforderung, sich zu entfernen, nicht befolgt habe.

Die Gerechtigkeit wandelt oft eigene Wege.

Die Futtermitteldiebstähle auf dem Zentralviehhof,

bei denen es sich, wie die Anklage behauptet, um Objekte von zirka 60 000 M. handelt, beschäftigten gestern wieder einmal die 10. Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt wegen Diebstahls bezw. Verhelfen waren die Oberstreifer Paul und Otto Heinrich und die Treiber Otto Lichtenstein, Konrad Glök und Hermann Heinrich, welche von den Rechtsanwältinnen Dr. Schwindt und Ury verteidigt wurden. Wie schon früher mitgeteilt, werden die Angeklagten beschuldigt, der Stadt Berlin gehörige Futtermittel auf dem städtischen Zentralviehhof entwendet zu haben. Während die Anklage den Wert auf zirka 60 000 M. angibt, behaupten die Angeklagten, daß es sich nur um Futtermittel im Werte von einigen hundert Mark handle. In dieser Sache stand schon einmal am 7. Dezember Termin an, der aber vertagt werden mußte. Die in Haft befindlichen Angeklagten wurden jedoch auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schwindt gegen Stellung einer Kaution von je 6000 M. aus der Haft entlassen. Diese Kaution wurde von den Angeklagten, die zum Teil sogar Rennpferde besaßen hatten, schon am nächsten Vormittag gestellt. Auch die gestrige Verhandlung fiel der Vertagung anheim, da der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Grüger, erkrankte, und die dadurch notwendig gewordenen Hilfsrichter nicht genügend vorbereitet waren.

„Ein Märtyrer von Harbend Gnaden“

war ein Artikel des „Generalanzeigers“ für die gesamten Interessen des Judentums“ überschrieben, der sich gegen den früheren Bibliothekar der Berliner jüdischen Gemeinde, Dr. Jakob Fromer, richtete und diesem zu einer Privatklage gegen den Herausgeber des „Generalanzeigers“, Dr. Julius Moses, und den verantwortlichen Redakteur der genannten Zeitung, Biehoff, Veranlassung gegeben hatte. Diese Privatklage, zu welcher schon einmal ein Termin angehängt hatte, wurde gestern vor der 148. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsrichters Hoffbein verhandelt.

Der Privatkläger, dem Rechtsanwalt Kufrecht zur Seite steht, war früher Bibliothekar der jüdischen Gemeinde. Er war aus seinem Amte entlassen worden, nachdem bekannt geworden war, daß er der Verfasser eines in der „Jukunft“ erschienenen Artikels: „Das Wesen des Judentums“ war, den er unter einem Pseudonym veröffentlicht hatte. In dem Artikel war die Massentaufe der Juden empfohlen worden. Dr. Fromer hatte dann gegen die jüdische Gemeinde wegen seines Gehalts geklagt, ist aber in allen Instanzen abgewiesen worden. Es hat sich daran eine heftige Feinde gegen den Privatkläger geschlossen, die schließlich dem Dr. Fromer Veranlassung gab, in der „Jukunft“ einen Artikel unter der Überschrift „Keine Feme“ zu veröffentlichen und darin seine Äußerungen mit der jüdischen Gemeinde aufzurufen. Als Antwort darauf ist der jetzt unter Anklage gestellte Artikel „Ein Märtyrer von Harbend Gnaden“ zu betrachten. Der Artikel enthält Verleumdungen des Dr. Fromer durch Ausführungen, in denen die sittliche und wissenschaftliche Persönlichkeit des Privatklägers herabgezogen wird. Gegen den Kläger wurde gestern Widerklage erhoben.

Nach längerer Beweisaufnahme beurteilte das Gericht den Angeklagten Dr. Moses, dem es an sich den Schutz des § 193 sprach, wegen Verleumdung zu 150 M. Geldstrafe eventuell 30 Tagen Gefängnis, sprach dagegen den Widerbeklagten Dr. Fromer frei. Weiterem wurde die Beweismittel zur Urteilspublikation im „Berliner Tageblatt“ zugesprochen.

Die Klage gegen den zweiten Angeklagten wurde vom Kläger zurückgenommen, nachdem der Beklagte Biehoff erklärt hatte, er sei Raibholt und habe sich um den Inhalt des Artikels nicht gekümmert.

Aus aller Welt.

Riesenbrand in einem New-Yorker Wolkenkratzer.

Ein Großfeuer hat am Dienstag das Geschäftshaus der Equitable-Versicherungs-Gesellschaft auf dem Broadway in New-York vollständig zerstört. Das Equitable-Gebäude glied zwei Stunden nach Ausbruch des Feuers, das im Restaurant des Erdgeschosses ausbrach, einem flammenden Hochofen. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, ein weiteres Umschlagreifen des Feuers zu verhindern. Die Wehr ging von den Dächern der benachbarten Wolkenkratzer aus vor. Der Wasserstrahl aus den auf die Wolkenträger hinaufgeführten Schlauchleitungen blieb aber fast wirkungslos. Das Geschäftsleben in der Nachbarschaft des Feuers ruhte während des Brandes, da es den Angestellten unmöglich war, ihre Geschäfte zu erreichen. Der Sachschaden wird auf sechs Millionen Dollars geschätzt.

Während des Brandes haben sich entsetzliche Szenen abgespielt. Mehreren Personen gelang es nicht, sich in Sicherheit zu bringen. So sahen die Zuschauer des Brandes drei Wächter des Gebäudes betend niederfallen. Dann sprangen sie auf und stürzten sich auf die Straße hinunter, wo sie miterschütterten Gliedern tot liegen blieben. Von der Straße aus bemerkte man auch einen Mann, der zwischen Trümmern eingeklemmt war, aber es war unmöglich, ihm zu Hilfe zu kommen.

Das niedergebrannte Gebäude lag im Mittelpunkt des Finanzviertels. In ihm befanden sich auch die Zentralverwaltungen der Harriman-Eisenbahnen und die Bureau der Firma August Belmont, sowie verschiedene Trustkompagnien zur Annahme von Depositionen und zur Aufbewahrung von Wertpapieren, deren Gewölbe Sicherheiten im Werte von mehreren Millionen Dollars enthielten. Die Sicherheitsgewölbe scheinen dem Brande stand gehalten zu haben, so daß die Depositionen unversehrt sein dürften.

Folgenschwere Explosion.

Ein furchtbares Unglück hat sich am Dienstag in der staatlichen Geschützfabrik von Ruelle in Frankreich zgetragen. Bei dem Schuß eines Geschützes platzte ein Schmelztiegel mit 30 000 Kilogramm flüssiger Bronze-masse. Durch die Explosion wurden acht Arbeiter getötet und elf schwer verletzt.

Ein Wiedermann.

Eine gemüthvolle Stille der bestehenden Ordnung scheint ein Stuttgarter Kaufmann zu sein, der in der „Köln. Ztg.“ folgendes Deiratsinserat erließ:

Städtischer Herr, Kaufm. in Stuttgart, mit bequiem. Engros- u. Fabrik-Geschäft, das nach Abzug von ca. 2500 Mark Zinsen noch ca. 10 000 M. jährlich übrig läßt, wünscht, da der Hofloft, des Kleinfleins und des Hinzuzahlens satt, reiche Geirat.

Ich sehe nur noch auf Geld (vielleicht auch auf gute Augen, große Figur, fröhliches Gemüth). Suchender ist in den Wer J., evgl., geb. Einj.-Breitw., große

Figur, hat z. St. 18 000 Mark Vermögen u. erbt noch ca. 12 000 M. usw. usw.

Das hindert natürlich nicht, daß der Gemüthsart wahrscheinlich weiblich auf die Sozialdemokratie schimpft, die Ehe und Familienleben zerstört.

Explosionskatastrophe in einem Gießwerk.

Am Montagmittag ist in der englischen Stadt Nottingham ein Gasometer, der etwa eine halbe Million Kubikfuß Gas enthielt, in die Luft geflogen. Glücklicherweise befanden sich im Gießwerk zur Mittagstunde nur wenige Personen. Ein Hagel von Eisentrümmern ging über die Nachbarschaft nieder, verletzte eine Anzahl von Personen und richtete großen Schaden an den Häusern an. Zu gleicher Zeit brach die Mauer der Zisterne, in der der Gasbehälter geruht hatte und eine ungeheure Wassermasse ergoß sich mit furchtbarer Gewalt in die angrenzende Straße. Den Gaswerken gegenüber liegt eine Wirtshaus, deren Besitzer sich bei dem furchtbaren Getöse in dem Glauben, es handle sich um ein Erdbeben, mit Frau und Kindern in den Keller geflüchtet hatte. Dem Besitzer und seiner Familie gelang es noch, sich vor den anbrüllenden Wasserfluten zu retten; ein Dienstmädchen jedoch fand bei dem Rettungsveruche den Tod. Die austretenden Gase entzündeten sich und setzten mehrere Häuser der Nachbarschaft in Brand. Erst in später Abendstunde gelang es, das Feuer zu löschen. Bei dem Brande hat ein junges Mädchen durch den Einsturz einer Decke den Tod erlitten.

Kleine Notizen.

Das Hochwasser im Rheinland hat bedeutenden Schaden angerichtet, als man anfangs annahm. Besonders die Ortschaften Leichlingen und Opladen haben stark gelitten. Das Wasser ist bereits in die Wohnungen gedrungen und hat auch eine Reihe von Ställen überflutet. Viel Vieh ist umgekommen. Es werden Dammbrühe beschickt.

Lawineunfall. In Salmeiner bei Chambéry wurde ein Haus von einer Lawine fortgerissen. Von den Bewohnern wurden drei getötet.

Schwerer Automobilunfall. Am Dienstagvormittag wurde ein Automobil der Firma Dorch u. Co. in Zwidau an dem Weihenborner Nebergang von einem aus Dresden kommenden D-Buge erfasst und 220 Meter weit geschleift. Der einzige Insasse, Chauffeur Hermann Gäßold, wurde mitgeschleift und sofort getötet. Ein Verschulden des Fahrpersonals liegt nicht vor. Das Automobil, das sich auf einer Probefahrt befand, durchbrach die geschlossene Schranke vermutlich infolge Versagens der Bremsvorrichtung.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Bezirk Rummelsburg.

Unserem Genossen und Genossin
Johann Krumm nebst Frau
zur silbernen Hochzeit
am heutigen Tage die herzlichsten Glückwünsche!

Die Genossen u. Genossinnen
der II. Abteilung. 518

Verleih-Institut. Frack,
Gehrock, Smoking von
2 M. an. Hosen v. 1,50 an, Westen,
Zylinderhüte v. 1 M. an. S. Berg
Nachf. Borchardt, Friedrichstr. 110.

Sterbe- u. Krankenunterstützungskasse
Nr. 55 zu Berlin.
Mittwoch, den 17. Januar 1912,
abends 8 1/2 Uhr:
Mitgliederversammlung
im Kassenlokal Linienstr. 8.
Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht der Revisoren.
2. Wahl eines Vorstehers. 3. Wahl
eines Schriftführers. 4. Wahl
eines Kassiers. 5. Wahl eines
Revisors. 6. Berichtendes.
Der Vorstand.

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108-111.

Heute Mittwoch, den 10. Januar:
Elite-Tag.

Bokhiefest in den bayerischen Alpen.
Schützenfest in Garmisch-Partenkirchen
mit Einholung des Schützenkönigs.

Im neuen Saal:
Großer Ball.
4 Kapellen u 30 bayerische Mad'ln
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Voranzeige: Morgen Donnerstag, den 11. Januar 1912:
Elite-Tag.
Prämierung des ähnlichsten Mona-Lisa-Gesichts.
Bare Geldpreise.

Straße 22a an der Müllerstraße
jetzt Otavistraße
habe ich in meinen neu erbauten, elegant ausgestatteten Häusern
noch einige 284/5*

1- und 2-Zimmer-Wohnungen
mit Warmwasserversorgung
per 1. April billig zu vermieten.

Verlangen Sie bei Ihren Einkäufen

Schwarz Bouillonwürfel
Problem Bouillonwürfel
Schwarz Saucenwürfel
Schwarz Suppenwürfel

SCHWARZ & Co., BERLIN SW. 68
Suppenwürfelges. m. b. H., Alexandrinenstr. 135/136

Sparsame Hausfrauen sehen nicht allein auf große Kostspieligkeit eines Nahrungsmittels, sondern sie achten auch darauf, daß es die Kinder gut ernährt und gern von denselben genommen wird. Sehr nahrhaft, d. h. billig im Gebrauche, ist „Schwarz“, welches als dünne Suppe — 1 Teller auf 1/2 Liter Wasser — gegeben wird. Dasselbe ernährt nicht nur die Kinder sehr gut, sondern es verhindert auch nach Möglichkeit das Auftreten von Magen- und Darmkrankheiten.

4. Wahlkreis.

Am Donnerstag, den 11. Januar 1912, abends 8 Uhr:

10 Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:

Kellers Festsäle, Koppenstr. 29,
Boekers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17,
Borgmann, Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21,
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 28-29 (unterer Saal),
Elysium, Landsberger Allee 40-41,

Markgrafensäle, Markgrafendamm 34,
Comeniussäle, Memeler Str. 67,
Drachenburg, Vor dem Schlesischen Tor,
Festsäle Süd-Ost, Waldemarstr. 75,
Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27.

Tagesordnung:

Vor der Entscheidung! Diskussion.

Referenten: R. Barth, Büchner, Freter, Koblenzer, Litfin, Leid, Poetzsch, Weber, Wermuth, Wutzky.

Die Verkündung des Wahlergebnisses erfolgt am Wahltage abends 9 Uhr in den vorstehenden Versammlungsorten.

Erster Wahlkreis.

Donnerstag, den 11. Januar 1912, abends 8 Uhr:

Drei Wähler-Versammlungen

in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstr. 35.

Referent: Schriftsteller **Georg Ledebour.**

Korona-Sälen, Kommandantenstr. 72.

Referent: Redakteur **Paul John.**

Café Gärtner, Holsteiner Ufer 27/28 (Bahnhof Bellevue).

Referent: Stadtverordneter **Waldek Manasse.**

Tagesordnung:

Vor der Entscheidung. Freie Aussprache.

In allen Versammlungen Ansprache des Reichstagskandidaten

Wilhelm Düwell.

Parteilosen und Genossinnen! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlungen.

Der Einberufer.

Dritter Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Drei Wähler-Versammlungen

„Deutscher Hof“ | „Arminhallen“ (großer Saal)

Lufauer Straße 15, | Kommandantenstraße 58/59.

Kellers „Neue Philharmonie“

Röpenicker Straße 96/97.

Tagesordnung:

In letzter Stunde.

210/5*

Referenten: Landtagsabg. H. Ströbel, Stadtv. Hugo Heimann und der
Kandidat des Kreises Stadtv. Wilh. Pfannkuch.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Wahlkomitee.

Taubstumme!

Donnerstag, den 11. Januar 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18.

Tagesordnung:

Die Taubstummen und die Reichstagswahlen.

Referent: Genosse Siegfried Meyer.

Freie Aussprache.

Alle taubstummen Arbeiter und Parteigenossen sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Der Einberufer.

Achtung! Wähler! Achtung!

Die Reichstagswähler vom Kreise Prenzlau-Angermünde, die hier in Berlin arbeiten, werden zum Mittwoch, den 10. Januar, abends 8 Uhr, zu einer kurzen Besprechung nach Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, eingeladen.

Der Kandidat des Kreises: Rich. Sackelbusch.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof III.
Ant. Norden, Nr. 1230. Charitéstraße 3. Ant. Norden, Nr. 1987

Wegen der Reichstagswahlen bleibt am Freitag, den 12. Januar, unser Bureau geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Ortsverwaltung Berlin. SO. 16, Engelauer 14.

Am Tage der Reichstagswahlen

Freitag, den 12. Januar

bleibt unser Bureau

geschlossen.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße. Groß-Bo nicht zu haben: Roien-Apothek. Würzburg.

Fünfter Wahlkreis.

Donnerstag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei öffentl. Wählerversammlungen

Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23.

Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18.

Tagesordnung:

„Ein letztes Wort an die Wähler.“

Referenten: Emil Eichhorn und Julius Kalliski.

In beiden Versammlungen Ansprache des Kandidaten

Robert Schmidt.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

An die Wähler des Wahlkreises Uckermünde-Ujedom-Wollin.

Parteilosen! Am 12. Januar steht in unserem Kreise viel auf dem Spiele, es gilt das 1910 eroberte Mandat zu behaupten. Unsere Gegner arbeiten fieberhaft, ihr Ziel ist, Ujedom-Wollin der Sozialdemokratie zu entreißen. Das darf nicht geschehen! Darum erjuchen wir Euch, schon bei der Hauptwahl vollständig zur Wahl zu erscheinen. Wir wissen, es ist ein großes Opfer, was wir von Euch verlangen, sind aber überzeugt, daß auch der letzte sein Wahlrecht ausüben wird.

Kreiswahlverein Uckermünde-Ujedom-Wollin.
Mit 102. Gruß Paul Steinführ.

235/5

Schöneberg.

Donnerstag, den 11. Januar 1912, abends 8 Uhr:
Drei öffentliche Wählerversammlungen

Schloßbrauerei, Hauptstraße 124,
Schwarzer Adler, Hauptstraße 144,
Neue Mathausfäule, Meiningener Straße 8.

Tagesordnung:

Vor der Entscheidung!

Referenten: Genossen **Herm. Müller, Th. Glocke** und **Kuntze.**
Es ist Pflicht eines jeden, der es mit dem Volke ernst meint,
in diesen Versammlungen zu erscheinen.

Der Vorstand.

Germania-Prachtsäle
4, Chausseest. 110. Carl Richter.
Jeden Mittwoch:
Paul Mantheys
lustige
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Nachdem **Freitanz.**
— Borgulstalten gelten. —
Morgen **Donnerstag:**
Gr. Bockbierfest.
Anschließend: Familienkränzchen
ohne Nachzahlung.

Flausch-

Stoffe, angewebten Puttes, für Ulster,
Anzugsstoffe jetzt 2 u. 4,50 M.
Zuchlager Koch & Seeland, G.m.b.H.
Gertraudenstr. 20-21, die-o-110 b. Betrüffliche.

Ohne jede Anzahlung
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(9mal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilararten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung.
ohne jeden Preisaufschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Malchower Kautabake
Nur echt, wenn mit Zettelaufgabe
Johann Dannehl, Malchow.
Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
Kst. 8561. Berlin O 27, Grüner Weg 110.

Theater.
Mittwoch, 10. Januar.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Ein Halliment.
Neues Schauspielhaus. Des
Keeses und der Liebe Welken.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Tautentstraße 48/49.
Lebende Tierbilder von nah und
fern.
Anfang 7 Uhr.
R. Opernhaus. Lohengrin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
R. Schauspielhaus. Die glückliche
Hand.
Deutsches. Turandot.
Haberland. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vor-
stellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Tautentstraße 48/49.
Prof. Montelius, Stockholm.
Hörsaal: Prof. Scheffer: Wirkungs-
weise u. Gebrauch der Mikroskope.
Kammerpiele. Der Graf von
Gleichen.
Leitung. Sudrum.
Neues Schauspielhaus. Heiligen-
wald.
Residenz. Ein Walzer von Chopin.
Kurfarbener. Der Schmutz der
Madama.
Komische Oper. Fra Diavolo.
Welken. Russisches Ballett.
Berliner. Große Hofinen.
Neues Opern. Eva.
Schiller O. Es lebe das Leben.
Schiller. Charlottenburg. Der
Bog zur Hölle.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Sonaparte und seine Frauen.
Neues. Die kleine Freundin.
Lutten. Berlin O.
Hofe. Heimat.
Königsbräuer Straße. Die Hof-
brauerin.
Hofe. Volkshaus Geburtstag.
Gung und Janny Ullier. Boden-
jes.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Lustspielhaus. Das große Ge-
heimnis.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Cassio. Der Kampf ums Dasein.
Hofe. Spezialitäten.
Hofe. Spezialitäten.
Herrnsfeld. Stehler Sänger.
Königsbräuer-Kasino. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Agl. Operntheater. Julius
César.
Folies Caprice. Wandelblütts
Vollersabend.
Wohlfahrt. Tenfel, das hat einge-
schlagen!
Hofe. Die schöne Klosterbäuerin.
Boigt. Uffello, der Mohr von
Venedig.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Brühnen.
Belle-Alliance. Eberhard Holmes.
Jurimus. Gefährliche Nachbarschaft.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die kleine Freundin.
Sonntag nachm. 3/4 Uhr: Das
Nädel von Montmartre.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Russisches Ballett.
Der Schwanensee-Karneval.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akten von Récoul
und Barré.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.
Lutten-Theater.
Mittwoch: Berlin-O.
Donnerst: In Dunkel gehüllt.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Prin-
zen und Schweinehirt.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von H. Sudrum.
Donnerstag: Heimat.
Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von
Joh. Freund. Musik von R. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rängen gefaltet.
Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Das große Programm.
Sekte Aufführung
Der Brettkönig.
Morgen Donnerstag, 11. Januar:
Sein Herzensjunge.
Gaudenille in 2 Akten.
Harry Walden a. G.
Herrnsfeld Theater
Noch nie dagewesener Lacherfolg
Das Kind der Firma
mit Anton u. Donat Herrnsfeld in den
Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf
11-2 Uhr.

Midgets Town
Hauptstadt von Liliput
mit ihren 70 Bewohnern
Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.
Geöffnet von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.
Entree inbegriffen Varieté- und heltere Unterhaltungs-Vorstellungen.
1 Mark.
Zirkus Extra-Entree.

A Mords Gaudi!
Ober-Bayern
Sport-Palast
Potsdamerstr. 72.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.



Heute Großes Preistanzen.
Die graziösesten Tänzerinnen erhalten
Ehrenpreise im Werte von über 300 M.
Donnerstag:
Debut des Ballettmeisters
Bendix.
Täglich: **Tanz.**
Alle Attraktionen in vollem Betrieb.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah u. fern
8 Uhr:
Prof. Montelius, Stockholm.
Hörsaal Prof. Scheffer 8 Uhr:
Wirkungsweise und Gebrauch der
Mikroskope.

Novas Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N. Brunnenstraße 16.
Die schöne Klosterbäuerin.
Vollständ. mit Gesang in 5 Akten
von Brüller.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vons ufte, gältig
Morgen: Diefelbe Vorrichtung.

SARRASANI
Schönhauser Allee Telephone Nord 4100
Mittwoch, den 10. Januar,
nachmittags 3 Uhr und abends 7 1/2 Uhr:
2 Gala-Vorstellungen 2
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen,
Soldaten bis zum Feldwebelrang auf allen
: : : Sitzplätzen halbe Preise : : :
Vorverkauf an der Circuskasse und —nur für abends— an
sämtlichen Billettverkaufsstellen von A. Wertheim.
Donnerstag 7 1/2 Uhr: **Elite-Abend.**

Zirkus Busch
Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Nur noch dreimalige
Aufführung des groß-
artigen Marine-Schau-
stücks
U30
Taft
Wer löst das Rätsel
Achtung!
und das gr. Gala-Programm.
Sonabend, 13. Januar, 7 1/2 Uhr:
Beginn des
Gastspiels Gertrud Arnold
Premiere
Die Hexe.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags
Militär-Konzert.
Kunstlauf-Produktionen.
Abends:
Das prachtvolle Eis-Ballett
Alpenzauber.
Die kleine Charlotte.
Der norwegische Meisterläufer
Harry Paulsen.
Push-Ball-Spiel.
Bis 6 Uhr u. von 10 1/2 Uhr ab
halbe Kassenpreise.
Restaurant 1. Ranges
Soupers à la carte.
Sonabend, den 13. Januar,
1. Admirals-Redoute.

Casino-Theater
Lohrenstraße 37. Anfang 8 Uhr
Der ardhie Theatererfolg!
Täglich ausverkauft!
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben ent-
nommen.
Ufabendlich tosender Beifall!
Sonntag nachm. 3/4 Uhr: Die
Tochter des Sträflings.
Boigt-Theater.
Seldndbrunnen Badstraße 58.
Heute Mittwoch, den 10. Januar:
Othello,
der Mohr von Venedig.
Schauspiel in 5 Akten v. Shafespeare
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Heute Mittwoch: **Elite-Tag.**
Das größte und stimmungsvollste
Bockbierfest
Berlins — 4 Kapellen.
Heute: Gratisverteil. v. 200 Wertgegenständen.
Anf. 8 Uhr. Verzugskarten gültig. Entree 30 Pf.

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, 10. Januar 1912,
abends 7 1/2 Uhr:
Das neueste und größte Aus-
stattungsstück der Gegenwart:
Das Motorpferd
in 5 Akten.
1. Akt: In einem Berliner
Schlichterladen. 2. Akt: Das
Leben u. Treiben vor einem
Berliner Warenhause. 3. Akt:
im Innern des Warenhauses.
4. Akt: Auf d. Trabrennbahn
in Weißensee. 5. Akt: in
Lunapark: Groß-Huldigungsfest
der in- u. ausländischen
Professoren.
Große Schießapotheose
mit noch nie dagewesenen Effekten.
Vorher: Auftreten sämtl. Spezial.

Folies Caprice.
Täglich abends 8 Uhr:
Waffenübung.
Wandelblütts Volterabend.
Loßgelassen.

Königstadt-Kasino.
Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße
Bis 16. Januar täglich:
Das Paradies der Liebe.
Gefangnisstücke in 2 Bildern
und das überaus reichhaltige
Spezialitäten-Programm.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag:
Familien-Tanzkränzchen.

BUNTE BÜHNE
Kabarett und Theater.
Jeden Mittwoch, Sonnabend,
Sonntag:
Theater All-Berlin
Blumenstr. 10.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Heiden.
Kurleste u.
Hofgard.
Anfang
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

Ant M. Berliner No. 9529
Humor-Quartett
Gg. Trener Kastanienallee 40

Schiller-Theater O. Walter-
Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Wildente.
Freitag, abends 8 Uhr:
König Heinrich.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Freitag, abends 8 Uhr:
Maskerade.

Passage-Theater.
Miriam Horwitz
in ihrem „Die Falle“
Dramolet
Mlle. Maroussia
The Meteors
Lina Loos
und 10 neue Attraktionen!

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofinen.
Theater in der Königsbräuer Straße
8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Belle-Alliance-Theater
Gastspiel Ferdinand Bonn.
Heute 6 1/2 Uhr:
Sherlock Holmes.
Donnerstag: **Ganiet.**

Passage-Panoptikum.
Bei den Feuerfressern
Lebend! Lebend!
Die wilden Essuas.
Karawane sudanesischer
Heul- und Feuer-Fakire in ihrem
Originaldorfe.
Ohne Extra-Entree.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Francillon.**

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O., Kopalstr. 4

Arbeiter-Bekleidung F. Falk

Bäckereien, Konditor. Blottner's Großbäckerei

Engel's Landbrot Brotfabrik

Willy Deior, Prenzlauer Allee 42

W. Gerlach, Schöneberg, Sedanstr. 87

W. Adelung & A. Hoffmann

Landbrot-Großbäckerei O. Senf

Lichtenberger Brotfabrik

W. Adelung & A. Hoffmann

Landbrot-Großbäckerei O. Senf

Lichtenberger Brotfabrik

W. Adelung & A. Hoffmann

Landbrot-Großbäckerei O. Senf

Lichtenberger Brotfabrik

W. Adelung & A. Hoffmann

Landbrot-Großbäckerei O. Senf

Lichtenberger Brotfabrik

W. Adelung & A. Hoffmann

Landbrot-Großbäckerei O. Senf

Lichtenberger Brotfabrik

W. Adelung & A. Hoffmann

Landbrot-Großbäckerei O. Senf

Lichtenberger Brotfabrik

Ercheint 2 mal wöchentlich

Passage-Bad, Reform-Bad, Silesia

Bade-Einrichtungen, Das gesündeste und billigste

Bandagen, Gummiw., R. Banke

Wende, A., Reiche, A., Zarella

Geordig-Anst., Sargm., R. Fischer

Bunzel, R., Carl Imme Jun., Schrammar, H., Vettin, H.

Berufskleidung, Wecker, A., Bettfedern u. Betten

Max Hausknecht, Copenick, P. Berliner

Bierbrauereien, W. Adelung & A. Hoffmann

Brauerei Königstadt, Brauerei Pfefferberg

Caramel-Weißbier, C. Habels Brauerei

Groterjans, C. Habels Brauerei

Goldbier, Berliner Unions-Brauerei

Münchener Brauhaus Berlin, Roland Schade

Victoria-Brauerei, Weissbier, C. Breithaupt

Blumen und Kränze, Oskar Albertus

Bezugsquellen-Verzeichnis

Westmann, Damenkleiderstoffe, Drogen u. Farben

Butter, Eier, Käse, Butterhandlung, J. F. Assmann

Oskar Beck, Buntrock, W., Drei Kronen

Fried. Göseke, 7 Filialen, Gebrüder Groh

August Holz, Kosmalla, E., Alfr. Götting

Gebrüder Manns, Nordstern, Schröter, R.

Uhly & Wolfram, Vereinigte Pommersche Melerien

Georg Wunder, Cacao, Chocolate, Cyliax, G.

Die Fabrikate der Sarotti, Bonbonhaus

Fr. Schröder, Seiffert, Erich, C. Senff

Stolwerck, Silber, Kupfer, Schokolade

Kakao und Schokolade, Wesenberg

Fordern Sie, Kakao und Schokolade, Wesenberg

Klein, Wilh., Damenkonfektion, Dombrowsky

Giesenow & Co., Gebr. Neumann, Restat, J.

A. Selowsky, Paul Zuterzmann

Wagner, P., Westmann, Damenkleiderstoffe

Adolf Dannemann, Drogen u. Farben

Butter, Eier, Käse, Butterhandlung, J. F. Assmann

Oskar Beck, Buntrock, W., Drei Kronen

Fried. Göseke, 7 Filialen, Gebrüder Groh

August Holz, Kosmalla, E., Alfr. Götting

Gebrüder Manns, Nordstern, Schröter, R.

Uhly & Wolfram, Vereinigte Pommersche Melerien

Georg Wunder, Cacao, Chocolate, Cyliax, G.

Die Fabrikate der Sarotti, Bonbonhaus

Fr. Schröder, Seiffert, Erich, C. Senff

Stolwerck, Silber, Kupfer, Schokolade

Kakao und Schokolade, Wesenberg

Fordern Sie, Kakao und Schokolade, Wesenberg

Klein, Wilh., Damenkonfektion, Dombrowsky

Giesenow & Co., Gebr. Neumann, Restat, J.

Chr. Kroog, Köhler, Seefische vom Fangplatz

Hans Kunkel, Werner, Winkler & Barthold

Flischer, u. Wurst, Hermann Albrecht

Wilhelm Behr, Speck- und Schinkenzerel

Danziger Fleisch-Centrale, Rich. Deckert

Drost, Arno Fischer, Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlab, Franz Fritsch

Fleisch- u. Wurst-Centrale, Friedel, Max

C. Gerlach, H. Gerndt

Otto Grube, Gusinde, Rich., Gutschmann

Georg Heiter, Ernst Höbe

Fritz Jentsch, Jul. Kempe

Fritz Leutz, A. Lange

Linke's Fleischzentrale, Wilhelm Liebherr

Luebbe, Joh., H. Matzker

Merker, P., G. Müller

Untenstehende Geschäfte

Max Schubert, Albert Schucht, Thaleiser

Wertheimer, W. Tauche, Fr. Thiel

Wilh. Vogel, E. Wetzel, Wiedmann & Swunke

Glas u. Porzellan, G. Krüger

Haar-Artikel, E. Joel, F. Miltel

Haus- u. Küchengeräte, Gomgowski

Horren-Artikel, Dittmer

Magazin England, Torkel

Ad. Kuntze, Ad. Mahnke

Scholz, Osw., Sprengel, A.

Amerikan. Verkaufshaus, J. Baer

Hamburg-Steglitz, Raitz, Ad.

Bosner, Max, 77 Kottbuserdamm

Rauers Mischungen, HQz, Mützen u. Polzw.

Bazar Norden, Huthaus Norden

Oscar Ortmann, Panama-Jakob

Vester, E.

Zum Hutwinkel, Kaffee-Surrogate

Kartoffeln, Gemüse, Paul Henkel

Kaufhäuser, Z. Alexander & Co.

Ferd. Gräning, P. Hante

Kolonialwaren, Abend, R.

Goetsch, Ernst, Grabitz

Heinrich, R., Herrfarth, Eug.

Kakao-Würfel, Willy Knoke

Lips, Chamissoplatz 8, Michaelis, Paul

Willy Bohne, Runge, Otto, R.

Fritz Welzel, Ernst Wilder

Metzners, Krenkenbedarfsartikel

Richard Kurtzka, Cari Fessel

Willy Langrar, Koffer-Schulze

Richard Kurtzka, Cari Fessel

Richard Kurtzka, Cari Fessel

